

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Wut und Glut

Am 23. August legte das Statistische Bundesamt der Schröder-Regierung seinen diesjährigen „Datenreport“ vor. Ihm ist zu entnehmen, daß 76 % der Ostdeutschen auf die Frage der bürgerlichen Meinungsforscher, ob sie „den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt wurde“, mit Ja antworteten. Nach nunmehr 14jährigen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus und seinem Politikbetrieb erklärte die Hälfte der befragten „Ossis“, sie betrachte die Staatsform der BRD „nicht als die beste“. In den westlichen Bundesländern fielen die Umfrageergebnisse begreiflicherweise anders aus, obwohl auch dort die Zahl politikverdrossener Stimmverweigerer deutlich zunimmt, wie gerade erst die saarländische Landtagswahl bewies.

„L'Allemagne en colère – Deutschland in Wut“ überschrieb die Brüsseler „Solidaire“ ihren Bericht von den Montagsdemos in der BRD. Die Regierenden und die sie auf ihren antisozialen Abwegen weiter vorantreibende Opposition wärmen in diesen Tagen die Mär von der „friedlichen Revolution“ wieder auf, die 1989/90 im Osten angeblich stattgefunden und zur deutschen Wiedervereinigung geführt habe. Zugleich aber fällt es ihnen zunehmend schwerer, sich freudig an die Straßenumzüge jener Zeit zu erinnern. Hunderttausende hatten damals zunächst unter der Losung „Wir sind das Volk“ ihre den Massen entrückte Führung zur Behebung von Defiziten aufgefördert. Anfangs schwebte wohl den meisten Demonstranten – unter ihnen befanden sich auch viele SED-Mitglieder – „ein besserer Sozialismus“ und eine auf ihren eigenen Fundamenten „erneuerte DDR“ vor. Doch schon bald gelang es dem in Divisionsstärke einfallenden Gegner, die von langer Hand geplante Einverleibung des sozialistischen deutschen Staates mit der abgeänderten Losung „Wir sind ein Volk“ voranzutreiben. Auch wenn die Mehrheit noch immer keinen Wechsel der Gesellschaftsordnung wollte, nahmen die Aktionen nun ausgeprägter konterrevolutionäre Züge an. Der vom Westen angeheizte und auch durch Feinde im eigenen Land skandierete Protest blieb nicht ohne Wirkung. Am Ende stand die Niederlage des Sozialismus, was keineswegs nur innenpolitische Gründe hatte.

Das ist inzwischen Geschichte. Die heutigen Montagsdemos beweisen, daß aus ihr bereits Lehren gezogen wurden. Menschen unterschiedlichster Auffassungen greifen angesichts des brutalen Sozialmassakers einer angeblich rot-grünen Bundesre-

gierung zu den damals angewandten Formen kollektiver Druckausübung. Das verunsichert die Herrschenden und deren politische Handlanger. Die Unternehmerverbände und ihr Bundeskanzler zeigen sich schockiert, daß nunmehr sie und nicht die Kommunisten zur Zielscheibe der Empörung geworden sind. Der Zorn der Massen richtet sich gegen die Schröder-Regierung – den derzeit geschäftsführenden Ausschuß des deutschen Kapitals – und Merkels in die gleiche Kerbe schlagendes Schattenkabinettt.

Geschworene Sozialismus-Feinde aus den Reihen der früheren „Bürgerrechtler“ geraten ebenso in Rage wie Konzernminister Wolfgang Clement. Und der Kanzler selbst hat „keine Mehrheit auf der Straße“ ausgemacht. Dabei weiß er doch genau, daß im Herbst 1989 auch nur etwa drei Prozent aller damaligen DDR-Bürger zu den Demonstranten zählten.

Hier sei eindeutig festgestellt: Die Wilensbekundungen vor 15 Jahren und der heutige Protest sind zwar der Form nach ähnlich, qualitativ aber nicht vergleichbar. Damals gerieten die Menschen in Bewegung, da die Spitzenleute der für ein gerechtes Ziel angetretenen und lange Zeit erfolgreich wirkenden Partei Vertrauen eingebüßt hatten und das fast steuerlos gewordene sozialistische Staatsschiff den Klippen zutrieb. Heute wenden sich vom sozialen Sadismus des kapitalistischen Systems – einer zutiefst volksfeindlichen Gesellschaftsordnung – Betroffene gegen den Entzug elementarster Sicherungsmechanismen. Sie tun das mit Erbitterung und Wut. Ihre Entrüstung gilt dem als „Agenda 2010“ bezeichneten „Jahrhundertwerk“ der Preisgabe sozialdemokratischer Politik. Denn verglichen mit dem Kurs der heutigen SPD-Führer erscheint selbst das Godesberger Programm wie der „reinste Kommunismus“. Über allem aber liegt der düstere Schatten einer machtbesessenen CDU/CSU, für die der Kanzler einstweilen die Drecksarbeit besorgt.

Der sich versteifende Widerstand im Osten sowie das dort spürbare Anwachsen der PDS-Wählerschaft lassen darauf schließen, daß die Deutsche Demokratische Republik, wo antisoziale Infamie à la Schröder und Merkel völlig undenkbar gewesen wäre, in der Erinnerung vieler Menschen fortbesteht. 55 Jahre nach ihrer Gründung und 14 Jahre nach ihrer Annexion durch die BRD ist sie lebendiger denn je. Mit anderen Worten: Da ist nicht nur Asche, sondern auch Glut.

Klaus Steiniger



INHALT

Ein Montag in Weimar	S. 2
Sächsischer Zorn	S. 2
„Gold gab ich für Eisen“	S. 3
Was heißt „die Wirtschaft“?	S. 4
Die BRD in der Schuldenfalle	S. 4
Eberhard Esche an den	
„RotFuchs“-Chefredakteur	S. 5
Leserdebate:	
Wende oder Konterrevolution?	S. 6
Der springende Punkt	S. 10
Ist der „Wohlfahrtsstaat“	
wirklich nicht finanzierbar?	S. 11
Brauchen wir einen	
neuen Antifaschismus?	S. 12
Hintergründe eines NS-Massakers:	
der „Röhm-Putsch“	S. 13
Zum Rechtsruck in der BRD	S. 14
Es gibt keinen „kollektiven	
Imperialismus“	S. 15
Der christlich-marxistische Dialog	S. 16
Verdienste Ernst Thälmanns dürfen	
nicht geschmälert werden	S. 17
Geschichtsunterricht	S. 17
Wie Thomas Mann das Finanzge-	
baren Hans Eichels voraussah	S. 18
Irrläufer	S. 18
Robert Uhrig – Held des kommu-	
nistischen Widerstandes	S. 19
Ausflug nach Olympia	S. 20
Wegen Antiterrorkampfes in	
USA-Haft: Gerardo Hernandez	S. 21
De Gaulle – ein Feind von Format	S. 22
Bush und Beslan	S. 23
Militärische Einkreisung Chinas	S. 23
Drohtöne aus Übersee	S. 23
Sudan:	
Westliches Interventionsfieber	S. 24
Scharons Gaza-Coup	S. 25
Als Heimkind in der DDR	S. 26
E. R. Greulich zum 95. Geburtstag	S. 26
In den Fußstapfen von E. E. Kisch	S. 27
Totalitarismusforschern	
auf der Spur	S. 28
Nicht krankreden lassen!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Ein Montag in Weimar

Manche Tage vergißt man nicht so schnell! Zum Beispiel den 16. August 2004. Ich bin zu Besuch in Weimar. Mit der Morgenzeitung flattert ein Flugblatt auf den Frühstückstisch: „Rudolf Heß – unvergessen sein Opfer für Deutschland! Kein Vergeben seinen Mördern!“, schreit es mich an. Ein ganzes Blatt voller Nazihaß. Ich suche den Absender. „Braune Aktionsfront Thüringen, Sektion Weimar“ steht da am Ende, dazu Internetadressen. Der Morgen ist mir verdorben von diesem Schmutz.

Ich brauche frische Luft. Also auf in die Kulturstadt! Am Schillerkaufhaus in der Schützengasse ein Menschenaufwurf. Viele in tiefes Schwarz gekleidet. Eine Trauerfeier? Oder doch nicht? Es ist eine Kundgebung der Kaufhausmitarbeiter! 43 bereits Gekündigte informieren über ihre Lage. Der Immobilienbesitzer aus Münster will einen höheren Mietertrag. Das Gebäude soll mehr Rendite bringen. Die interessierten Zaungäste, Einwohner, Touristen und Besucher wie ich, nehmen mit Beifall und Unmutsäußerungen rege Anteil. Kamera und Mikrofon sind auch da. Aber es gibt wenig Hoffnung für die Beschäftigten. Die Veranstaltung erstirbt förmlich an dem Kloß im Hals der Betroffenen und löst sich auf.

Ziellos schlendere ich über den schönen Bauernmarkt, dann wieder Richtung Familie. Carl-August-Allee (früher Leninstraße), links in die Carl-von-Ossietz-

ky-Straße. An dieser Ecke steht das Thälmann-Denkmal auf dem Platz der 56 000, der heute Buchenwaldplatz heißt. Einige frische Blumen am Sockel erinnern mich daran, daß der Tag der Ermordung Thälmanns unmittelbar bevorsteht.

Zwei junge Japanerinnen sehe ich plötzlich neben mir, den unvermeidlichen Fotoapparat im Anschlag. Sie suchen hektisch in ihrem Reiseführer. „Goethe?“, fragt die eine, „Schiller?“ tippt die andere. Beide fotografieren. Ich versuche mit Händen, Füßen und etwas Englisch den Irrtum aufzuklären. Den Namen Ernst Thälmann haben beide noch nie gehört. Noch dazu Kommunist? Und vor 60 Jahren ermordet? Viel haben sie sicher nicht verstanden. Aber beide stellten sich tapfer vor das Denkmal, und ich durfte fotografieren. Dann schrieb ich noch „Ernst Thälmann, KPD“ als Erklärung auf einen japanischen Reiseführer. Und so wird neben vielen anderen auch sein Bild in Japan als Trophäe von der Tour „Deutschland in acht Tagen“ die Runde machen.

Heute ist Montag. Demonstriert man in Weimar? 17.00 Uhr steht in der Zeitung. Es ist nach dem 9. August der zweite Termin. Nach anfangs 200 sind es heute über 600 Demonstranten. Einige Plakate „Suche Arbeit – biete Politiker“, „Autos kaufen keine Autos!“, „Stirb langsam – Hartz IV“ oder „HAR(T)Z – das war mal ein Urlaubsziel“ sind zu sehen. Redner vom DGB und von der PDS fordern Arbeitsplätze

statt Sozialabbau. Ein SPD-Bundestagsabgeordneter weist sarkastisch darauf hin, daß Hartz IV den Staat sicherer mache und der Terrorismus-Bekämpfung diene, weil die Antragsformulare nichts offen lassen und sogar den Blick unter das Bett freigeben. Und da Arme nicht so lange leben, entlaste man auch noch die Rentenkasse und das Gesundheitswesen. Die Stimmung jagt mir eine Gänsehaut über den Körper.

Demonstriert wird nach der Kundgebung durch die Schillerstraße, die eher trist anzusehende Einkaufsmeile. Und mit Hartz IV erwartet der Handel einen weiteren Kaufkraftverlust von 180 Millionen Euro. Schlimm für die Stadt, die schon jetzt pleite ist.

Es ist eher eine recht leise Demonstration. Dem Verlangen Rechtsextremer, sich anzuschließen, steht man ablehnend gegenüber. Die Menschen sind verbittert und enttäuscht, mehr resignierend als kämpferisch. Und viele Demonstranten zeigen sich besorgt über den Gang der Politik, aber noch nicht direkt betroffen. Wo sind nur die vielen, die an den Rand der Gesellschaft befördert werden? Trotzdem: Der kleine Umzug macht Mut, weil er überhaupt stattfindet.

Ein Montag in Weimar. Eigentlich ein normaler Tag in dieser verrückten Welt, die in der Stadt Goethes und Schillers vorerst verhalten nach Änderungen ruft.

Richard Georg Richter

Sächsischer Zorn

29. Juli. Vor dem Arbeitsamt in Hainichen verteilen zwei „RotFüchse“ aus Frankenberg und Hainichen, beide PDS-Mitglieder, Flugblätter „Hartz IV muß weg!“ an alle, die ins Gebäude gehen oder herauskommen. Mit ihnen wird zu einer Kundgebung gegen den Sozialraub aufgerufen.

3. August. Frankenberg. Der Platz zwischen Rathaus, Kirche und Sparkasse hat sich gefüllt. Nicht nur Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Mütter mit kleinen Kindern und junge Menschen sind gekommen, auch Rentner, Lehrer, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, Gewerkschafter, Kommunal- und Landtagspolitiker. Es sind mehr als die in den Medien gemeldeten 300 Kundgebungsteilnehmer. Organisator Jörg Hommel, selbst arbeitsloser Busfahrer, bringt das Begehren vieler Betroffener zum Ausdruck: „Wir wollen arbeiten, unser Leben selbst finanzieren und gestalten. Aber es gibt keine Arbeit. Wir wollen, daß unsere Nachbarn uns wieder ansehen und uns nicht als faul empfinden, wollen ein sinnvolles Leben führen.“ Heidi Becherer, DGB-Vorsitzende der Region Chemnitz, greift eine frühe Prophezeiung des Pfarrers Schorlemmer auf: „Wir werden unser Land nicht wiedererkennen.“

Mehr als 300 000 Menschen in Sachsen sind Opfer dieser unsozialen „Arbeitsmarktreform“. Die „16-Seiten-Biographie“,

bei der die Ausfüller des Fragebogens sich und ihre Familien vor den Ämtern „nackt machen müssen“, ist unsittlich und verletzt die menschliche Würde. Das Land muß den Status „sozial“ behalten, mit bezahlter Arbeit, von der man leben kann. Die Gewerkschafterin ruft die Arbeitslosen auf, weiter zu demonstrieren. „Wir brauchen viele solche Kundgebungen. Haltet zusammen!“ Der arbeitslose PDS-Stadtrat Karl-Heinz Noack aus Mittweida hat Wut im Bauch: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“ steht auf seinem „selbstgebauten“ Hemd. Seine Frage: „Glaubt wirklich jemand, daß durch Arbeitszeitverlängerung neue Arbeitsplätze geschaffen werden?“ ist an die Politiker und die Wirtschaftsbosse gerichtet. Als Atheist bemüht er die Bibel: „Das siebente Gebot lautet: Du sollst nicht stehlen! Das achte Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deine Nächsten.“ Und er fügt hinzu: Ihr sollt uns nicht in die Taschen lügen.“

Nicht nur die Temperaturen an diesem sonnigen Augusttag sind hoch – heiß ist es auch den Rednern, die ihre Befangenheit vor dem Mikrofon überwinden. Da berichtet ein Frankengerber von seinem Nebenjob, bei dem er mit 1,25 Euro abgespeist wird, den er aber annehmen mußte, um die Miete bezahlen zu können. Der

ehemalige Rechtsanwalt aus Freiberg, der in eine schlimme finanzielle Situation geraten ist, fordert die Wiedereinführung von Genossenschaften, damit neue Arbeitsplätze entstehen. „Ich war stolz, ein DDR-Bürger zu sein“, bekennt er.

Karl Friedrich Zais, sächsischer PDS-Landtagsabgeordneter, plädiert für die Vermögenssteuer. Wenn die 755 000 Einkommens-Millionäre in Deutschland nur 1 % zahlen müßten, hätte der Staat 14 Mrd. Euro mehr Einnahmen. Der Parlamentarier spricht von einer neuen Enteignungswelle und appelliert an die Demonstranten, die Politiker zur Verantwortung zu ziehen. „Wir wollen nicht, daß der Osten nur ein Freizeitpark für Rentner ist.“

Mit dem Appell, aus dem kleinen Frankengerber Funken – der ersten Kundgebung dieser Art in Sachsen – in den nächsten Wochen und Monaten eine große Flamme werden zu lassen, beendet Rosemarie Freudenberg, die PDS-Vorsitzende der Stadt, das einstündige Meeting. „Als sechsfache Großmutter sehe ich meine Enkel schon am Tropf der Sozialhilfe hängen.“ Sie ruft die Rentner und jene, die noch Arbeit haben, zur Solidarität mit den Erwerbslosen auf. „Hartz IV muß weg!“

Renate Weinbrecht

Hartz-IV-Fragebogen erinnert an imperiale Zeiten

„Gold gab ich für Eisen“

Kleingedruckt im Zusatzblatt 3 „Zur Feststellung des zu berücksichtigenden Vermögens“ zum Bezug von ALG II hat der Arbeitslose die Frage zu beantworten: „Haben Sie sonstiges Vermögen (z. B. Edelmetalle, Antiquitäten, Gemälde)?“ Die Häfcher von Hartz IV werden auf Hatz gehen, um, wie angekündigt, in heimischen Schatullen und Vertikos herumzuschneffeln, handfestes Vermögen aufzutreiben. Auch das Schlafzimmer ist nicht sicher vor den Spähern, hier könnte ja ein echter Rubens hängen. Es obliegt den Eindringlingen abzuschätzen, ob der Wert des entdeckten Vermögens die laut Hartz-IV-Vorschrift zugelassene „Bemessungsgrenze“ übersteigt. Wenn dem so ist, hat der Gede mühtige alsbald eine Quittung beim Amt vorzulegen, die den Verkauf seines „Vermögensüberschusses“ belegt.

Der Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann nicht einmal das Patentrecht auf diese Art der gezielten Plünderung zuerkannt werden. Carl Lempens erinnert in seinem Buch „Geschichte der Hexen und Hexenprozesse“: „Am 1. Dezember 1627 wurden schon drei Frauen, weil sie mit dem Teufel gebuhlt, Menschen, Vieh und Feldfrüchte bezaubert hatten, verurteilt, lebendig verbrannt zu werden. Damals nahm man auch sofort Bedacht darauf, reiche und wohlhabende Frauen und Mädchen auszusuchen, damit es möglichst viel zu konfiszieren gab; die am 12. Januar 1628 verbrannten fünf ‚Hexen‘ besaßen jede ein bedeutendes Vermögen. Deshalb wirkten hier auch Pfaffen und Juristen treulich zusammen.“ Lempens faßt zusammen: „Das Vermögen der Verurteilten wurde immer für den Fiskus eingezogen.“

Am 17. März 1813 veröffentlichte Friedrich Wilhelm III., um gegen Napoleon siegen zu können, den Aufruf zu einer Sammelaktion: „Gold gab ich für Eisen!“

Gut hundert Jahre später, im 1. Weltkrieg, so belegt Annemarie Lange in ihrem Buch „Das Wilhelminische Berlin“, „mußten die Schulkinder mit heran. Sie wurden angewiesen, Verwandten und Bekannten die letzten nicht abgelieferten Goldstücke abzuluxsen.“

Kaiser Wilhelm II. tröstete in einem Aufruf während des Krieges sein Volk: „Noch können wir zwar davon absehen, Goldschmuck und -gerät aufzurufen, dem ein hoher Kunstwert oder – wie alten durch Generationen aufbewahrten Familienstücken und den Trauringen der Lebenden – ein besonderer kulturhistorischer

oder ethischer Wert innewohnt, aber für alles übrige muß auch hier rückhaltlose Opferfreudigkeit sich in des Vaterlandes Dienst stellen.“ Ein Logo animierte: „Gold gab ich zur Wehr – Eisen nahm ich zur Ehr.“

Schließlich bemächtigte sich auch der nächste deutsche Kriegsherr dieser Übung – Adolf Hitler. Am 5. Dezember 1936 meldete die faschistische Tagespresse: „Aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgestoßen – Die neueste Ausbürgerungsliste der Emigranten und Verräter im Ausland – 39 Juden, Marxisten, ehemalige Bonzen und Hetzapostel samt ihrer Familienangehörigen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt – Ehrenname Deutscher verwirkt.“ Wen traf es u. a.? Thomas Mann, Fritz Erpenbeck, Wilhelm Koenen, Karl Schnog, aber auch von der SPD Matthias Braun, ehemals Fraktionsführer der Stadtverordnetenversammlung Neuß, Georg Reinhold, ehemaliger Landesvorsitzender der SPD in Baden, Wilhelm Sollmann (SPD), im Kabinett Stresemann Reichsminister des Innern.

Am Schluß der amtlichen Erklärung heißt es: „Das Vermögen der vorstehend bezeichneten Personen wird beschlagnahmt.“

Und eben diese SPD-geführte Regierung der Gegenwart versucht mit einer verbrämten Wortschöpfung – Arbeitslosengeld II – darüber hinwegzutäuschen, daß die vor neunzig Jahren von den Arbeitern erkämpfte Arbeitslosenunterstützung (ab 15. Dezember 1914 wurde erstmalig in Berlin ALU ausgezahlt), quasi nach einem Jahr endgültig wegfällt, allein eine staatlich limitierte „soziale Grundsicherung“ werde helfen, „Groß-Deutschland“ wieder in den Rang einer Weltmacht bringen zu können.

„Gold gab ich für Eisen!“ Die Hohenzollern besaßen zumindest die Courage, mit offenem Visier den „Patriotismus“ anzustacheln. In der Gegenwart erleben wir eine menschenunwürdige Hinterhältigkeit der Regierung, erst dann den Anspruch auf Sozialhilfe auszuzahlen, wenn das eigene Vermögen eine vorgeschriebene Grenze des erlaubten Besitzes erreicht

hat. Mit zugestandenen 331 Euro pro Monat spekuliert die Regierung insgeheim darauf, daß das Eigenvermögen, um überhaupt noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, bis auf Null schrumpft; daß selbst der Ehering erst in der Pfandleihe, dann bei der Münze landet.

Aber die Sozis können sich freisprechen von den Vorwürfen: „Das Vermögen wurde für den Fiskus eingezogen“; „Das Vermögen wurde beschlagnahmt.“ Es bleibt die hochgelobte „Freiheit“ des einzelnen, sein Vermögen zugunsten der „sozialen Grundsicherung“ auf den Markt zu tragen.

Die Armut in Deutschland wird rasant zunehmen, denn, wie das Statistische Bundesamt unlängst mitteilte, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger im vergangenen Jahr um zwei Prozent auf 2,81 Millionen; „vor allem Kinder und Jugendliche sind immer häufiger auf Sozialhilfe angewiesen“.

Der perfideste Aspekt von Hartz IV liegt in der Tatsache, daß für Millionen heute noch arbeitsfähige Bürger der BRD die Anwartschaften für einen Rentenanspruch derart niedrig sein dürften, daß sich das Elend über Jahre rapide fortsetzen wird.

„Zu hungern brauchen wir nicht, nur alte Eßgewohnheiten gilt es aufzugeben“, animierte schon 1917 das Kriegs-Ernährungsamt. Die Würde des Menschen ist unantastbar! **Hans Horn**



Graphik: Karlheinz Effenberger

Was heißt eigentlich „die Wirtschaft“?

Herr Schorlemmer verglich unlängst die Arroganz von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement mit dem Hochmut des SED-Politbüromitglieds Günter Mittag. Das ist sehr vordergründig. Lassen sich beide tatsächlich vergleichen?

Mittag konnte über die DDR-Wirtschaft so verfügen wie heute mancher deutsche Kleinkönig über das „gemeine Volk“. Clement hingegen ist nur ein gutbezahlter Lakai der Herren Rogowski und Hundt und muß nach deren Pfeife tanzen. Schröder, Fischer und alle, die die Politik der Regierung „rüberbringen“ sollen, wurden ebenfalls gutversorgt in die Nähe der Fleischtöpfe des Kapitals gesetzt, damit sie das gemeinsame Lied singen können. Keiner von ihnen hat echten Zugriff auf „die Wirtschaft“ oder kann und will deren Allmacht ändern. Viele Funktionsträger der BRD sind heute von den Wirtschaftsbossen erpreßbare Erpresser und betreiben in ihrem Auftrag eine Politik, die man auch als kriminell bezeichnen könnte.

Das war nicht immer so. Als Helmut Kohl Bundeskanzler wurde, agierte er im Namen eines staatsmonopolistischen „Gemeinwesens“, das sich in absoluter wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit vom „großen Bruder“ in Übersee befand. Die „deutsche Wirtschaft“, im Kalten Krieg von den Westmächten hochgepöppelt, hatte die zwingende Pflicht, staatserhaltend zu wirken. Das war zum politischen Überleben der BRD unbedingt notwendig. Unter Kohl kam es im Zuge der Ereignisse 1989/90 und der von USA-Präsident George Bush (sen.) vollzogenen „Entlassung Deutschlands in die Unabhängigkeit“ zu massiven Bestrebungen, „die Wirtschaft“ vom Staat, der „verschlinkt“ werden sollte, abzukoppeln. Nicht nur die FDP forderte, der Staat habe sich tunlichst „aus der Wirtschaft zurückzuziehen“. Das leitete die damals noch nicht klar erkennbare Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland ein. Zugleich war der Kauf von Politikern in Mode gekommen. Kohl, Kanther, Möllemann, Pfahls, Strauß, Schreiber und viele andere bildeten dabei nur die Spitze des Eisbergs der Korruption. Als Kohl und seine CDU nach sechzehn Jahren nicht mehr wählbar waren, hatte „die Wirtschaft“ der BRD den Einstieg in die imperialistische „Globalisierung“ geschafft und den inzwischen durch Annexion der DDR vergrößerten bundesdeutschen Staat als reine „Dienstleistungsgesellschaft“ für die Unternehmer und deren Verbände hinterlassen. Dank der durch „die Wirtschaft“ gesponserten und als Propagandakompanien betriebenen Massenmedien blieb das zunächst fast unbemerkt.

Von den Konzernen der Bundesrepublik Deutschland ist seit deren Gründung noch niemals anteilmäßig so wenig im eigenen Land produziert worden wie jetzt. Deshalb liegt die BRD hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts in Europa auf Platz 14, ist aber zugleich „Exportweltmeister“. Sie läßt den Löwenanteil im Ausland produzieren, und ihre Unternehmen

zahlen im Inland keine Steuern auf ihre Supergewinne. Die rot-grüne Bundesregierung ist übrigens schon mit dem Ziel installiert worden, Kohls unpopuläre Projekte Umzusetzen, um dann, wenn sie politisch abgewirtschaftet hat, vom „Volk“ abgestraft zu werden. Frau Merkel und Herr Stoiber machen inzwischen kein Hehl mehr daraus, daß sie im Falle eines Wahlsieges der CDU/GSU auch andere Schubfächer öffnen werden, um den Rest der sozialen Demontage zu besorgen.

Hinter dieser Politik stehen die „Leistungsträger“ der Gesellschaft, deren Sprecher in den Interessenverbänden „der Wirtschaft“ sitzen und Regierung wie Opposition am Nasenring vorführen. Auch Minister Eichel ist nur ihr Buchhalter. Der Staat gehorcht in jeder Hinsicht den Befehlen „der Wirtschaft“ und ist, wie Hartz IV signalisiert, zu deren bloßem Erfüllungsgehilfen abgesunken.

Gerd Brunecker



Grafik: Arno Fleischer

Die BRD in der Schuldenfalle

Wie sehen eigentlich die Mechanismen der Geldpolitik in unserem Lande aus? Woher bekommt der Staat sein Geld? Und welche Auswirkungen könnte die schon seit Jahrzehnten währende Finanzpolitik auf die Zukunft haben?

Zunächst muß festgehalten werden, daß es keine offizielle Statistik der Bundesbank über die Gläubiger Deutschlands gibt. Trotzdem läßt sich sagen, daß insbesondere Banken die Staatsverschuldung finanzieren. Daneben sind es Lebensversicherer, die die Beiträge der Bürger in sogenannten Staatsanleihen anlegen. Zusätzlich erwerben Firmen und auch Privatleute „kommunale Schuldverschreibungen“, „Bundesschatzbriefe“ und andere vom Staat ausgegebene Wertpapiere. Diese werden – einfach ausgedrückt – auf dem „Rentenmarkt“ gehandelt. Ein Markt, der für Deutschland in seiner ungeheuren Bedeutung eigentlich kaum zu ermesen ist. Denn der Staat tilgt seine Schulden (2003 waren es etwa 1358 Mrd. Euro) nicht wirklich, er schuldet nur um.

Woche für Woche zahlt Bundesfinanzminister Hans Eichel Anleihen in Milliardenhöhe zurück – und muß sofort wieder neue Anleihen aufnehmen. Dieses Prinzip funktioniert seit Jahrzehnten und wird noch solange „gutgehen“, wie die Gläubiger Vertrauen haben. Sollte das in Zukunft einmal nicht der Fall sein – und dieses Szenario muß zumindest in Erwägung gezogen werden –, wenn die Geldgeber Zweifel an der Pünktlichkeit der zu leistenden Zahlungen haben, dann werden sie neue Anleihen natürlich nicht zeichnen.

Die Folge: Deutschland würde binnen weniger Wochen das Geld ausgehen, und die Renten, die Sozialleistungen, aber auch die Gehälter im öffentlichen Dienst könnten nicht mehr pünktlich und vollständig bezahlt werden.

Jörg Portius, Warnow-Kurier, 15. 8. 04

Eingesandt von
Friedrich Seibert, Rostock

Eberhard Esche an den „RotFuchs“-Chefredakteur

Sehr geehrter Herr Dr. Steiniger,

eigentlich lese ich keine Leserzuschriften, und schon gar nicht versende ich welche. Sie sehen mich im Gegenteil begriffen. Was ist der Grund? Es ist der Rotfuchs, die einzige Zeitschrift, bei der ich mit meinem Prinzip, einer sicher ungerechten Ignoranz, breche. Die Leserzuschriften hier lese ich. Daß ich allerdings auf Leserzuschriften schriftlich reagiere, das ist, wie gesagt, neu für mich. Das Neue erklärt sich aus unser beider Geschichte und die beginnt mit der Rotfuchs-Ausgabe von vor einem Jahr.

2003 gestattete mir der RF ein Interview anlässlich meines 70. Geburtstages. In meinem Begleitschreiben an Ihren Herrn Mühlefeldt stand eine nun leider vielzitierte Passage, die mich zu meinem heutigen Schreiben zwingt.

Damals bat ich darum, die bewußte Passage als unfertiges Material zu lesen und für sich zu behalten und zu warten, bis ich mich zu diesem Thema genauer äußern werde. Zwar glaubte ich seinerzeit nicht, daß dieser Briefteil ein Jahr später fälschlich angewandt und unschuldig mißver-

stehend als Hilfszitat gebraucht werden würde, aber das Unfertige hat nun mal das Hervorrufen irriger Betrachtungsweisen an sich. Dieses, so dachte ich, ist auch dem RF bewußt. Darum damals die Bitte an Herrn Mühlefeldt, es unbenutzt zu lassen. Nun, er hat nicht auf mich gehört, mit dem Ergebnis, daß jeder der Disputanten die bewußte Passage auslegt, wie es ihm gefällt. Vorwitz geht meist nicht witzig

weise, nicht zustimmen, wenn er, wie der Herr Paul, mein herbeigeholtes Zitat falsch liest. Ich bin sicher, daß er die von ihm angeführten Marx, Engels und Lenin besser lesen wird. Ende der Darstellung von Mißverständnissen.

Lieber Herr Dr. Steiniger, Sie haben anderes zu tun, als sich mit kleinen Mißverständnissen abzugeben. Ich kann mir sehr gut vorstellen, unter welchen schwe-



aus. (Womit alle Beteiligten, samt mir, gemeint sind.)

Zur Sache:

In Ihrer Augustausgabe zitiert mich auf der Seite 14 Herr Alfred Paul in seiner Zuschrift. Darin widerspricht Herr Paul jenen Leuten, die die romantische Vergeltlichkeit praktizieren, die Ereignisse von 1989 zu einer Revolution zu verklären. Sich dagegen zu verwahren, hat Herr Paul recht. Doch er hat unrecht, wenn er daraus folgert, da es keine Revolution gegeben hatte, habe auch keine Konterrevolution stattgefunden. Es hat eine stattgefunden. Das, was er mich zitierend als schmückende Unterstüztung benutzte, hat er mißverständlich aus meinem Text herausgelesen.

Nun gehen die Mißverständnisse weiter:

In der Septemбераusgabe beruft sich in der Leserbriefspalte Herr Horst Jäkel auf Herrn Paul und widerspricht ihm. Da hat Herr Jäkel recht. Aber ich kann ihm, verständlicher-

ren Bedingungen eine Zeitschrift von kommunistischem Format auf die Beine zu stellen ist. Darum bitte ich mir nachzusehen, daß ich auf den mich betreffenden Kleinkram Wert gelegt habe.

Das eigentliche Thema aber ist wichtig. Und das Thema aufgegriffen zu haben, müssen wir, die Leser, so verschieden unsere Lesarten auch sein mögen, dem Rotfuchs dankbar sein.

Bitte grüßen Sie Herrn Mühlefeldt, ich bin ihm nicht weiter gram, er sieht ja nun selbst, was geschieht, wenn man Briefausschnitte veröffentlicht, für die man nicht die ausdrückliche Genehmigung des Urhebers besitzt.

Ich bleibe ein treuer Leser.

Handwritten signature: J. W. Esche

Leserdebatte: Wende oder Konterrevolution?

Im Rahmen der durch Genossen Alfred Paul aus Steinwiesen angestoßenen Leserdebatte sind bei uns bisher 46 Zuschriften eingegangen, die wir beim besten Willen nicht alle veröffentlichten können. Zu einer Sonder-Nummer aber fehlt uns die finanzielle Kraft. In dieser Ausgabe drucken wir einige typische Wortmeldungen ganz oder auszugsweise ab. Wir behalten uns vor, Argumente, die bisher noch nicht aufgetaucht sind, im folgenden Heft zu berücksichtigen. Wir danken allen Genossinnen und Genossen, die an uns geschrieben haben.

Sozialismus ist nicht am Ende

Es war eine Konterrevolution. Ich sehe die Geschichte ganz anders als Alfred Paul. Ich bin 1920 geboren, 17 Jahre älter als er. Mein Vater war sieben Jahre arbeitslos. Als ich mit 14 aus der Schule kam, konnte ich trotz guter Zeugnisse keinen Beruf erlernen. So mußte ich „feinen Damen“ die Hausarbeit und die Kindererziehung abnehmen, damit sie Tennis spielen, in der Sonne liegen und sich pflegen konnten. (...) Trotz aller familiären Belastung habe ich immer politisch gearbeitet. 1953 kandidierte ich in Wilhelmsburg für die KPD. Im DFD führte ich mit den Frauen den Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik. Ich nahm an zahlreichen Aktionen teil. 1983 konnte ich zum ersten Mal in meinem Leben Urlaub machen – in Bulgarien. Am Strand diskutierte ich mit anderen Westdeutschen. In einiger Entfernung lag eine attraktive Dame. Sie kam zu mir und stellte sich vor. Sie war aus Weimar und dort für die CDU im Stadtrat. Sie bedankte sich bei mir dafür, daß ich die Politik der DDR verteidigt hatte. Und das tue ich auch heute noch.

Der Sozialismus hat eine Niederlage erlitten, ist aber nicht am Ende seines Lateins angelangt, wie Alfred Paul meint. Heute scheint es so, als hätte der Kapitalismus auf Dauer gesiegt. Das Bewußtsein der Arbeiterklasse muß wieder wachgerüttelt werden – im Osten wie im Westen. Die DDR war das bessere Deutschland. Leider bin ich zu alt, und ich glaube nicht an Wunder. So werde ich wohl die Rückgängigmachung der Konterrevolution nicht mehr erleben. Aber Euch allen möchte ich Mut machen. Denn diese Gesellschaft muß abgelöst werden.

Elsa Schmidt, Hamburg

Von Beginn an?

Genosse Paul drückt in seiner Zuschrift ein Unbehagen aus, das ich durchaus teile. Dabei ist das Endergebnis der Herbstereignisse 1989 fraglos eine Konterrevolution gewesen. Aber das waren die Unruhen nicht von Anfang an. M. E. gab es bestimmte Bestrebungen nicht unerheblicher Kräfte, zu denen auch ich mich zählte, einen „besseren Sozialismus“ zu verwirklichen. Diese Bestrebungen haben noch einmal in dem Aufruf „Für unser Land“ kulminiert, bei dem es darum ging, einen Anschluß an die BRD zu

verhindern und eine sozialistische Option für die DDR offenzuhalten. Ich habe damals in der Vereinigten Linken (VL) vehement mit dafür gestritten, daß das Eigentum des Volkes bewahrt bleibt, daß die sozialistische Demokratie in unserem Land auf dieser Grundlage weiterentwickelt wird. Ich sah und sehe es bis heute so, daß die Konterrevolution ihre Bastionen bis in das Politbüro hinein verlagern konnte, indem sie bei ihm eine Blockade des Denkens und Fühlens erzeugte, die es jeden neuen Gedanken, jedes Gefühl für anstehende Wegkorrekturen blind und stur ausschlagen ließ. Auf die Sommerereignisse 1989 nicht bzw. falsch reagiert zu haben, nämlich durch Aussitzen und teilweise sogar Verweigerung, diese überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, hat es objektiv denen in die Hände gearbeitet,

Aus Wilhelm Liebknechts Volksfremdwörterbuch: „Konterrevolution – Kampf der reaktionären Klassen gegen die heranrückende Revolution, um sie niederzuzuhalten, und gegen die siegreiche Revolution, um ihre Eroberungen zunichte zu machen und die Ordnung, die vor der Revolution bestand, wiederherzustellen.“

tet, die – freilich auch von Anfang an! – ganz andere Ziele verfolgten, nämlich die Beseitigung der Volksmacht und die Zerstörung unserer Republik. In der realen Geschichte kommen die Akteure nie fein säuberlich getrennt zur Wirksamkeit, sondern wir haben es immer mit einer Gemengelage zu tun, bei der sich erst in einem manchmal schwer durchschaubaren Prozeß des Ringens die dominierenden Kräfte herausbilden. Insofern war nach meinem Dafürhalten nicht von Anfang klar, daß der Ruf nach positiven Veränderungen in der DDR zwangsläufig mit ihrer Abschaffung enden mußte. Wer unter uns Sozialisten das heute behauptet, hängt immer noch der unsinnigen These von der „Determiniertheit“ von Geschichte an. Nein, es hätte auch besser laufen können. Freilich: Im Rückblick von heute sind diese Chancen angesichts des damals bereits jahrelang andauernden Verfallsprozesses der Sowjetunion allerdings nur sehr gering gewesen.

Hätte die kleine DDR überhaupt eine Chance zur eigenständigen Weiterexistenz ohne die SU gehabt? Sie hätte sie nicht gehabt, auch wenn das Politbüro klüger reagiert hätte oder weniger DDR-Bürger ihr Heil in der Flucht nach dem Westen gesucht hätten. Es ist jedenfalls meine feste Überzeugung, daß die verheerende Zerstörung des „DDR-Bewußtseins“, die sich in der beschämenden Wahlniederlage der Linken im März 1990 abbildete, zu einem gerüttelt Maß durch unsere eigene Partei- und Staatsführung verursacht wurde. Der prinzipiell richtige Verweis darauf, daß das Ergebnis des Herbstes 1989 tatsächlich eine Konterrevolution war, enthebt uns nicht der verdammten Pflicht und Schuldigkeit, die Ursachen dafür bei uns selbst zu suchen. Denn den Sozialismus zurückzudrängen und zu beseitigen war die selbstverständliche Klassenpflicht der westdeutschen Kapitalbesitzer, die sie (in ihrem Sinne) bravourös erfüllt haben. DASS sie das

aber konnten, haben WIR zu verantworten, denn unsere Klassenaufgabe war es, den Sozialismus stärker zu machen und ihm zum perspektivischen Durchbruch auf der ganzen Erde zu verhelfen. Weil wir das nicht konnten, unsere Aufgabe also sträflich vernachlässigten, stehen wir für die heutigen und noch mehr für die kommenden Generationen in der Pflicht, nach den subjektiven Fehlern und den objektiven Versäumnissen zu suchen, damit bei einem erneuten Anlauf die Chancen dafür besser stehen.

Peter Franz, Weimar

Treffender Begriff

Begriffe zeichnen sich dadurch aus, daß sie von ihrem Gegenstand her bestimmt werden. Da eine Konterrevolution nur

auf eine Revolution folgen kann, setze ich hier an: „Ganz allgemein bezeichnet ‚Revolution‘ einen qualitativen Übergang zu einer höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung ...“ (G. Klaus/M. Buhr, Philosophisches Wörterbuch) Das Endergebnis dieser Entwicklung ist die kommunistische Gesellschaft, eine nicht nur quantitativ, sondern endlich auch qualitativ menschliche Gesellschaft.

Erst in der kommunistischen Gesellschaft ist die Klassenherrschaft, das heißt die Herrschaft einer Klasse über eine andere, überwunden und Demokratie tatsächlich die Herrschaft des Menschen über sich selbst. Der Mensch wäre nicht mehr reduziert auf seine Funktion im Produktions- und Konsumtionsprozeß. Seine Entwicklungsmöglichkeiten hingen nicht mehr von seiner Schichtzugehörigkeit ab. Er wäre nicht mehr scheinbar übermächtigen Marktgesetzen unterworfen. Nicht das Kapital, sondern der Mensch wäre wirklich das Maß aller Dinge.

Das alles war also in der DDR Realität? Wenn auch noch am Anfang, so war sie doch auf dem Weg. Dagegen wehrt sich die herrschende Klasse im Kapitalismus mit Zähnen und Klauen. Keine herrschende Klasse hat sich je selbst negiert. Der Kapitalismus wird aber an sich selbst zugrunde gehen. Dazu braucht es keine äußeren Feinde. Es ist hingegen ein Winkelzug antikommunistischer Propaganda, zu behaupten, daß der Sozialismus an sich selbst scheiterte. Ihm wurden von außen Steine in den Weg gelegt, wo es nur irgend möglich war; er wurde wirtschaftlich ausgeblutet und totgerüstet.

„Die Hauptfrage jeder Revolution ist zweifellos die Frage der Staatsmacht. Welche Klasse die Macht in den Händen hat, das entscheidet alles.“ (W. I. Lenin, Eine der Kernfragen der Revolution) So wird ebenfalls die Frage der Konterrevolution beantwortet. Wenn verstaatlichte Produktionsmittel und verstaatlichter Grund und Boden wieder der privaten Verfügungs-

gewalt einzelner oder einzelner Gruppen übereignet werden, die sich dann in unbarmherzigem Konkurrenzkampf um den Profit streiten, dann ist eine Konterrevolution die Voraussetzung dafür.

(...) Man könnte die Konterrevolution auch eine „Rolle rückwärts“ nennen. Mit der Bezeichnung „Wende“ soll hingegen suggeriert werden, daß auf einem Weg umgekehrt wurde, den man als falsch erkannte. Der „RotFuchs“ macht aber nicht die Arbeit der antikommunistischen Propaganda und hält am treffenden Begriff fest. Das ist richtig so!

Norbert Kornau, Hannover

Ökonomisch unterlegen

Ich stimme Genossen Paul zu, daß der Sozialismus an seinen Unzulänglichkeiten gescheitert ist. Als unzulänglich betrachte ich den Stand der Arbeitsproduktivität sowie das Zurückbleiben des gesellschaftlichen Bewußtseins. Es genügt nicht, einige Merkmale des Sozialismus formal zu verwirklichen, wenn die entscheidende Voraussetzung für seine Überlegenheit – die gegenüber dem Kapitalismus höhere Arbeitsproduktivität – zu keinem Zeitpunkt gegeben war. Das setzte auch der Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus Grenzen. Überholen ohne einzuholen konnte nicht funktionieren.

Hinzu kamen das uns durch den Kapitalismus aufgezwungene Wettrüsten, die Embargopolitik sowie die Abwerbung unserer Intelligenz. Große Teile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts wurden dadurch verschlungen. Uns fehlte die Erfahrung im Umgang mit dem gesellschaftlichen Eigentum. Es war in seiner Masse unüberschaubar und damit nicht lenkbar. Die sozialistische Revolution ist in der DDR nicht zum Sieg geführt worden. Es war nicht der innere und äußere Klassenfeind, der den Sozialismus in seinen Anfängen zerstörte, sondern unsere Unfähigkeit, den begonnenen Prozeß zum vollendeten Sozialismus zu führen. Damit lehne ich den Begriff Konterrevolution als Ursache des Untergangs der DDR ab. Das gesellschaftliche Sein entwickelt sich im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Bewußtsein. Dieses hat mit den Erfordernissen der vergesellschafteten Aneignung des Gesamtprodukts nicht Schritt gehalten.

Margot Falk, Schulzendorf

Kapitalistische Restauration

Ich teile die Meinung, daß Wende und Wiedervereinigung Deutschlands konterrevolutionär sind. Die Tatsachen belegen doch eindeutig, daß von den bestimmenden Kräften die Wiedervereinigung nur mit dem Ziel der Restaurierung des Kapitalismus auf dem Territorium der DDR betrieben wurde. Diese geschichtliche Entwicklung ist ein Zurück, gleich welche Mißstände dem Sozialismus anhafteten und auch unabhängig von den Wünschen der vielen, die sich einen besseren Sozialismus erhofften.

Übrigens, auch die kapitalistische Entwicklung erlebte in Deutschland ein Zurück. Sie wurde von einer 200jährigen Refeudalisierung aufgehalten. Der Prozeß der Eingliederung in das kapitalistische

System der BRD und die Negation aller sozialistischen Errungenschaften, die die DDR besaß, werden durch den Begriff Konterrevolution m. E. geschichtlich richtig benannt. **Dr. Gerda Henschel, Berlin**

Subjektive Probleme nicht unterschätzen

Der Beitrag von Alfred Paul findet meine uneingeschränkte Zustimmung. Die Rolle der menschenfeindlichen imperialistischen Kräfte wird im „RotFuchs“ in vielen Beiträgen aufgezeigt. Das ist auch weiterhin erforderlich. Die Fehler, Unzulänglichkeiten und Fehleinschätzungen der SED und ihrer Führung sind zu analysieren. Alfred Paul hat auf subjektive Probleme in der DDR und in den sozialistischen Staaten aufmerksam gemacht. Die „Erste Bemerkung“ der Redaktion erinnerte mich an Berichterstattungen im Sekretariat der SED, wo realistische Darstellungen nicht zugelassen und schon vor der Diskussion beurteilt wurden. Ob Konterrevolution oder nicht – diese subjektiven Fehler haben mit dazu beigetragen, daß der Sozialismus zerstört werden konnte und bedürfen einer kritischeren Aufarbeitung.

Rudi Fischer, Brand-Erbisdorf

Tatenlos zugehört

Ich bin der Meinung, daß es eine Konterrevolution war. Die Ereignisse, die ich nicht nur auf 1989 beziehe, möchte ich keinesfalls als „Wende“ bezeichnen. Wende – wohin denn? Nach 15 Jahren sehen wir: Es ging zurück in die bürgerlich-kapitalistische Ordnung, war also ein konterrevolutionärer Prozeß, der uns Verhältnisse wiedergebracht hat, die ich noch aus früheren Zeiten kenne.

Der Meinung von Alfred Paul, der Sozialismus sei an seinen eigenen Unzulänglichkeiten gescheitert, kann ich nicht zustimmen. Das ist so zu absolut. Die Reaktion der inneren und äußeren Feinde (s. Meyer, den er zitiert) läßt P. außer acht. Er spricht vom Sozialismus. Aber wir hatten ja noch gar keinen, weder in der Sowjetunion noch in den Volksdemokratien, noch in der DDR. Wir waren erst bei seinem Aufbau. Wenn wir schon einen vollendeten Sozialismus gehabt hätten, dann wäre die Sache vermutlich anders verlaufen oder hätte so gar nicht stattgefunden.

Nachdem den Kapitalisten per Volksentscheid im Osten Deutschlands Macht und Eigentum entzogen worden waren, ließen sie nichts unversucht, ihre verlorenen Positionen zurückzuerobert. Sie sprachen ganz offen vom „Zurückrollen“, lagen ständig auf der Lauer und warteten nur auf die passende Gelegenheit. Daß ihnen dabei innere Unzulänglichkeiten in den Ländern des sozialistischen Lagers zugute kamen, steht außer Zweifel. Sie nutzten diese Schwierigkeiten aus und heizten die Situation an. Und nun noch eine Bemerkung zu dem Satz von Alfred Paul „Soviel Gorbatschow auch Anteil am Niedergang des sozialistischen Weltsystems hatte, daran allein hat es nicht gelegen.“ Dazu muß ich sagen, daß es weiterhin sozialistische Staaten in der Welt gibt, die sich trotz innerer Unzulänglichkeiten und vieler Schwierigkeiten behaupten und

entwickeln. Ich denke nur an Kuba. Es gibt aber in diesen Ländern auch keinen Gorbatschow, der vor dem Kapitalismus kapituliert hat. Dieser Mann und seine Clique haben es in sieben Jahren fertiggebracht, die UdSSR zugrunde zu richten. Im Westen wird er deshalb hochgelobt, zu Hause gehäht. Ich bin der Meinung, daß Gorbatschow nicht nur eine Aktie, sondern einen ganz entscheidenden Anteil am Niedergang der sozialistischen Länder Europas hatte.

In welchem Staat der Welt gibt es keine inneren Unzulänglichkeiten und Schwierigkeiten? Aber daran ist kaum einer gescheitert. Die Herrschenden verstehen es, ihre Macht zu nutzen und sie, wenn nötig, rigoros gegen ihre Gegner einzusetzen. Wir aber haben mehr oder weniger tatenlos zugesehen, wie drei Prozent aktive DDR-Gegner die Oberhand gewannen. Es wurde nicht schnell und konsequent reagiert und korrigiert.

Heinz Stiebritz, Berlin

Innere und äußere Feinde

Geht man dieser Tage durch die Leipziger Innenstadt, trifft man an allen Ecken und Enden Aufsteller, die mit der Überschrift „Friedliche Revolution“ an die Ereignisse vor 15 Jahren erinnern sollen.

Wenn bürgerliche Politiker, die gegenwärtig einen Klassenkampf größten Ausmaßes von oben führen, das Aufbegehren des Volkes vor 15 Jahren als Revolution feiern, dann sollte dies Grund genug sein, diese Interpretation der Ereignisse kritisch zu hinterfragen.

Grundsätzlich ist bei der Beurteilung von historischen Ereignissen nicht davon auszugehen, was die einzelnen Akteure wollten, sondern, was im Endeffekt herausgekommen ist. Und das ist zweifelsfrei eine kapitalistische Gesellschaft, wie sie vor der Existenz der frühsozialistischen DDR, ihrem Antipoden, in Deutschland bestand und in der BRD besteht.

Der Prozeß kann also nur als konterrevolutionär bezeichnet werden. Doch das beantwortet nicht die Frage nach den inneren Feinden, da vor aller Welt sichtbar war, daß die Veränderungen, derer sich naturgemäß die äußere Konterrevolution annahm, von innen heraus begannen.

Eine Betrachtung der Konterrevolutionen im europäischen Maßstab macht dies deutlicher als die historische Spezifik DDR/BRD. Ein Urlaubserlebnis: Vor wenigen Wochen zeigte die Pensionswirtin im bulgarischen Vlas (am Sonnenstrand) auf die neuen privaten Hotels und meinte, diese gehörten „den neuen Millionären, den Kommunisten“. Dieser Satz begegnete mir dann auch noch in anderen Zusammenhängen. Er verdeutlicht ohne Schnörkel, daß es innere konterrevolutionäre Kräfte gab.

In allen Staaten, einschließlich der Sowjetunion, hatte sich eine soziale Schicht – vorrangig in der Elite – herausgebildet, die nicht mehr in einer Reformierung bzw. revolutionären Erneuerung des Systems ihr Anliegen sah, sondern in der Zerschlagung des Sozialismus. Diese Schicht konnte die Unzufriedenheit der Volksmassen nutzen, um ihr Ziel der Bereicherung auf privatkapitalistischer Grundlage im Bündnis mit der äußeren Konterrevolu-

tion durchzusetzen. Sie gehören heute zu den tonangebenden Kapitalisten in diesen Ländern.

Diese klare Polarisierung wird erst mit dem entsprechenden historischen Abstand deutlich, denn erstens mußten sich diese Kräfte bis zur Machteroberung verstellen, und zweitens kann auch davon ausgegangen werden, daß es eine Vielzahl von Abstufungen der Motivationen der Handelnden gab, die sich im Verlauf der Ereignisse auf die Seite der Feinde des Sozialismus schlugen. Sie handelten nach dem Motto, immer mit den stärkeren Bataillonen zu sein. Letztlich war dieses Kräfteverhältnis möglich, weil die herrschenden Parteien sich vom Volk entfremdet hatten und dieses so zum Spielball bürgerlicher Demagogie und ihrer „Führer“ wurde. (...)

Es ist 15 Jahre nach unserer Niederlage höchste Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen, denn nur das macht den Kopf frei zum Weiterdenken und Kämpfen.

Siegfried Kretzschmar, Leipzig

Reimport der Vergangenheit

Es ist mir nach einigen Auseinandersetzungen gelungen, den „RotFuchs“ innerhalb der Justizvollzugsanstalt Torgau zu erhalten. So kann ich mich an der Leserdiskussion beteiligen. Meiner Meinung nach steht fest, daß es sich bei den Ereignissen von 1989/90 um eine Konterrevolution gehandelt hat, da der Reimport einer Gesellschaftsordnung und die gleichzeitige Beseitigung unserer gesamten gesellschaftlichen Grundlagen wie Wirtschaftsordnung, Eigentumsverhältnisse, Kultur- und Bildungssystem – einhergehend mit der Kriminalisierung eines international anerkannten Staates – nur eine Konterrevolution sein kann. (...) Trotz der Niederlage bleibe ich dabei: Der erste Versuch dauerte 70 Tage (Pariser Kommune), der zweite Versuch konnte erst nach 70 Jahren zu Fall gebracht werden, der dritte Versuch ... wird bestätigen, daß Marx recht hatte.

Marco Roitzsch, JVA Torgau

Langfristig angelegt

Die ständige militärische Bedrohung, verbunden mit der Gefahr eines Atomkrieges, war für den Staatshaushalt und das Wirtschaftssystem der sozialistischen Länder sehr belastend. Während die Rüstungsindustrie in den kapitalistischen Staaten Riesenprofite machte, wurden die sozialistischen Länder totgerüstet. Hinzu kam die psychologische Kriegführung und die Wühlätigkeit der westlichen Geheimdienste.

Die in den 70er Jahren einsetzende Entspannungspolitik machte vielen Menschen Hoffnung auf Frieden und Abrüstung, Zusammenarbeit und Austausch von Staaten unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, auf kulturellem Gebiet. Die Bedeutung der Formel „Wandel durch Annäherung“ wurde nicht verstanden. Nur die sozialistischen Länder mußten Zugeständnisse machen.

(...) In den kommunistischen Parteien schlichen sich sozialdemokratische Tendenzen ein. Viele Politiker und Funktionsträger ersetzten ihre kommunistische

Überzeugung durch Anpasserei, Ignoranz und Karrierestreben. Nach der Konterrevolution entpuppten sie sich als „Wendehälse“. Es war tabu, ernsthaft Probleme und Mißstände öffentlich zu benennen und darüber zu diskutieren. Hauptthemen der Nachrichten in den Medien der sozialistischen Länder waren Berichte aus den Betrieben und der Landwirtschaft. Deshalb bevorzugte die Bevölkerung die bürgerlichen Sender des Westens und ließ sich von ihnen manipulieren.

Die schlechende Konterrevolution war langfristig angelegt, teils von außen gesteuert, teils durch eigene Fehler vorangetrieben. Unsere verantwortlichen Politiker und viele Funktionäre bemerkten diese Entwicklung entweder gar nicht oder wollten sie nicht wahrhaben. Als sie zum Sieg voranschritt, waren Überraschung und Sprachlosigkeit groß.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Suche nach Kriterien

Wir, die wir uns auf Marx, Engels und Lenin berufen, sollten immer wieder ihre historischen Analysen zu revolutionären Ereignissen ihrer Zeit in Betracht ziehen. Beispiele: Pariser Kommune, Gothaer Vereinigungsparteitag usw. Wir finden darin die Verbundenheit mit den fortschrittlichen Akteuren der jeweiligen Begebenheit und andererseits die schonungslose und wissenschaftlich begründete Kritik an ihren Fehlern und Inkonsequenzen. Das sollte auch unsere Position zu unserem (!) untergegangenen Staat sein. Wir dürfen die DDR nicht kritiklos verklären, aber zugleich müssen wir uns entschieden und offensiv (!) dagegen wehren, sie und alle ihr zugrunde liegenden Konzeptionen, Kräftekonstellationen, Entstehungsbedingungen, Ergebnisse und Entwicklungsstände negativ zu bewerten. Die historischen Tatsachen und Einzelereignisse sind sehr wichtig (...), aber es reicht eben nicht aus, wenn wir sie uns zur Bestätigung mehr oder weniger umfangreich und in sich immer wiederholenden Variationen präsentieren. Von daher wäre es meiner Meinung nach richtig, uns über Methodisches einer linken Analyse der DDR und der Ursachen ihres Untergangs noch besser zu verständigen. Das würde auch die Offensivität unserer Argumentation wesentlich verstärken und Defensivität verringern. Das müßte heißen, uns u. a. auch über solche Fragen klarzuwerden wie die dominierenden Linien und das Wesen der rechtskonservativen, sozialdemokratischen und „dissidentisch-bürgerrechtlichen“ Bewertung der DDR; die Klärung, inwieweit und ob es überhaupt eine Übereinstimmung linker Kritik mit dieser Kritik an der DDR geben kann und darf; inwieweit wir Kriterien für eine linke Kritik an der DDR brauchen und ob uns diese bei der Analyse der Ursachen des Untergangs der DDR helfen würden.

In diesem Zusammenhang wäre es denkbar, als ein Kriterium die Aufhebung der DDR auf eine dialektische Weise, nämlich Aufhebung als Beseitigung, Aufhebung als Bewahrung all ihres Wertvollen und Aufhebung als Höherheben im Sinne der Neubewertung und Umbewertung des Vergangenen in Betracht zu ziehen. Die DDR als der modernste realsozialisti-

sche Staat im Verhältnis zu den anderen sollte nach seiner Zertrümmerung in diesem Sinne von uns noch besser und offensiver als Lagerstätte von wichtigen Erfahrungsschätzen und als Erkenntnisquelle für neue (!) sozialistische (nicht revisionistische) Programmatik genutzt werden. (...)

Warum hat uns der Marxismus-Leninismus und die Art unseres Umgangs mit ihm nicht vor tiefgreifenden Irrtümern bewahrt? Was war an unseren Unvollkommenheiten objektiv und was subjektiv bedingt? Worin bestanden (im Unterschied zu Irrtümern) unsere ganz trivialen und vermeidbaren Fehler und Dummheiten? (...)

Das sind nur einige Fragestellungen, nicht Infragestellungen, die wir diskutieren und beantworten sollten. Weitere werden sich finden.

Berthold Henze, Berlin

Schlag nach bei Engels ...

„Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen ..., wenn man aber nach den Ursachen der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Bürger Y habe das Volk ‚verraten‘. Diese Antwort mag zutreffen oder auch nicht ..., aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das ‚Volk‘ sich derart verraten ließ.“ (Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland)

Am Klasseninhalt der 89er Umwälzung kann es keinen Zweifel geben. Geklärt werden müssen drei Aspekte dieser Konterrevolution. Welche Rolle bei der Niederlage spielten innere und äußere Faktoren? Warum nahm die Konterrevolution einen unblutigen, „friedlichen“ Verlauf? War die Niederlage zwangsläufig, oder hätte sie abgewendet werden können, und wenn ja, wodurch?

Zu den inneren und äußeren Faktoren: Genosse Paul zitiert ganz richtig, daß es die Aufgabe des Imperialismus ist, den Sozialismus umzubringen. Und seine Möglichkeiten dafür waren und sind überwältigend: 1917 ist die „Kette“ des imperialistischen Systems an ihrem schwächsten Glied gebrochen, aber zu weiteren erfolgreichen Revolutionen kam es zunächst nicht. Die koloniale Ausbeutung der dritten Welt ermöglichte es zunehmend, das Proletariat in den Zentren mit Zugeständnissen zu beschwichtigen und an das System zu binden. Lenin traf damals die Feststellung: „Solange wir allein bleiben, bleiben wir die Schwächeren.“ Auch konnte sich der Sozialismus in der Sowjetunion niemals „ungestört“ auf eigener Grundlage entwickeln, seine Geschichte war eine Abfolge von Abwehrschlachten, ökonomischen, politischen, ideologischen, diplomatischen und militärischen. Das Motto dieser Schlachten gab auch Lenin: „Die fortgeschrittensten Länder auch ökonomisch einholen oder untergehen!“

Erstaunlich ist, daß unter solchen Bedingungen das „Untergehen“ so lange nicht nur ausblieb, sondern daß im Gegenteil bis etwa zum Ende der sechziger Jahre

immer weitere Schritte auf dem Weg des „Einholens“ erfolgreich bewältigt wurden. Ich erinnere mich noch gut an meine Begeisterung, als Anfang der siebziger Jahre die Sowjetunion in der Produktion von Stahl, Kohle und Zement die USA überholte. In vielen anderen Sparten (Getreide, Baumwolle, Erdöl, Elektroenergie) erreichte sie damals vordere Plätze. Gleichzeitig hörte ich mit Sorge Nachrichten über den zunehmenden Rückstand der SU in der Entwicklung von Elektronik und Computern.

In der DDR löste damals Honecker Ulbricht ab. Dessen Losung „Den Westen überholen, ohne ihn einzuholen“ wurde ersetzt durch die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Kluge Kritiker erklärten, es handle sich bei der neuen ökonomischen Linie um eine Verschiebung der Gewichte vom Sektor I (Investitionsgüter) zum Sektor II (Konsumgüter). Mit anderen Worten, das Tempo der längerfristigen ökonomischen Entwicklung wurde gedrosselt, um kurzfristig den Rückstand in der Versorgung mit Konsumgütern zu verringern. Für die Entlastung in der Gegenwart wurde die Zukunftsperspektive gefährdet. Wenn das stimmt und für den gesamten RGW zutrifft, könnte es erklären, warum 89 der Realsozialismus am Ende war. (Nebenbei: Ökonomisch war er keineswegs am Ende, er war vielmehr eine blühende Landschaft, wenn man ihn mit der heutigen Situation vergleicht. Wirklich am Ende war er politisch, er hatte die Loyalität der schwankenden, kleinbürgerlich-intellektuellen Schichten verloren, und die politische Führung war nicht bereit oder in der Lage, ihre „Kerntruppen“, die Arbeiterschaft der Großbetriebe, zur Verteidigung zu mobilisieren.)

Damit komme ich zu der zweiten Frage: Warum verlief die Konterrevolution ohne das übliche Blutbad der Sieger? Dieses hat „normalerweise“ die Funktion, die revolutionären Kräfte einzuschüchtern, ihnen deutlich zu machen, daß sie gegen die Konterrevolution auf längere Zeit ohnmächtig sind. Dafür gab es 89 keinen Anlaß. Wozu hätte man blutigen Terror gegen einen „Gegner“ gebraucht, der sich selbst aufgegeben hat und dem Kampf ausgewichen ist? Dazu noch einmal Engels: „Eine Niederlage nach einem schweren Kampf ist eine Tatsache von ebenso großer revolutionärer Bedeutung wie ein leicht errungener Sieg ... Wer in einer Revolution eine entscheidende Stellung befehligt und sie dem Feind übergibt, statt ihn zu zwingen, einen Sturm auf sie zu wagen, verdient unter allen Umständen, als Verräter behandelt zu werden.“ (a. a. O.) So aber hätten die Sieger mit blutigem Terror nur Märtyrer geschaffen, was immer ein Widerstandspotential darstellt. Weit wirkungsvoller war es, frühere Gegner als reuige Sünder vor den Schranken „objektiv urteilender“ Gerichte zu präsentieren, wie Schabowski, Häber u. a. Erfreulich, daß so viele Repräsentanten des Sozialismus sich dazu nicht hergegeben haben, daß sie vor Gericht die Charakterstärke wiederfanden, die sie in der „Wende“-Zeit nicht gezeigt haben. Zu Recht weist aber die RF-Redaktion darauf hin, daß die Sieger Repression unterhalb der Stufe des Blutbads reichlich angewandt haben.

War die Niederlage zwangsläufig? Nachdem die DDR-Führung das Volk auf die Perspektive orientiert hatte, den Rückstand im Konsumgüter-Niveau rasch aufzuholen, wurde sie daran auch gemessen und mußte scheitern. Dem Imperialismus standen die Ressourcen der gesamten dritten Welt zur Verfügung. Er konnte den westdeutschen Arbeitern ein Konsum-Niveau ermöglichen, das der Realsozialismus nicht zu erreichen vermochte. Und je mehr versucht wurde, dann eben „auf Pump“ an der Zukunft zum Ziel zu gelangen, um so mehr schnitt man die Möglichkeiten zu realen Fortschritten ab. Wenn Honecker den Arbeitern 10 000 VWs spendierte, fehlten die Devisen dafür, um statt dessen die Trabbi-Produktion voranzubringen.

Statt dessen hätte man ehrlich, ohne Phrasen und Beschönigung, mit den Arbeitern und dem Volk über die Probleme reden müssen. Ich erinnere an die Losung aus frühen DDR-Tagen: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“ Die Arbeiterklasse hat ein großes Herz und kann hohe Opferbereitschaft entwickeln, wenn sie erkennt, daß ihre Führung sie ernst nimmt und sie für ihre eigenen Interessen mobilisiert. Als Kubas „Hinterland“ zusammenbrach, hat Castro so gehandelt, und das Volk ist ihm durch Jahre des Hungers gefolgt und verteidigt seine Zukunft bis heute. Ob so die Niederlage hätte abgewendet werden können? Jedenfalls gilt: „Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausamgründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche ... bis die Situation geschaffen ist, in der ... die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!“ (Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte)

Friedrich Dittmar, Hamburg

Gelassenheit

Vielleicht sollte man die Sache gelassener angehen – was ist beispielsweise, wenn der Untergang der DDR ein verzögerndes Moment in der Geschichte war und für das deutsche Finanzkapital deshalb der Todesstoß ist, weil es den Rachen nicht voll genug bekam? Ich höre schon die Siegesfanfaren, wie klug und pffiffig die Führung der DDR war, als sie sich freiwillig ergab.

Peter Behrmann, Berlin

Kein plötzlicher Sieg

Nach den mir vorliegenden Materialien gehe ich davon aus, daß es sich in der Tat um eine Konterrevolution handelte. Genosse Paul meint, „daß der europäische Sozialismus am Ende seines Lateins angelangt war“. Zugleich aber fragt er: „Wie kann da plötzlich eine Konterrevolution siegen, nach über 70 Jahren Sowjetunion und 40 Jahren sozialistischer Staatengemeinschaft?“

Ich stimme mit ihm darin überein, daß eine Konterrevolution nicht plötzlich siegen konnte, auch wenn manche Genossen der Meinung sind, die sozialistische Welt

sei vor Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär der KPdSU in Ordnung gewesen und erst dann habe der Gegner mit der Beseitigung des Sozialismus in Osteuropa begonnen. Geschichtliche Prozesse benötigen einen längeren Zeitraum, um zu „reifen“! Und die Grundlage der Konterrevolution waren Fehlentscheidungen, die in den 50er Jahren getroffen wurden. Während die kapitalistischen Staaten Westeuropas wirtschaftlich immer näher zusammenrückten und sogar die Schaffung eines einheitlichen Marktes in greifbare Nähe kam, fand innerhalb des 1949 gegründeten Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) anstelle von Integration – soviel darüber auch geredet und geschrieben wurde – in Wirklichkeit eine immer rascher vor sich gehende Desintegration statt. Sie war die Folge einer politischen Fehlentscheidung, mit der man sich vom Grundprinzip der Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern verabschiedete. In der „Belgrader Deklaration“ vom 2. 6. 1955 hieß es: „Fragen der inneren Einrichtung ... und des Unterschieds in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus sind ausschließlich Sache der einzelnen Länder.“ (...) Erich Honecker stellte in „Moabiter Notizen“ fest: „Die wirtschaftliche Kooperation und Spezialisierung waren in der westlichen Welt weit fortgeschritten, aber der RGW funktionierte nicht, schon gar nicht in bezug auf neue Fragen, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zusammenhängen.“ (...)

Mitte der 80er Jahre war die Krise da! (Was ist denn das für eine Wirtschaft, wenn es in einem reichen Land in den Läden weder Wurst noch Fleisch gibt?)

Mit Gorbatschow kam schließlich ein KPdSU-Generalsekretär ans Ruder, der zunächst den Anschein erweckte, mit scheinbar richtigen Konzepten den Sozialismus verbessern zu wollen. Doch am 18. 1. 1993 erklärte er gegenüber dem „Spiegel“: „Was immer heute (in der ehemaligen Sowjetunion) geschieht, hängt damit zusammen, was ich 1985 begonnen habe. Die Ära Gorbatschow ist nicht zu Ende. Sie fängt jetzt erst richtig an. ... Gorbatschow mußte das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man doch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. ... Man mußte Geduld zeigen, bis die Parteibürokratie so entmachtet war, daß sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen konnte.“ Der „Spiegel“ fragte: „Michail Sergejewitsch, Sie sind kein Kommunist mehr?“ Antwort: „Wenn Sie meine Aussagen nehmen, dann wird Ihnen klar, daß meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland.“

Es ist einfach unsinnig zu behaupten, daß der europäische Sozialismus am Ende seines Lateins angelangt war. Mit den entsprechenden Konzepten hätte es die Chance gegeben, ihn zu erneuern. Nur haben Gorbatschow und seine Truppe nicht den revolutionären, sondern den konterrevolutionären Weg gewählt.

Bernd Niereisel, Berlin

Der springende Punkt: die Konsum-Ideologie

Es ist wichtig, die inneren Gründe für den Zusammenbruch des Sozialismus in Europa zu erkennen; denn nur so kommen wir zu brauchbaren Schlußfolgerungen für die Zukunft. Schuldzuweisungen nützen nichts, und Wunden lecken hilft auch nicht.

An Demokratiedefiziten lag es jedenfalls nicht, was die Möglichkeiten betraf. Ein unpopuläres volksfeindliches Gesetz wäre in der DDR schon nach der ersten Demonstration zurückgenommen worden. Und der Verlauf der „Wende“ beweist wohl eher den demokratischen Charakter unseres Staates. Deshalb frage ich mich zuweilen: Weshalb haben all ihre mehr oder weniger geistreichen Kritiker nicht rechtzeitig ihr besseres Wissen dem ZK kundgetan? Hartnäckig und konstruktiv. Die Nichtnutzung der demokratischen Möglichkeiten insbesondere durch die DDR-Intelligenz förderte sicher den Niedergang. Und manchmal war die Ehrerbietung vor dem Westen jämmerlich. Alles schon vergessen?

Doch die eigentliche Ursache des Zusammenbruchs war und ist grundsätzlicher Art. Sie ist m. E. in der These von den „ständig wachsenden Bedürfnissen der Menschen“ zu suchen. Friedrich Engels verheißt in „Grundsätze des Kommunismus“ (MEW Bd. 4, S. 363–380): „... wird die Überproduktion über die nächsten Bedürfnisse der Gesellschaft hinaus die Befriedigung der Bedürfnisse aller sicherstellen, neue Bedürfnisse und zugleich die Mittel, sie zu befriedigen, erzeugen“. Und Karl Marx schrieb 1849 in „Lohnarbeit und Kapital“ (MEW, Bd. 6, S. 397–423): „Unsere Bedürfnisse und Genuße entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur.“ Danach mußten also die sozialistischen Staaten ihren Bürgern mehr und größeren Luxus zur Verfügung stellen, als die westlichen Industriestaaten es dem Anschein nach vermochten. Die Kapitalisten fanden bald das wirksame Rezept, mit dem sie die in ihrem unkritischen Wohlstandsstreben befangenen Menschen der sozialistischen Staaten für sich gewinnen konnten: Südführte zu jeder Jahreszeit, komfortablere Autos ... Unter dem Eindruck dieser Möglichkeiten vollzogen sie die Konterrevolution gleich selbst, lieferten sich und ihre Kinder mit ihrem gesamten Hab und Gut aus. Damit hat der westdeutsche „Sozialstaat“ seinen Zweck erfüllt, ist überflüssig, wird abgerissen. Hartz IV ist erst der Anfang.

Schon zu DDR-Zeiten wurde zwar unerschwellig erkannt, wie fragwürdig auch die sozialistische Konsum-Gesellschaft ist. Ich entsinne mich an glossierende Äußerungen wie „Man könnte auf manches verzichten, wenn es der Nachbar nicht hätte.“ und „Was nützen mir die schönsten Tapeten in der Garage, wenn sie nicht zu den Schonbezügen meines Autos pas-

sen.“ Aber tatsächlich hat sich an dieser Grundeinstellung der Menschen bis heute nichts geändert. Im Gegenteil. Doch was soll falsch sein an dieser Einstellung?

Dem heutigen Konsumstreben liegen mehrere Irrtümer zugrunde, die Marx bei seiner Definition so noch nicht erkennen konnte:

1. Der entscheidende Irrtum: Menschliche Bedürfnisse, aus deren Befriedigung echter Lebensgewinn, der Gewinn von Lebensqualität, entspringt, sind nur scheinbar gesellschaftlicher Natur; sie sind nur scheinbar von der Bedürfnisbefriedigung des Nachbarn abhängig: Unser gesamtes Gefühls-, Genuß-, Lust- und Unlusterleben unterliegt inneren, vorrangig in unseren Gehirnen angelegten Bedingungen und deren Gesetzmäßigkeiten. Eine der wichtigsten Bedingungen ist das bereits im 19. Jahrhundert von G. T. Fechner formulierte psychophysikalische Grundgesetz. Es besagt, daß unsere Reizempfindlichkeit mit der Stärke des Reizes abnimmt. Und da unsere Gefühlsempfindlichkeit und Genußfähigkeit von unserer Reizempfindlichkeit abhängen, werden wir mit zunehmender Reizstärke immer genußfähiger. Die von Engels als erstrebenswert beschriebene Entwicklung führt also geradewegs in die Lustunfähigkeit. Eine Fehlentwicklung, die mit einer gigantischen Zerstörung des Lebens und der menschlichen Lebensbedingungen verbunden ist. Zerstört werden vor allem auch unsere vielfältigen Gefühlsfähigkeiten für positive zwischenmenschliche Beziehungen, für Gemeinsamkeit. Einige der vielen Folgen: Wir singen nicht mehr zusammen, es gibt hohe Ehescheidungs-raten, es herrschen brutale Gewalt schon unter Kindern, Mobbing, Ellenbogenmentalität – Neoliberalismus in allen Lebensbereichen. Nicht mehr der Mensch

ist das höchste Wesen für den Menschen, wie er es nach Marx sein sollte, sondern es sind die Gegenstände seiner steigenden – letztlich unbefriedigenden – Bedürfnisbefriedigung. Sie machen, wie eine Droge, die Menschen nicht glücklicher, sondern abhängig. Die Konsum-Spaß-Gesellschaft ist, unabhängig von der Gesellschaftsordnung, ein Irrtum und letztlich nicht zukunftsfähig. Hinzu kommt die Unmöglichkeit, sie dauerhaft materiell zu verwirklichen.

2. Die These von den ständig steigenden Bedürfnissen steht im Widerspruch zu der durchaus richtigen Aussage im Kapital (Bd.

3, S. 784), daß wir nicht Eigentümer dieser Erde sind, sondern nur ihre Nutznießer, und daß wir sie den nachfolgenden Generationen verbessert hinterlassen sollen.

3. Schließlich basiert unsere ganze Hochzivilisation auf dem Verbrauch der endlichen Reserven fossiler Energieträger, die sich in Millionen von Jahren gebildet haben. Gleich, ob die Vorräte noch 50 oder 150 Jahre reichen: Sie gehen in absehbarer Zeit zu Ende, und damit verliert diese Epoche der Menschheit ihre materielle Basis. Dann freut sich zwar die noch verbliebene Natur, aber gegenüber dem heutigen Stand sind etwa vier bis fünf Milliarden Menschen zu viel auf der Erde. Denn bis heute gibt es kein Konzept – weder zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums noch für einen leidlich harmonischen Ausstieg aus der fossilen Energie. Eine Katastrophe bahnt sich an – und alle gucken weg.

Aus diesen Gründen wird früher oder später unsere heutige Hochzivilisation unabhängig von der Gesellschaftsordnung ihr Ende finden. Wenn unter diesen Voraussetzungen politisches Engagement mit sozialistisch-kommunistischen Zielstellungen Sinn machen soll, müssen sie neu bestimmt werden. Dieser Herausforderung können wir nicht ausweichen. Es bedarf dazu der Bereitschaft zum Umdenken und zu sachlichem, konstruktivem Meinungs-austausch.

Das Streben nach immer intensiveren und aufwendigeren Genußerlebnissen wird als Irrtum erkannt, weil es uns lustunfähig macht. Deshalb können wir mit Gewinn darauf verzichten. Indem wir lernen, unsere Möglichkeiten zu nutzen, gewinnen wir eine neue selbstbestimmte Freiheit: ein Leben im Einklang mit uns selbst, mit unseren Mitmenschen und mit der Natur.

Johannes Dreßler



Von hoher moralischer Warte aus
Grafik: Tandberg (Australien)

Ist der „Wohlfahrtsstaat“ wirklich nicht finanzierbar? (Schluß)

Durch die Rentenreform, die Gesundheitsreform und die Hartz-Gesetze der rot-grünen Koalition wird das Sinken des Anteils der Sozialleistungen und Nettolöhne am Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter rasant beschleunigt. Das ist die Ursache dafür, daß von einer ständig geringer werdenden Binnennachfrage keine Konjunkturimpulse und auch nicht mehr Beschäftigung ausgehen können.

Wenn der Anteil der Sozialleistungen und Löhne am gesellschaftlichen Reichtum gesunken ist, dann können sie auch nicht zum Schuldenmachen des Staates beitragen, wie oft behauptet wird. Die Staatsschulden sind gerade in der Zeit dramatisch angestiegen, als die Masseneinkommen ebenso dramatisch abgebaut wurden. Also muß die Finanzkrise des Staates und der Sozialkassen andere Ursachen haben.

Der Anteil der arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen am Reichtum ist immer geringer geworden, also der Mehrheit der Menschen. Welche Minderheit der Gesellschaft hat dann immer stärker am Reichtum partizipiert? Das sind die Konzerne, Banken, Versicherungen, Besitzenden und Vermögenden. Mit der Steuerreform und weiteren steuerlichen Maßnahmen (Abschreibungen, Steuerfreiheit für Beteiligungsverkäufe und anderen Sonderregelungen) wurden ihnen Milliarden geschenkt. So verkaufte z.B. DaimlerChrysler sein IT-Systemhaus für einen geschätzten Gewinn von zwei Milliarden Euro an die Telekom, ohne dafür auch nur einen einzigen Euro an Steuern zu zahlen. Die Abgabenausfälle bei den geschaffenen Möglichkeiten des Umsatzsteuerbetrugs (Karussell-Betrug) durch die Unternehmen werden vom Bundesrechnungshof auf jährlich rund 12 Milliarden Euro geschätzt. Riesige Einnahmeverluste bei den Gewinnsteuern und Wegbrechen der Einnahmen der Sozialkassen durch steigende Zahlen von Arbeitslosen, Kurzarbeitern und Minijobs waren die gravierenden Folgen. Den Unternehmervertretern genügte das noch nicht. Das Konzept der Regierung sei kein ausreichendes Signal für den „erforderlichen Aufbruch zum Aufschwung“ hieß es in einer gemeinsamen Erklärung von BDI, DIHT, BDA und ZDH.

Trotz satter Gewinne zahlten an der Börse notierte große Konzerne keine Körperschafts- und Gewerbesteuer mehr. Laut Gutachten der „Fünf Weisen“ 2002 sind die Unternehmensgewinne von 131 Milliarden Euro 1994 auf 145 Milliarden Euro 1998 gestiegen und haben sich bis 2001 mit 295 Milliarden gegenüber 1998 fast verdoppelt. Doch der Finanzminister mußte 2002 mehr Körperschaftssteuer an die Konzerne zurückzahlen, als er eingenommen hatte. Das Minus betrug eine halbe Milliarde Euro. Allein die Deutsche Bank erhielt Rückzahlungen von 9,3 Milliarden Euro. Weitere Rückforderungen drohen über 50 Milliarden Euro, welche die Wirtschaft bis 2016 gegenüber dem

Fiskus geltend machen kann. Siemens hat in den vergangenen Jahren den Abbau von 35 000 Arbeitsplätzen angekündigt, im Jahre 2002 trotz enormer Gewinne keine Gewerbesteuer gezahlt. Die Putzfrauen des Konzerns haben mit ihren an den Staat entrichteten Steuern einen größeren Beitrag zu den Staatseinnahmen geleistet als der gesamte Konzern. Laut ver.di ist der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen in den letzten 25 Jahren von 30 auf 35 Prozent gestiegen, der der Gewinn- und Vermögenssteuern hat sich von 29 auf 14 Prozent halbiert. Die fehlenden 15 Prozent entsprechen gegenwärtig über 70 Milliarden Euro jährlich.

Die Steuersätze für Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen zählen zu den niedrigsten unter allen Industrieländern. Die Bundesrepublik ist eine Steueroase für Vermögende. Wenn die Steuerbelastung gemessen an internationalen Maßstäben bereits so niedrig ist, warum muß sie dann immer weiter gesenkt werden, und warum hat dann dieser Vorteil in den vergangenen Jahren der Bundesrepublik keinen Nutzen gebracht? Länder wie Dänemark, Finnland, Österreich und Norwegen mit weitaus höherer Steuerbelastung haben in den vergangenen Jahren ein passables Wirtschaftswachstum und niedrigere Arbeitslosenquoten erzielt. Damit ist auch international die These ad absurdum geführt und als Demagogie entlarvt, daß Steuererleichterung für die Reichen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und zum Konjunkturaufschwung führen. Die Steuersenkungen wurden entgegen den Zielen der Regierung zum weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und zu Spekulationen an der Börse genutzt. Wie das Statistische Bundesamt berichtete, hatten Ende 2003 nur noch 38,3 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Deutschland. 2003 wurden weitere 392 000 Arbeitsplätze gestrichen. Das ist der stärkste Rückgang seit zehn Jahren; eine Beschleunigung des Abbaus. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie sank gegenüber 2002 um 2,6 % auf 8,1 Millionen. 2003 wiesen die Anlageinvestitionen ein Minus von 3,3 % gegenüber dem Vorjahr aus. Sie entwickelten sich damit das dritte Jahr in Folge rückläufig.

Diese Finanzpolitik – arm zahlt, reich kassiert – hat bisher 100 Milliarden, 365 000 Millionäre, die sich jährlich um 10 000 Millionäre vermehren, hervorgebracht. Diese 4,5 % der Bevölkerung besitzen mehr als 30 % des deutschen Privatvermögens. Diesem dramatischen Anstieg des Reichtums steht ein Gegenpol gegenüber, der sich ebenso in rasantem Tempo entwickelt. Das sind 6 Millionen Arbeitslose (wahre Arbeitslosigkeit), fast 6 Millionen Kurzarbeiter und Minijobs, eine halbe Million Obdachlose, 2,9 Millionen Sozialhilfeempfänger (wobei in gleicher Größe die Dunkelziffer eingeschätzt wird), 2,8 Millionen überschuldete Haushalte und 14 % Analphabeten. Nach Angaben der Nationalen Armutskonferenz leben

der EU-Definition zufolge derzeit 10 Millionen Bundesbürger in Armut. Es wird davon ausgegangen, daß durch die „Agenda 2010“ weitere 3 bis 4 Millionen ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Ist das die vom Bundeskanzler geforderte Chancengleichheit in dieser Gesellschaft? Nicht eine Verteilungsdiskussion, sondern eine öffentliche Eigentums- und Besitzstandsdiskussion ist vonnöten.

Wenn Arbeitslosigkeit wirklich abgebaut werden soll, dann muß das BIP stärker wachsen als die Arbeitsproduktivität. Das ist in keinem der Jahrzehnte seit 1960 in der Bundesrepublik der Fall gewesen. Die Arbeitsproduktivität ist immer schneller gewachsen als die wirtschaftliche Leistung, wobei beide Kennziffern eine sinkende Tendenz aufweisen. Das hat seine Ursachen in der einseitigen Reichtumsverteilung, der Übersättigung des Marktes mit Produkten und Leistungen und der sinkenden Massenkaufkraft. Die gegenüber dem Wirtschaftswachstum erzielte höhere Steigerung der Arbeitsproduktivität resultiert daraus, daß die wirtschaftliche Leistung mit weniger Arbeitsaufwand und damit mit weniger Arbeitsplätzen erbracht wurde. Auch das beweist, daß weder die Unternehmer noch deren Verbände in der Bundesrepublik wirklich an der Senkung der Arbeitslosigkeit interessiert sind. Es wird im Gegenteil alles getan, um sie weiter zu vergrößern. Die in der Presse veröffentlichten Entlassungsorgien bezeugen das. Die mit den Hartz-Modulen versprochene Senkung der Arbeitslosenziffer um die Hälfte tritt nicht ein. Die daraus resultierenden marktpolitischen Maßnahmen führen zu mehr Armut.

Nicht die sinkenden Sozialleistungen des Staates, die fallenden Nettolöhne, die angebliche Kostenexplosion des Gesundheitswesens oder die demografische Entwicklung sind die Ursachen für die Finanzkrise des Staates und die leeren Sozialkassen. Es sind die über dreijährige Rezession durch eine falsche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die unsoziale Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der auswuchernde Reichtum weniger und dessen Verschwendung.

Ziehen wir das Fazit unserer Betrachtungen. Seit 2003 findet unter der rot-grünen Regierungskoalition die größte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und der endgültige Angriff zur Liquidierung des „Sozialstaates“ statt. Dieser ist entgegen der Aussage des Bundeskanzlers finanzierbar, wenn der Staat sich gegenüber seinen Bürgern sozial verantwortungsbewußt verhält, wenn das Verhältnis der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums geändert wird. Da dieser durch die arbeitenden Menschen geschaffen wird, bedarf es auch der adäquaten Beteiligung der Mehrheit am Besitz. Nur dann wird die Bundesrepublik die Finanzkrise des Staates und der Sozialkassen überwinden.

Walter Krauß

Brauchen wir einen neuen Antifaschismus?

Zunächst ist es erforderlich, auf die historischen Voraussetzungen und Bedingungen, auf die Spezifik der Herausbildung faschistischer Bewegungen nach dem 1. Weltkrieg zurückzukommen. Dadurch ist es möglich, jene Grundkonstanten zu benennen, die auch für die Gegenwart volle Gültigkeit haben. Welche sind das?

1. Faschistische Ideologien, Organisationen und Herrschaftsformen erwachsen aus den Traditionen und Widersprüchen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse. Sie reflektierten das Bestreben politischer, ökonomischer und militärischer Eliten, Alternativen zur bisherigen Form der Krisenbewältigung zu entwerfen und zu praktizieren. Ihrem Wesen nach zutiefst konterrevolutionär, stellten sie einen Gegenentwurf zum Jahr 1917/18, aber auch zu 1789 dar. Als Produkt der bürgerlichen Gesellschaft zielte der Faschismus auf effektivste Kapitalverwertungsbedingungen durch Einsatz verbrecherischer Mittel. Die unverhüllte Aufhebung der Ideale der Aufklärung und der Arbeiterbewegung wurde angestrebt. Halten wir fest: Da wir heute unter vergleichbaren Gesellschaftsverhältnissen leben, kann es zu tendenziell ähnlichen Erscheinungen kommen. Aber: Es gab und gibt keine Zwangsläufigkeit der Chancen und Perspektiven des Faschismus. Die Geschichte beweist, daß die Abwehr faschistischer Diktaturen, die Verteidigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie möglich ist. Man denke nur an Frankreich 1934.

2. Faschistische Bewegungen wiesen erhebliche Unterschiede von Land zu Land auf. Allesamt aber waren sie extrem nationalistisch, rechtsterroristisch, oftmals auch antisemitisch und rassistisch, außerdem hemmungslos demagogisch, antiliberal und antidemokratisch. Pseudo- und Antisozialismus, ein ausgeprägter Militarismus und die Bereitschaft, Gegner physisch auszurotten, verbunden mit dem Willen, Angriffskriege zu führen, sind weitere Charakteristika.

Ein offener Zivilisationsbruch – das ist das Programm des Faschismus. Nicht nur Auschwitz zeigt es.

3. Die geschichtlichen Erfahrungen besagen, daß der „traditionelle“ Faschismus nicht ohne eine breite Massenbasis existieren kann. Ohne sie ist die Realisierung seiner Ziele unmöglich.

Halten wir fest: Die Faschismusmodelle, die von 1918 bis 1945 und zum Teil noch danach (Spanien, Portugal, Griechenland) existierten, sind zutiefst diskreditiert. Deren Wiederholung in Europa ist zwar potentiell nicht unmöglich, aber gegenwärtig wenig wahrscheinlich.

Wenn wir zu Recht darauf verweisen, daß Neofaschisten oft Symbole, Schlagwörter, Sprachregelungen, Rituale, Traditionen und Leitbilder des „traditionellen“ Faschismus aufnehmen, dann ist das kein schlagender Beweis dafür, daß der aktuelle Faschismus, der möglicherweise Machtambitionen hat, ebenso daherkommt. Einzustellen haben wir uns auf neue, angepaßte Losungen, Symbole, Mythen und nicht zuletzt Methoden. Bedenken wir stets: Der Feind ist lernfähig! Moderne Kommunikationsmittel verschaffen dem Faschismus neue, bisher ungeahnte Möglichkeiten der Organisation und Propaganda.

Unbestritten sollte gelten, daß die Formierung eines schlagkräftigen antifaschistischen Potentials nur unter der Voraussetzung möglich ist, das Wesen und die Erscheinungsformen des Faschismus – auf dem Hintergrund der jeweiligen konkret-historischen Umstände – zu erkennen. Insofern ist die von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern gegebene Definition des Faschismus richtig, weil sie die allgemeinen sozialökonomischen Entstehungsbedingungen und den historisch variablen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus betont. Zugleich wird klar: Diese Definition sagt keineswegs **a l l e s** Wesentliche über faschistische Bewegungen und Systeme aus, auch nicht über konkrete Bedingungen, unter denen kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaften zu faschistischen werden können.

Welche qualitativen gesellschaftlichen Veränderungen zwingen nun zu der Frage (und zur Antwort), ob ein neuer Antifaschismus jetzt notwendig ist?

1. Seit 1989/90 vollzieht sich die Sicherung und Ausweitung der Kapitalherrschaft unter den Bedingungen der Niederlage und der Beseitigung des Sozialismus in Europa. Im Unterschied zu 1917/18 und 1933 sind die herrschenden Klassen nicht durch revolutionäre Krisen in ihrer Existenz bedroht. Kriege zwischen den imperialistischen Hauptmächten sind gegenwärtig wenig wahrscheinlich.

2. Zur Zeit muß sich der Kapitalismus nicht staatlich-faschistisch organisieren, obwohl seine Herrschaftspraxis auch faschistoide Tendenzen aufweist. Die USA unter George W. Bush machen das besonders deutlich.

3. Gegenwärtig verschärft der Imperialismus dramatisch die Weltlage. Die Beseitigung des Sozialismus hat zu einer zivilisatorischen Katastrophe geführt, deren Folgen noch nicht gänzlich absehbar sind.

4. Die rechtsbürgerliche Politik, der systematische Sozialabbau und die weltweite Kapitaloffensive aktivieren auch das neofaschistische Potential – in einer Situation, in der die Linke, wieder einmal, geschwächt und zersplittert ist.

5. Die Voraussetzungen für faschistische Herrschaftsformen sind angesichts der Politik der Globalisierung und fortschreitender sozialer Differenzierung ständig gegeben. Möglich sind z. B. militärfaschistische Diktaturen, abgestufte Varianten des Staatsterrorismus, Vor- bzw. Übergangsformen faschistischer Staatlichkeit unterschiedlichster Ausprägung (unter Praktizierung extrem nationalistischer Großmachtspolitik, der Ausnutzung religiöser und ethnischer Konflikte bzw. fundamentalistischer Tendenzen usw.)

Welche Orientierungen für einen Antifaschismus, der der veränderten Situation entspricht, bieten sich an? Sie sind zu finden – in den historischen Leistungen und Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes in seiner Gesamtheit, – in den Leistungen und Erfahrungen der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung in der sowjetisch besetzten Zone nach 1945 und dem nicht verordneten, sondern (trotz bestehender Defizite) gelebten DDR-Antifaschismus sowie dem Antifaschismus progressiver Kräfte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (in seiner weltweiten Dimension),

– in der vorurteilsfreien, schonungslosen Analyse von Erscheinungen und Prozessen, die den Antifaschismus der Jahre von 1919–1945 und danach beeinträchtigten, ja ernsthaft untergruben. Gemeint sind z. B. der frühzeitige Faschismusvorwurf an die Präsidialregierungen Brüning, Papen und Schleicher sowie die falsche Benennung des Hauptfeindes, wie sie sich in der Sozialfaschismus-These ausdrückte.

Als prinzipielle Frage erweist sich also dessen richtige Bestimmung sowie die genaue Definition der sozialen und politischen Kräfte des antifaschistischen Potentials. Zu überprüfen sind das Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie, zu Pazifismus und Liberalismus. Eindeutig ist zwischen bürgerlich-demokratischen, liberalen und sozialdemokratischen Bewegungen einerseits und faschistischen Strömungen andererseits zu unterscheiden. Man muß auch zwischen konservativen und rechtsextremistischen Kräften differenzieren. Es gibt durchaus konservative antifaschistische Bündnispartner, selbst unter der Voraussetzung, daß diese zumeist antikommunistische Haltungen vertreten (s. 20. Juli 1944).

Der Antifaschismus muß fester Bestandteil der politischen Kultur der BRD werden.

Dr. Peter Fisch

Ein verdienter Kommunist,
das Mitglied unseres
Fördervereins,

Genosse

Egon Malzdorf

aus Teterow

hat uns im 73. Lebensjahr
für immer verlassen.

Als Major des MfS stand
er für den Schutz der
DDR ein.

Wir trauern um diesen
verlässlichen Mitstreiter.

Wie soziale Demagogie Hitler den Weg bereitete: Hintergründe des „Röhm-Putsches“

Die NSDAP – nach dem Ersten Weltkrieg eine unbedeutende rechtsextreme Partei – erhielt erst in den Krisenjahren ab 1929/30 stärkeren Zulauf, als wachsende Arbeitslosigkeit und soziale Verelendung den Nährboden für ihre Parolen boten.

Vor allem unter dem verzweifelten Kleinbürgertum und der Landbevölkerung, aber auch unter Angestellten und Arbeitern warben Nazi-Propagandisten mit verlogenen Versprechungen für ihre Ziele. Um von der SPD, der KPD und den Gewerkschaften Wähler und Anhänger an sich zu ziehen, übernahmen sie deren antikapitalistische Positionen und gaben diese als ihre Politik aus.

Schon Mitte der 20er Jahre haben sich prominente Nazi-Führer hierbei besonders hervorgetan. Gregor Strasser forderte 1925/26 die Verstaatlichung der Schwerindustrie und des Grundbesitzes. Er präziserte diese Auffassung: „Wir sind Sozialisten, sind Feinde, Todfeinde des heutigen Wirtschaftssystems mit seiner Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen, mit seiner Ungerechtigkeit der Entlohnung, mit seiner unsittlichen Wertung der Menschen nach Vermögen und Geld, statt nach Verantwortung und Leistung, und wir sind entschlossen, dieses System unter allen Umständen zu vernichten“, erklärte er. Im Mai 1932 sprach er von der großen „antikapitalistischen Sehnsucht“, die als „Protest des Volkes gegen eine entartete Wirtschaft“ zu verstehen sei. Derartige Äußerungen waren fester Bestandteil der Nazi-Propaganda. Dennoch blieben Erfolge unter den werktätigen Massen vor der Krise bescheiden. Erst als mit nachdrücklichen Aktionen begonnen wurde, das Wort in die Tat umzusetzen, erzielten sie Wirkung.

Es begann in der Berliner Knorr-Bremse AG mit der Gründung des „Nationalen Kampfbundes“ und der „Nationalsozialistischen Wählerkampfschar“ als Vorläufer der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO), die schnell größere Bedeutung erlangen sollte. Ihr führender Kopf, Reinhold Muchow, forderte 1932 wie Gregor Strasser: „Solange dieser Kapitalismus nicht überwunden ist – was das große Ziel des Nationalsozialismus bleibt –, ist es nicht nur berechtigt, sondern unbedingt erforderlich, daß die sozial Entrechteten den Ausbeutungstendenzen in der geschlossenen Front Widerstand entgegensetzen. Kapitalismus ist unsittlich. Darum ist alles sittlich berechtigt, was zu seiner Überwindung führt.“ Seit 1930 beteiligte sich die NSBO zunehmend an Streiks, z. B. im Mansfelder Kupferbergbau, in der Berliner, der sächsischen und Hannoverschen Metallindustrie. Im Jahr darauf folgten größere Streiks in Berlin, Bremen und Backnang. 1932 war die NSBO an über 100 Streikaktionen beteiligt, so bei BMW, Krupp, der Vulkan-Werft und bei Karstadt. Hervorzuheben ist auch die Teilnahme am gro-

ßen Verkehrsarbeiterstreik in Berlin. Die Wirkung blieb nicht aus. Während die SA vornehmlich unter den Arbeitslosen mit Uniformen und Handgeld warb, hatte die NSBO Zulauf in den Betrieben. 1932 zählte sie bereits 300 000 Mitglieder.

Jene Vertreter des Kapitals in Deutschland aber, die vor dem antikapitalistischen Gebaren der Nazis zurückschreckten, beruhigte der spätere Gauleiter von Sachsen, Martin Mutschmann: „Lassen Sie sich doch nicht immer durch die Schlagworte – Nieder mit dem Kapitalismus –, die wir auf unsere Plakate schreiben, verwirren. Diese Schlagworte sind notwendig ... Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, sonst werden sich diese nie bei uns zu Hause fühlen.“

Nach den spektakulären Ergebnissen vom Juli 1932, als die Hitler-Partei 230 Reichstagsmandate erringen konnte (gegenüber 133 der SPD und 89 der KPD), brachte die Wahl im November 1932 für die NSDAP einen Schock: Sie verlor 34 Sitze. Die SPD erhielt 121 und die KPD 100 Reichstagsmandate. Damit hatten beide Arbeiterparteien – bei steigender Tendenz für die KPD – wieder mehr Abgeordnete im Reichstag als die Nazis.

Dennoch – oder besser deshalb – wurde Hitler im Januar 1933 auf Drängen der Industrie durch Reichspräsident von Hindenburg zum Reichskanzler berufen. Nach dem Reichstagsbrand wurde die KPD verboten. Die Nazis raubten ihre Mandate und Hitler erhielt per „Ermächtigungsgesetz“ diktatorische Vollmachten. Doch der immer stärker werdende Terror gegen Demokraten und Antifaschisten schloß auch weiterhin eine massive Demagogie nicht aus. Ausgerechnet die Nazis proklamierten den 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Goebbels verband damit die Erwartung, daß der Gefahr antifaschistischer Massenaktionen am 1. Mai der Wind aus den Segeln genommen werde. Mehr noch: Schon der nächste Tag sollte die spektakulärste Terroraktion bringen: die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsverbände.

Deren Häuser wurden besetzt, die Funktionäre verhaftet, die Kassen beschlagnahmt, die Presse verboten.

Doch obwohl sich die NSBO unter Leitung Muchows dabei besonders „bewährt“ hatte, wurde nicht sie, sondern die am 10. Mai 1933 gegründete „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) mit Robert Ley an der Spitze mit der Übernahme der zerschlagenen Gewerkschaften betraut. Hitler mißtraute dem ehemals so bedeutsamen „linken“ Gebaren der NSBO und diverser Funktionäre seit Jahren. So wurden schon 1930 einige oppositionelle Naziführer (Rostkat von Mücke, Graf Reventlow) aus der NSDAP ausgeschlossen. Otto Strasser verließ 1930 die NSDAP, Gregor Strasser folgte ihm 1932.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften bekamen die „linken“ Tendenzen in der Nazi-Partei, wie auch in der NSBO, weiteren Auftrieb. Viele Mitglieder wollten nun ihre alten Propagandaparolen in die Tat umsetzen. Mit der Forderung nach einer „zweiten Revolution“ verstärkten sich von der Naziführung heftig bekämpfte Aktionen gegen Konzerne, Monopole, gegen die Leitung von Betrieben. Es gab Werksbesetzungen und zahlreiche weitere als „Eingriffe in die Wirtschaft“ bezeichnete Maßnahmen. Diese Entwicklung mußte den Widerstand des Kapitals und der Nazi-Führung hervorgerufen.

Hitler reagierte im August/September 1933 mit einer drastischen „Säuberungsaktion“ in der NSBO.

Merkwürdigerweise kam am 12. September der in Nazi-Kreisen populäre Reinhold Muchow bei einem „Schußwaffenunfall“ ums Leben. Während die NS-Führung 1934 mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ den Arbeitern bestimmte Rechte einräumte, verstärkten sich die linksorientierten Tendenzen in den Nazi-Organisationen weiter. Im Preußischen Landtag tönte Kube, der Sprecher der Nazi-Partei: „Die nationalsozialistische Regierung muß die Großgrundbesitzer zwingen, ihr Land zu parzellieren und den größten Teil davon den Bauern zur Verfügung zu stellen.“

Auch Ernst Röhm, der Stabschef der SA, argumentierte vielfach auf der gleichen Linie, weil er die „linke“ Woge für eigene machtpolitische Ziele nutzen wollte.

Am 24. April 1934 schrieb er: „Die Revolution, die wir gemacht haben, ist keine nationale Revolution, sondern eine nationalsozialistische. Wir legen sogar Wert darauf, dieses letzte Wort – sozialistisch – zu unterstreichen.“ Und Edmund Heines, Röhm's Stellvertreter in Schlesien, betonte Ende Mai 1934: „Wir haben die Verpflichtung übernommen, Revolutionäre zu bleiben. Wir stehen erst am Beginn. Wir werden nicht ruhen, bis die deutsche Revolution vollendet ist.“ „In manchen Stürmen der SA ... rumorte es“, stellte Otto Strasser fest. Immer akuter erschien deshalb Hitler die Aufforderung Oswald Spenglers, die SA „rücksichtslos und undankbar“ zu verabschieden. Rudolf Heß warnte am 25. Juni 1934 alle „Unbelehrbaren, die noch immer in ihrem früheren Parteidenken befangen sind“.

Wenige Tage darauf folgte ein blutiges Massaker in den eigenen Reihen: Am 30. Juni und am 1. Juli ließ Hitler eine angebliche SA-Revolution von einer ausgesuchten SS-Truppe niedermetzeln. Prominenteste Opfer waren Ernst Röhm, Gregor Strasser sowie General von Schleicher. Die Zahl der Umgebrachten ist ungewiß. Offiziell zugegeben wurden 77 zusammengeschossene Nazi-Funktionäre. Vermutlich schwankt die Zahl zwischen 300 und 1000 Ermordeten.

Dr. Hermann Roth

Zum Rechtsruck in der Bundesrepublik

Um Mißinterpretationen vorzubeugen: Hier soll nicht die offene terroristische Diktatur des deutschen Imperialismus in den Jahren 1933–1945 mit der Gegenwart gleichgesetzt werden. Aber der Blick auf diese Vergangenheit kann dazu dienen, die Gefahren zu begreifen, die uns heute hierzulande und in ganz Europa drohen: Sie sind für Unzählige ohne „deutschen“ Paß, „Schengen-Visum“ oder irgendwelche Papiere bereits Wirklichkeit.

Vor mir liegt ein Flugblatt der DKP-Gruppe meines Hamburger Stadtteils Altona: „Der Faschismus hat viele Fratzen“ ist sein markanter Titel. Darunter wird zunächst das auch von linken Medien – beim Einschätzen eigener Stimmenanteile, der Verluste der bürgerlichen Parteien und der massiven Wahlabstinenz – nur wenig beachtete erhebliche Anwachsen der relativen und absoluten Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei den „Europa-Wahlen“ im Juni untersucht: Sie erreichten gegenüber 2,1 % (568 700) nun 3,6 % (924 239) – fast eine Million Stimmen! Allein die NPD konnte mit 200 000 Wählern eine Verdoppelung für sich verbuchen. Bei den Landtagswahlen an der Saar kam sie aus dem Stand auf 4 %. Die Resultate von NPD und DVU in Sachsen und Brandenburg sind ein besonderes Alarmsignal.

Die Altonaer Genossen befassen sich speziell mit der NPD. Sie durchleuchten deren Verflechtung mit dem Staatsapparat, vor allem dem Inlandsgeheimdienst, dem sogenannten Verfassungsschutz. Aus der im Verlauf des Pseudo-Verbotsverfahrens aufgedeckten Aktivität leitender NPD-Funktionäre, die in nicht geringer Zahl als VS-Agenten enttarnt wurden, folgern sie, daß „die neofaschistische Szene in Deutschland seit Jahrzehnten von staatlichen Institutionen gesteuert wird“.

Wir müssen uns also durchaus Böses denken, wenn nun auf der Rechten vor allem diese faschistische Partei, aber auch die DVU, gegen Schröders Raubreformen mobil macht. Der Wolf hat Kreide gefressen. Mit ihrer Unterwanderungstaktik und der Einreihung unter die Demonstranten, betreiben die Neonazis aus der Geschichte gut bekannte Rattenfängerei und liefern den Herrschenden Vorwände für die Behauptung, „Extremisten von rechts und links“ würden die Kundgebungen instrumentalisieren. Diffamierung nach dem Abc der Totalitarismuskonzepte. Die Altonaer Genossen führen die Erfolge der Faschisten auf die „gesamtschichtliche

Rechtsentwicklung in der BRD“ zurück. In diesem Zusammenhang wird der Plan der Schröder-Fischer-Regierung hervorgehoben, den Polizei- und Geheimdienstapparat institutionell zu verschmelzen – was nach dem Sieg über die Hitlerfaschisten durch die Alliierten aus gutem Grund verboten wurde: „Das Reichssicherheitshauptamt läßt grüßen ...“, schreiben die Genossen. Und wirklich – welch ein Land, in dem faschistische Schandtaten und Terrorakte nur kurze Randmeldungen, selbst im ND, wert sind! Dabei vergeht kaum eine Woche ohne Überfälle auf Flüchtlinge, andere Ausländer, Linke, Behinderte, ohne Schändung jüdischer Friedhöfe, sowjetischer Rotarmistengräber und antifaschistischer Ehrenmale ... Diese Gewöhnung an den Terror, an offiziell genehmigte Naziaufmärsche ist Ausdruck der Tatsache, daß sich die Parteien der Bourgeoisie selbst immer mehr nach rechts außen bewegen. Das zeigt sich vor allem in der Institutionalisierung des Rassismus. Als dessen hervorstechendster Förderer wird von den Verfassern des Flugblattes Innenminister Otto Schily bezeichnet. Sein „Zuwanderungsgesetz“, das auch die von der PDS mitregierten Länder verabschieden halfen, hat den einzigen Zweck, die BRD gegen „nutzlose Menschen“ aus anderen Ländern abzuschotten, gegen Flüchtlinge aus jenen Teilen der Erde, die die Imperialisten

ausbeuten und zerstören. Wenn sie es überhaupt noch über „Europas Grenzen“ oder gar bis in die BRD schaffen, sind sie einer menschenverachtenden Asyl- und einer lebensbedrohenden, manchmal tödlichen Abschiebep Praxis ausgeliefert. Doch das reicht Schily nicht. Seinem antihumanistischen Denken entsprang jüngst der Plan, Flüchtlinge bereits in Nordafrika und anderen „nichteuropäischen“ Mittelmeerstaaten in Lagern zu internieren, damit sie niemals einen Fuß auf europäischen Boden setzen können. In dem noch nicht zur EU gehörenden NATO-Rumänien gibt es bereits solche Lager. Zynisch erläuterte Schily sein Vorhaben: „Dort könnte dann eine Außenstelle der EU die behaupteten Fluchtgründe prüfen. Dies könnte auch die Vorform einer europäischen Asylbehörde sein. Das haben wir übrigens ganz ähnlich (...) während des Kosovo-Konflikts organisiert. Damals hat niemand den Vorwurf erhoben, wir würden deutsche Lager errichten ...“ Tatsache ist, daß BRD-Behörden bereits heute – und seit langem – Flüchtlinge und Asylbewerber in die Hände von Folterern und Henkern brutaler Diktaturen abschieben, mit denen die deutsche Bourgeoisie beste Beziehungen unterhält und deren Schergen zum Teil an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese oder an BRD-Polizeischulen ausgebildet worden sind ...

Vor mir liegen Kopien einiger Seiten des faschistischen „Reichsgesetzblattes“ vom 25. August 1938. Es enthält die „Ausländerpolizeiverordnung“ vom gleichen Monat, unterzeichnet durch Nazi-Innenminister Frick. In ihrem § 2 Absatz 4 (Aufenthaltserlaubnis) ist sie „liberaler“ als Schilys Gesetz: Frick genehmigte Kindern bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres den Aufenthalt ohne Erlaubnis, während die BRD von 14 Jahren ausgeht. Das 12. oder 10. Lebensjahr wären ihr noch lieber ... In § 7 der Frick-Verordnung finden wir eine Bestimmung, die mit einer heutigen Vorschrift nahezu identisch ist. Sie verbietet Flüchtlingen, ein bestimmtes Gebiet zu verlassen. Heute wird das beschönigend „Residenzpflicht“ genannt, doch die von Frick in § 13 Absatz 2 verordnete Strafe für Verstöße gegen diese Auflage – bis zu einem Jahr Gefängnis und Geldstrafe oder beides – entspricht exakt dem heutigen Strafrahmen. Gegen eine Entwicklung in der geschilderten Richtung müssen sich Kommunisten und Sozialisten, Antifaschisten und Internationalisten entschieden und geschlossen zur Wehr setzen!

Werner Hoppe



Das zeithistorische Buch
Dr. Ratscho Ratschew
erschien jetzt in Bulgarien.

Warum es keinen „kollektiven Imperialismus“ gibt

Hinter der bürgerlich-medialen Vielsprachigkeit zur außenpolitischen Neuorientierung der BRD verbirgt sich vor allem eine Auseinandersetzung um das „Wie“, nicht um das „Ob“ der Aufstellung des deutschen Monopolkapitals im Kampf um die Neuaufteilung der Welt.

Mit Steuermitteln finanziert ist der Krieg eine wirtschaftlich besonders effektive Form der Marktöffnung und des Rohstoffzugriffs im nationalen Kapitalinteresse: Rüstungskonjunktur, Privatisierung „militärischer Dienstleistungen“, staatliche Subvention des „Wiederaufbaus“ in okkupierten Territorien („Neokolonialismus auf Filzlatzchen“).

Als Folge der weiteren Ausdifferenzierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben politisch-ökonomische Entscheidungen durch Multiplikationseffekte zunehmend globalstrategische Auswirkungen, verbunden mit der Erhöhung der Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Das zeigt folgendes Beispiel: Auf der Grundlage des Hüttenvertrages, der der deutschen Stahlindustrie auf Jahrzehnte gegen Preisaufschlag die Vollversorgung mit Koks garantierte, baute die Ruhrkohle AG 1992 für ca. 600 Mio. Euro in Dortmund Europas modernste Kokerei. Da im Jahr 2000 der Preis für den vertraglich gesicherten Koks ca. 10–15 Euro/Tonne über dem Weltmarktpreis lag, wurde der Vertrag von der deutschen Stahlindustrie nicht verlängert. Statt dessen setzte sie auf billigere Koksimporte.

Zur Verringerung der Produktionskapazitäten wurde die Kokerei bereits 2000 wieder geschlossen und für nur 30 Mio. Euro an die VR China verkauft. Dort wird sie seit 2003 wiederaufgebaut und soll ab 2006 Hüttenkoks produzieren.

China ist mittlerweile der größte Stahlproduzent der Welt. 2003 entfielen 90 Prozent des Wachstums der Weltstahlindustrie auf das fernöstliche Land. Die anvisierte Jahresleistung 2004 beträgt 260 Mio. Tonnen. Durch Werksneubau soll die Produktion um weitere 110 Mio. Tonnen jährlich gesteigert werden.

Aufgrund der enormen Nachfrage durch China, zunehmend auch durch Indien, stieg der Weltmarktpreis für Koks von 70 Dollar/Tonne Anfang 2002 auf bis zu 500 Dollar/Tonne im Frühsommer 2004.

Durch Kurzarbeit, Entlassungen und Lohndrückerei bezahlen vor allem die Hütten- und Stahlwerker dafür. Die zunehmende Sensitivität des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zeigt sich auch in immer undurchsichtigeren Risikobewertungen ökonomischer Entscheidungen, was den Boden für politisches Abenteuerrium bereitet und zu Konfliktlösungen durch „heiße Kriege“ drängt.

Wenn sich Elemente „kollektiven imperialistischen Handelns“ herausbilden, so nur auf der Grundlage gemeinsamer multinationaler ökonomischer Interessen. Ob, wann und wie das geschieht hängt vor allem vom jeweiligen Kräfteverhältnis

ab. Beispiele dafür lieferte der Kalte Krieg. Es gilt der kapitalistische Lehrsatz: „Es gibt keine gleichbleibenden Freunde, nur gleichbleibende Interessen.“ Es ist zweifelhaft, ob der Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ ein solches Konstituierungselement ist.

Die Praktizierung von Staats-, Gruppen- und Individualterrorismus gehörte seit jeher zu den Handlungsoptionen vor allem der USA zur Durchsetzung imperialistischer Interessen.

Das Netzwerk des internationalen Terrorismus ist als Sekundärprodukt aus den global ausgebreiteten Metastasen der USA-Hegemonialpolitik während des Kalten Krieges hervorgegangen und wuchert aufgrund überreichlichen Nahrungsangebotes weiter.

Die vornehmlich gegen die USA orientierte Zielrichtung des Terrors kann deshalb nicht verwundern. Eine generelle Stoßrichtung gegen die kapitalistische Produktionsweise ist jedenfalls trotz gegenteiliger Behauptungen und Beschwörung „gemeinsamer Werte“ nicht erkennbar.

Die Bereitschaft politisch tonangebender Kräfte führender kapitalistischer Länder, den USA in der Tradition untergeordneter tributpflichtiger Vasallen treu zur Seite zu stehen, mag noch als ein durch Sonderinteressen gespeistes Relikt aus dem Kalten Krieg vorhanden sein.

Allein Kosten, Risiken und handfeste nationale Interessen stehen dem im Wege. Die wichtigsten kapitalistischen Staaten lehnen eine direkte Unterstützung der USA ab oder zeigen starke Zurückhaltung. Der republikanische US-Senator Richard Lugar, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, bezeichnete das Vorhandensein eines gemeinsamen Feindes von Europäern und Amerikanern als „existenzielle Frage für den Fortbestand der NATO“ (WELT, 5. 8. 2004). Als deren neue Aufgabe wird der gemeinsame Kampf gegen den internationalen Terrorismus bezeichnet, wobei „international“ die Umschreibung für die globale Ausdehnung des Operationsbereiches der NATO ist: „Es gibt nur eine Möglichkeit – ‚out of area‘ oder ‚out of business.‘“ Zu den Perspektiven der strategischen Allianz heißt es dort: „Einige Europäer können damit schlecht leben. Manche sagen, die Amerikaner seien von diesem Kampf besessen, wohingegen die Europäer Jahrhunderte der Erfahrungen mit Angriffen auf dem eigenen Boden haben. ... Wir wissen auch, daß einige von ihnen die USA immer wieder gern attackieren. Denken Sie an den Vorwurf des Unilateralismus. Natürlich stellt sich für uns bei allem Verständnis für unsere Partner irgendwann die Frage: ‚Where is the beef? Was habt ihr zu bieten?‘ In Washington gibt es derzeit tatsächlich einige Personen, die diese Frage sehr offensiv stellen und Europa gegenüber eher kritisch eingestellt sind. ... Es gibt riesige Unterschiede in der Terrorwahrnehmung. Kaum ein Deutscher erwartet, daß eines Tages ein Flugzeug ins Kanzleramt rast

oder das Brandenburger Tor sprengt. Ähnlich sieht es bei den anderen Europäern aus. Daran hat auch der Anschlag von Madrid nicht viel geändert. Ich glaube, daß hier noch immer die Stimmung herrscht, Europa ist für die Terroristen kein Ziel.“

Die rohe Durchsetzung der nationalen Interessen der USA, die beispiellose Brückierung der UNO und die Mißachtung internationaler Vereinbarungen, nicht zuletzt die martialische Kriegsrhetorik faschistoider Machtgruppierungen innerhalb des Militärisch-Industriellen Komplexes haben den Prozeß der Betonung nationaler Machtansprüche außerhalb der USA befördert. Die massenwirksame Antikriegsbewegung vor dem Überfall auf Irak hat den Regierungen der Welt zudem deutlich gemacht, daß eine Kriegsbeteiligung an der Seite der USA nicht den Mehrheitsinteressen der Völker entspricht. Nicht zuletzt der latente, weiter reifende Konflikt zwischen den nationalen Interessen Frankreichs und denen der USA begünstigt den Erosionsprozeß der NATO, dessen Konsequenzen noch nicht absehbar sind. Berücksichtigt werden muß allerdings die Furcht Großbritanniens und zahlreicher kleinerer Mitgliedsländer vor einer deutsch-französischen Hegemonie. Daraus folgt eine Tendenz zur freiwilligen Unterordnung dieser Länder unter die Hegemonialmacht USA. Allgegenwärtig ist der Leitspruch der Außenpolitik Washingtons, wonach die „Mission“ die Koalition bestimmt und nicht umgekehrt. Hierbei legen die USA die Mission fest.

Noch versucht die herrschende Klasse der BRD sich alle Optionen offenzuhalten und eine politische Machtbalance zwischen verschiedenen nationalen Imperialinteressen herzustellen. Hinter den Kulissen ist jedoch der Prozeß der Anmeldung „deutscher“, sprich monopolkapitalistischer Interessen unter einer SPD-geführten Bundesregierung mit einem „transatlantischen“ grünen Außenminister weit fortgeschritten.

Die weitere Polarisierung zwischen den imperialistischen Ländern zur Sicherung künftiger Absatzmärkte und Rohstoffquellen sowie die Herausbildung neuer Mächtigkeitsgruppen ist klar absehbar, die Aufrechterhaltung einer „unipolaren Welt“ unter Vorherrschaft der USA eine Fiktion.

Dr. Erhard Kegel

Die RF-Regionalgruppe Magdeburg

lädt zu einer Veranstaltung mit
Prof. Dr. Anton Latzo
am 14. Oktober um 16 Uhr
in der Kühleweinstraße
(Autowerkstatt Opitz) ein.

Thema: **Die
Osterweiterung
der EU**

Mitglieder, Leser und Interessenten
sind herzlich eingeladen.

Von der Sprachlosigkeit zum Gedankenaustausch

Der christlich-marxistische Dialog

Der christlich-marxistische Dialog und dessen Entwicklung gehörten zur Geschichte der letzten Jahre der DDR, verdienen es also, analysiert und aufgearbeitet zu werden. Dazu ist folgende Vorbemerkung erforderlich: Wenn ich über den christlich-marxistischen Dialog berichte, dann nicht „von außen“, als unbeteiligter Zuschauer, sondern als einer seiner Akteure.

Es sind jetzt fast auf den Tag genau 20 Jahre her, daß in der DDR dieser Dialog geboren wurde: 1984 auf dem „III. Internationalen Symposium zum „Wissenschaftlichen Atheismus““ an der Pädagogischen Hochschule Güstrow, an dem etwa 80 Wissenschaftler aus fünf sozialistischen Staaten teilnahmen.

Bislang hatte sich die wissenschaftliche Arbeit in den hauptsächlichlichen Forschungskollektiven in Berlin, Güstrow und Warnemünde vornehmlich mit Fragen der Zusammenarbeit von Marxisten und Christen befaßt. Das war ausgelöst worden, als Anfang der 80er Jahre beim Rat für Philosophie der DDR ein Problemrat (Leitungskollektiv: Kliem, Klohr, Lutter, Pacholik) konstituiert wurde. Er trug die Bezeichnung „Philosophisch-weltanschauliche Probleme der Zusammenarbeit von Kommunisten und Gläubigen“ und initiierte eine umfangreiche theoretische Arbeit zu diesen Fragen.

Dieser Schritt und die entsprechende Orientierung waren derzeit in hohem Maße durch politischen Pragmatismus bestimmt, denn den Marxisten (und auch vielen politisch positiv orientierten Christen in der DDR – die gab es nämlich) ging es vor allem darum, durch die Gemeinsamkeit Potenzen für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu erschließen und unnötige Reibungsverluste zu vermeiden. Deshalb sollten mittels dieser Zusammenarbeit Berührungspunkte, Mißtrauen, Sprachlosigkeit und auch Gegnerschaft, Feindschaft gar, abgebaut werden, die ihre Wurzeln politisch u. a. in der Kirchenkampfsituation der 50er Jahre und theoretisch in dem lange Zeit praktizierten – oft militanten – Fundamentalismus auf beiden Seiten besaßen. Eine solche Orientierung erwies sich in jenen Jahren als möglich, waren doch durch die Hinwendung vieler Christen zum Sozialismus die dafür notwendigen Bedingungen herangereift.

Das, was theoretisch und praktisch in jener Zeit hinsichtlich der Zusammenarbeit geschah, verlief recht erfolgreich. Zunehmend jedoch offenbarte sich ein Problem: Wenn man zusammenarbeitete, dann ging das ja nur, wenn man auch miteinander redete, kommunizierte, einen Dialog führte. „Dialog“ aber war – im gegebenen Zusammenhang – kein ganz harmloser Begriff, sondern besaß damals einen bestimmten Klang. Es hatte nämlich einen solchen (organisierten) Dialog schon zuvor gegeben: In den 60er Jahren führte die katholische Paulus-Gesellschaft z. B.

in Salzburg und Herrenchiemsee Dialogveranstaltungen durch, und ab 1967 gab es solche in der CSSR (Marienbad), die dann den „Prager Frühling“ begleiteten. Seitdem galt der christlich-marxistische Dialog in der DDR als konterrevolutionär. Der Begriff war tabuisiert, geradezu verpönt und wurde tunlichst vermieden. Aber auf Dauer läßt sich die Dialektik nicht vergewaltigen. Der Widerspruch zwischen der Bejahung der Zusammenarbeit und der Verneinung des Dialogs drängte nach seiner Auflösung.

Dies geschah dann – sehr vorsichtig noch – auf dem eingangs erwähnten III. Güstrower Symposium. Die Vorsicht war keine Feigheit, sondern sollte verhindern, daß der Dialog schon in seiner Entstehung abgewürgt wurde. So gab es dann im Vorfeld des Symposiums eine Absprache zwischen mir und meinem damaligen wissenschaftlichen Partner und Freund Olof Klohr (Warnemünde), die folgende „Strategie“ beinhaltete:

In meinem Hauptreferat „Aktuelle Probleme der Zusammenarbeit von Kommunisten und Gläubigen“, das für eine Veröffentlichung in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ vorgesehen war (vgl. Heft 10/1985, S. 875 ff.) ging ich nicht auf den Dialog ein. Das tat Olof Klohr dann in der Diskussion, über die man in der DZfPh (Heft 6/1985, S. 555) ebenfalls berichtete. Dadurch wurde dieses Thema nicht so exponiert, sondern als ein Aspekt unter vielen anderen erwähnt. Unser Vorgehen erwies sich tatsächlich als erfolgreich, es gab keinerlei Einsprüche. Natürlich nutzen wir dann das Symposium, um unsere Genossen zu ermuntern und aufzufordern, sich dem Dialog zu stellen und ihn, wenn möglich, zu organisieren.

Es dauerte aber noch bis 1986, ehe die ersten erwähnenswerten Dialog-Veranstaltungen stattfanden.

Natürlich gab es in der DDR schon immer Gespräche, also Dialoge, zwischen Marxisten und Christen. Im privaten Bereich, aber auch auf politischer Ebene in vielfältiger Weise, in Kommunen oder explizit in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ der Nationalen Front usw.

Bei dem christlich-marxistischen Dialog handelt es sich jedoch um organisierte Veranstaltungen mit einem vom Veranstalter festgelegten Thema. „Der christlich-marxistische Dialog ist eine Form partnerschaftlicher Kommunikation zur Verständigung über gemeinsame Standpunkte mit dem Ziel der Zusammenarbeit bei der Verwirklichung humanistischer Ziele“, erklärten wir. Sowohl Christen als auch Marxisten akzeptierten diese Definition und orientierten sich daran.

Themen der ersten Jahre waren beispielsweise „Sozialismus und Religion“, „Sozialethische Gemeinsamkeiten von Marxisten und Christen“, „Der Christ in der sozialistischen Gesellschaft“.

Anfangs luden vor allem die CDU, der Kulturbund und die Nationale Front in den

Bezirken Rostock und Schwerin Christen und Marxisten zu entsprechenden Veranstaltungen ein. Später ergingen Angebote an Marxisten von christlicher Seite aus: von Pfarrkonventen, Kirchen- und Studentengemeinden und auch zu größeren Veranstaltungen wie Evangelischen Akademien und Kirchentagen. Zentren wurden die Städte Berlin, Rostock, Güstrow, Dresden, Freiberg und Zittau. In Dresden, Zittau und an der Humboldt-Universität entstanden feste Dialog-Gruppen, die relativ regelmäßig zusammenkamen. Es gab den Dialog aber auch über Briefwechsel. Ich besitze aus jener Zeit noch viele Briefe von Theologen. Wir tauschten unsere Gedanken über den Dialog im allgemeinen und zu gemeinsam interessierenden Fragen aus – oft mit Gewinn für beide Seiten.

Prof. Dr. Hans Lutter

Unser Autor war von 1994 bis 2000 stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes e. V. und bis 2004 Redakteur/Herausgeber der „Zeitschrift für den christlich-marxistischen Dialog“.

„Münze“ oder eine Partei in Not

Eine Partei, die ist in Not,
denn sie sitzt in einem Boot,
das nicht nur schaukelt, nein fast kentert,

ein neuer Steuermann müßt her,
der radikal was ändert.
Nun ward ein solcher Mann erspäht,
der gerne an das Ruder geht,
und Leute gibt's, die darauf wetten,
der Neue kann bestimmt uns retten.

Und der geht stolz ans Ruderrad,
nicht gebeugt, fast kerzengrad,
spricht nicht laut und auch nicht leise,
posiert gern, erfahren sei er und auch weise.

Geschichte setzt er oft ins Wort,
nennt Lassalle und führt sie fort
mit Brandt und auch mit Ollenhauer,
spricht über eine deutsche Mauer,
doch die linken Patrioten
scheut er, gerechter auszuloten.

Über Arbeit spricht er, über Rente,
über Reformen, die, befände er,
richtig seien,
soll Deutschland in der Welt gedeihen.
Alle Reden in bla-bla
und kaum am Ruder – siehe da,
nichts von neuem Kurs im Boot
weiter rechts und weg vom Rot.

Drum die Moral von der Geschichte,
ein Neuer ist manch Neuer nicht,
drum bleibt die Frage ernst gemeint,
die viele Menschen wohl vereint:
was wird in Deutschland denn
verändert,
wenn das genannte Boot einst kentert.

Rudolf Dix, März 2004

Verdienste Ernst Thälmanns dürfen nicht geschmälert werden!

„Gedenktage sind ohne Sinn, wenn sie nicht in Gegenwart und Zukunft hineinwirken.“ Diese Worte Ernst Thälmanns waren das Motto der Rede von Prof. Moritz Mebel auf der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Ermordung des Arbeiterführers, die am 22. August in Ziegenhals stattfand. Es ist gut und es war auch dringend geboten, diesen Tag in die gesellschaftliche Erinnerung zu rufen, jenes Menschen zu gedenken, der an der Spitze der Kommunistischen Partei Deutschlands dem Faschismus die Stirn bot und auf Geheiß Hitlers 1944 heimtückisch ermordet wurde.

Kranzniederlegungen in Berlin, Buchenwald und Hamburg sowie bewegende Veranstaltungen des Thälmann-Kuratoriums Hamburg und in Ziegenhals manifestierten den Willen von Sozialisten, Kommunisten und Sympathisanten, nicht zu gestatten, daß das Vermächtnis Ernst Thälmanns verfälscht und dem Vergessen überantwortet wird.

Egon Krenz setzte sich in seiner Rede in Hamburg mit Versuchen auseinander, den deutschen Kommunisten die Schuld für den Machtantritt der Faschisten anzulasten. Es waren aber nicht die Krauses, sondern die Krupps, die Hitler zum Reichskanzler machten. Den größten Blutzoll im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland erbrachten die Kommunisten.

Es darf nicht zugelassen werden, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung umgeschrieben und die Rolle Ernst Thälmanns geschmälert wird. Von der Behauptung, Fehler der Arbeiterbewegung hätten faktisch die Machtübernahme der Faschisten ermöglicht, führt ein direkter Weg zur Gleichsetzung der Nazierrschaft mit der DDR und auch zu der provokanten Behauptung, die Linken und die Neonazis stünden heute gegen Hartz IV in einer Reihe. Der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, Heinz Stehr, betonte in seiner Rede auf

der Hamburger Veranstaltung, daß ein Ablenken von der Verantwortung des deutschen Großkapitals für Faschismus und Krieg nicht zugelassen werden dürfe. Er schlug den Bogen zum heutigen Kampf für den Frieden, gegen die Festschreibung des kapitalistischen Systems und wies auf die Aufrüstungsverpflichtungen nach der EU-Verfassung hin. Er wandte sich gegen die Agenda 2010 sowie Hartz IV und bekräftigte die Solidarität mit Kuba und den progressiven Kräften in Venezuela.

Eine Lehre der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde anlässlich dieses Gedenktages überall deutlich: Sozialisten und Kommunisten, alle Kräfte, die einen Ausweg aus dem verhängnisvollen Verlauf der deutschen Geschichte anstreben, müssen ihre Zerrissenheit überwinden und zusammen an dem gemeinsam Angestrebten arbeiten. Uns ist das Vermächtnis Thälmanns jederzeit gegenwärtig.

Rolf Berthold



Geschichtsunterricht

Während eines Seminars des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg im Westthar kam ich mit Frau Idune K., Lehrerin aus Hildesheim, über den Schulunterricht ins Gespräch. Sie hielt mir dabei vor, daß in der DDR den Kindern nur das beigebracht worden sei, was in die Ideologie von Staat und Partei paßte. Ganz besonders im Fach Geschichte.

Da Frau K. offensichtlich dieses Fach unterrichtet, entgegnete ich ihr: „Sie vermitteln ganz sicher Ihren Schülern, daß Otto von Bismarck ein großer Staatsmann war, der 1871 die Einheit des Deutschen Reiches herstellte.“ Sie: „Ja, natürlich.“

Darauf fragte ich: „Erzählen Sie ihnen auch, daß Bismarck der bürgerlichen französischen Regierung half, die Pariser Kommune niederzuschlagen, indem er befohl, Zehntausende Kriegsgefangene samt ihren Waffen an die Regierung Thiers zu übergeben, damit dieser über genügend Soldaten verfügte, um die Kommunisten zu besiegen? Daß er diesen Truppen erlaubte, Paris durch den deutschen Belagerungsring hindurch anzugreifen? Daß er diesen konterrevolutionären Einheiten Transport- und Nachrichtenmittel zur Verfügung stellen ließ? Und daß er schließlich die Verbindungen der Kom-

mune zum Umland und zu den Provinzen Frankreichs sperren und unterbinden ließ, so daß niemand den Kämpfern in der Hauptstadt zu Hilfe kommen konnte? Sagen Sie also Ihren Schülern, daß sich der Reichskanzler Bismarck der aktiven Mithilfe und Unterstützung beim Massenmord an 30000 Pariser Kommunisten, darunter auch zahlreiche Frauen und Kinder, schuldig gemacht hat?“

Frau K. stutzte einen Moment, dann meinte sie: „Natürlich nicht, das gehört doch nicht zur deutschen Geschichte, das ist französische Geschichte.“ **Günter Freyer**

Wie Thomas Mann das Finanzgebaren Hans Eichels voraussah

Manche glauben, daß der Kapitalismus unbeschreibliche Veränderungen erfahren hat. Doch im Grunde ist alles beim alten. Vielleicht mag Thomas Manns 1909 (!) niedergeschriebene Schilderung des Umgangs mit den Staatsfinanzen als Beweis dafür dienen. Geben wir ihm das Wort:

Das Klirren der Sporen des Flügeladjutanten, der ihm die Handschrift der Thronrede (vor dem Landtag) überreichte, klang durch den Saal.

Es war das schonungsvollste Schriftstück, das je zu Gehör gekommen. Es fing damit an, die im Lande vorhandene Tüchtigkeit zu preisen, und räumte dann ein, daß gleichwohl nicht auf allen Gebieten des Erwerbslebens ein eigentlicher Aufschwung zu verzeichnen sei, so daß die Einnahmequellen nicht durchweg die wünschenswerte Ergiebigkeit aufwiesen. Es erklärte dann ohne Schönfärberei, daß „trotz überaus begrüßenswerter Erhöhung der Steuereingänge“ an eine Herabsetzung des Opfermutes (der Bevölkerung) nicht wohl habe gedacht werden können. Selbst ohne dies hätten sich im Etatsentwurf nicht alle finanzpolitischen Ziele erreichen lassen, und wenn es zunächst noch nicht gelungen sei, die Schuldentilgung auf das angestrebte Maß zu bringen, so sehe die Regierung doch in Fortsetzung einer maßvollen Anlehenspolitik den besten Ausweg.

Es kam sogleich zu Streitigkeiten (im Landtag), und zwar wegen mehrerer Punkte auf einmal: der Vermögenssteuer, der Fleischsteuer und des Beamtengehaltstarifs. Da nämlich die Volksvertretung für nichts in der Welt zur Bewilligung neuer Steuern zu bewegen gewesen wäre, so war grübelnder Geist darauf verfallen, die bisher gebräuchlich gewesenen Ertragssteuern in eine Vermögenssteuer umzuwandeln, die einen Mehrertrag von rund einer Million ergeben würde. Da aber klar war, daß fast allein die Städte durch die Vermögenssteuer würden belastet werden, so kehrte sich dagegen die volle Entrüstung der städtischen Vertreter, und zum mindesten forderten sie die Abschaffung der Fleischsteuer, die sie volksfeindlich und vorsintflutlich nannten ...

Denn die Lage war ernst, und schwermütige Geister gaben ihr trübere Bezeichnungen. Der Niedergang der landwirtschaftlichen Verhältnisse fand krassen Ausdruck in der Zunahme der Zwangsveräußerungen, deren Ziffer entsetzlich emporschnellte. Die Forsten? Es war daraus nichts erwirtschaftet worden. Die Silberbergwerke? Sie waren lange erträgnislos gewesen. So hatte man sich genötigt gesehen, die vorläufige Auffassung der Werke zu verfügen, obgleich dadurch viele Arbeiter brotlos gemacht wurden. Die schleichende Krise, das von einem Wirtschaftsjahr in das andere geschleppte Defizit war durch Notstand und Steuerausfall brennend, war schreiend

geworden, und bei der ratlosen Umschau nach Heilmitteln – nach Linderungsmitteln – offenbarte sich dem blödesten Blick der ganze Jammer unserer Finanzgebahrung. Was aber jenes minder sittliche, doch verlockend bequeme Hilfsmittel gegen Geldmangel betrifft, welches die Finanzwissenschaft kennt, nämlich die Anleihe, so war die Stunde gekommen, wo eine mißbräuchliche und leichtfertige Ausnutzung dieses Mittels sich bitter zu rächen begann.

Nachdem man die Schuldentilgung eine Weile auf ungeschickte und verlustbringende Weise betrieben, hatte man sie unter Albrecht II. so gut wie ganz unterlassen, hatte die klaffenden Löcher im Etat mit neuen Anleihen und Schatzscheinen notdürftig gestopft und sah sich erlebend einer schwebenden und kurzfristigen fundierten Schuld gegenüber, deren Höhe zur Kopffzahl der Einwohnerschaft in skandalösem Verhältnis stand.

Mit einem Worte: Unser Kredit war erschüttert. Denn zu allem Unglück kam dies, daß man gerade unter dem Druck

jener allgemeinen wirtschaftlichen Mißstimmung, jener Geldteuerung stand.

Was tun, um festen Boden zu gewinnen? Die Veräußerung der Silberbergwerke und die Verwendung des Erlöses zur Tilgung hochverzinslicher Schulden war längst erwogen worden. Einen Augenblick – es war ein Augenblick seelischer Hinfälligkeit – kam selbst der Verkauf von Staatsforsten in Betracht. Um nichts zu verschweigen: Noch andere Verkaufserüchte kamen auf. Der „Eilbote“, nicht gewohnt, seinem Zartgefühl eine Information zu opfern, brachte zuerst die Nachricht, daß zwei im offenen Lande gelegene Schlösser des Großherzogs dem Verkauf unterstellt seien ...

Thomas Mann, „Königliche Hoheit“, Aufbau-Verlag, verkürzter Auszug

Ein Unterschied zu 1909: Heute werden nicht nur Schlösser, sondern auch Krankenhäuser und vieles mehr bedenkenlos verschertelt.

**Gefunden von
Dr. Norbert Pauligk**

Irrläufer

Lieber Leser, stellen Sie sich bitte nur für wenige Minuten vor: Was würde passieren, wenn die Hartz-IV-Fragebögen an die falschen Adressaten geschickt worden wären, vielleicht an die hierzulande existierenden 1,5 Millionen Millionäre? Im Zeitalter der Computerviren und Hacker-Terroristen ist so was ja nie auszuschließen. Und das Ergebnis? Nun müßten doch einmal diejenigen die Gemeinschaftskasse auffüllen, die seit Jahrzehnten bei der Profitanhäufung nach Kräften staatlich gefördert werden. Sie wissen natürlich, daß Eigentum und Macht verpflichten, aber ungeachtet dessen würden ihre Vermögensagenturen den Widerstand gegen die von den „Sozialschmarotzern“ ausgelöste „undemokratische“ Datenerhebung verstärken. Aber es hilft nichts: einmal im Besitz der Fragebögen, müßten sie ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachkommen angesichts der martialischen Konsequenzen, die für den Fall der unterbliebenen oder mutwillig unrichtigen Ausfüllung angedroht werden.

Sie wären gezwungen, die in den Bögen enthaltenen Fragen nach (kapitalistischen) Bedarfsgemeinschaften, angemessenem Wohnraum, Hausrat, PKW und Flugkörpern, nach Höhe und Art des Einkommens und Spekulation, Kontoständen der Ehegatten und Kinder, abgeführten Steuern, Vermögen aus legal und illegal beschafften Kunstwerken oder gar von Beutekunst, Einnahmen aus diversen Korruptionszuwendungen wenigstens annähernd wahrheitsgemäß anzugeben. Ob sie das schaffen? Unwahrscheinlich.

Deshalb wäre es erforderlich, den Befragten einen üppigen Beraterstab zur Seite zu stellen. Anbieten würde sich eine Vielzahl nichtbeamteter Wirtschaftsfachleute aus dem Osten mit einer bodenständigen Erwerbsbiographie, die, ausgestattet mit einer nicht zu knapp bemessenen Dschungelprämie, zuvor ein gründliches Studium der Armut- und Reichtumspyramide in Deutschland absolviert haben und denen man nichts mehr vormacht.

Gleichzeitig müßten die Kontrolleure fähig sein, menschliches Mitgefühl aufzubringen. Es kommt immer auf die Maßstäbe an. Dieser Tage konnte man lesen, der amerikanischen Schauspielerin Nicole Kidman seien 90 Millionen Dollar für die Mitwirkung in einem Siebenteiler geboten worden, in dem sie überhaupt nicht zu sehen ist, nur ab und zu als „weiße Hexe“ ein paar Sätze brabbeln darf. Dagegen nehmen sich doch die 16,1 Millionen Euro, die Konzernchef Klaus Esser einst für immerhin neunmonatiges Schuftan an der Übergabe der Mobilfunksparte des Mannesmann-Konzerns einstreichen konnte, ausgesprochen dürftig aus, oder um die vor einiger Zeit als Unwort des Jahres apostrophierte Vokabel zu verwenden: als Peanuts. Hier ergibt sich sogar die Frage, ob damit nicht die Zumutbarkeitsgrenze für unseren exzellenten Manager weit unterschritten ist.

Also: Entweder wir gewöhnen uns daran, diese Maßstäbe als normal anzuerkennen – oder wir erinnern uns immer lebhafter und wirksamer, wie das Leben ohne Kapitalisten verlief. Wir haben es schließlich kennengelernt. **Prof. Dr. Harry Milke**

Robert Uhrig – Held des kommunistischen Widerstandes

Dies Jahr ist Anlaß, vieler Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes aus den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands zu gedenken. Das ist besonders wichtig, da von den Herrschenden und ihren Medien erneut versucht wurde, mit der bewußten Überbewertung des Anteils der Männer des 20. Juli 1944 die herausragende Rolle der KPD im Kampf gegen den Hitlerfaschismus aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verdrängen.

Zu ihren aufrechten Kämpfern gehörte Robert Uhrig, dessen Todestag sich am 21. August zum 60. Mal jährte. Als Sohn eines Schlossers 1903 in Leipzig geboren, wurde der junge Werkzeugdreher schon 1920 Mitglied der KPD. Er arbeitete bei Osram, ab 1929 in der Versuchsabteilung für Radoröhren. Dort gehörte er auch zur Betriebszelle der Partei. Nach dem Machtantritt der Faschisten leitete er diese unter illegalen Bedingungen weiter und stellte das Blatt „Die Osramlampe“ her. Kurt Riemer, langjähriger Kampfgefährte und Kollege, lernte ihn zu dieser Zeit kennen und beschrieb ihn als „ungewöhnlichen Menschen von vielseitigem Wissen, fachlichem Können, organisatorischen Fähigkeiten und hohen solidarischen Empfindungen“.

1934 wurde er festgenommen und zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Auch in der Luckauer Haft setzte Robert Uhrig die politische Arbeit fort. Im März 1936 erfolgte seine Entlassung.

Bald nahm er Kontakt mit Häftlingen eines Außenkommandos des Zuchthaus auf. Er übergab ihnen Schriften der Partei und einen Detektor-Rundfunkapparat, den er selbst hergestellt hatte. Bald konnte er mit einer Gruppe von Berliner Kommunisten, zu der auch seine spätere Frau Charlotte zählte, die Tätigkeit im Untergrund verstärken. Nach Überwindung der Folgen einer weiteren Verhaftungswelle (1936/37) gelang es der KPD unter maßgeblicher Beteiligung von Robert Uhrig, die Parteistruktur in fünf Berliner Gebieten zu reorganisieren und über Kurier mit der Parteiführung im Ausland Verbindung aufzunehmen. Uhrigs Bereich umfaßte Wohngebietszellen in sieben Stadtbezirken und Betriebszellen in Großbetrieben wie AEG-Turbine, Osram, BMW-Flugzeugmotorenwerke sowie Daimler in Genshagen und Tempelhof-Marienfelde. Die nach ihm bezeichnete Uhrig-Gruppe umfaßte über 20 Betriebsgruppen mit bis zu 200 Genossen. Ab 1938 wurden Fäden zu Widerstandszentren außerhalb Berlins geknüpft.

Die Uhrig-Gruppe sammelte Informationen aus der Rüstungsproduktion, die über Mitglieder der „Roten Kapelle“ an das Ausland, vor allem an die Sowjetunion, weitergegeben wurden. Dazu schöpfte sie auch Äußerungen leitender Angestellter, so aus dem Osram-Werk über Funk- und Peilgeräte ab.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und besonders nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion intensivierte die Gruppe ihre illegale Tätigkeit. Sie setzte sich gegen den faschistischen Raubkrieg und die Antisowjethetze ein. Soweit das möglich war, koordinierte sie ihre Aktivitäten mit der „Roten Kapelle“ und der Gruppe um Anton Saefkow.

Das Wirken der Robert-Uhrig-Gruppe erstreckte sich über den langen Zeitraum von 1936 bis 1942. Das war eine einmalige Leistung. Erst nachdem es gelang, V-Männer der Gestapo einzuschleusen, fielen im Februar 1942 fast alle leitenden Funktionäre in deren Hände. Über 200 Mitglieder der Gruppe wurden schlagartig festgenommen. Robert Uhrig und seine Genossen blieben auch in dieser Zeit standhaft. Durch ihre Aussageverweigerung kamen andere Mitkämpfer frei und konnten den Widerstand fortsetzen.

Im Sommer 1942 wurde Robert Uhrig in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. In der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof im April 1944 entlastete er in seiner Verteidigungsrede eine Reihe von Genossen und konnte Hinweise über Gestapospitzel geben.

Am Tage seiner Hinrichtung schrieb er im Zuchthaus Brandenburg-Görden mit gefesselten Händen an seine Frau Charlotte: „Wenn ich heute in den Tod gehe, so tue ich das aufrecht. Ich bin nicht der erste und nicht der letzte. Das habe ich mir immer vor Augen gehalten. Wie viele müssen heute so jung schon sterben. Daß mir das passieren konnte, wußte ich von Anfang an. Mein letzter Gedanke gilt Dir und einer freien Menschheit.“

Die am Leben gebliebenen Kampfgefährten Charlotte Uhrig, Kurt Riemer und andere erfüllten sein Vermächtnis. Beide lernte ich in meiner Tätigkeit als stellvertretender Kommandeur des Kampfgruppenbataillons (mot.) „Robert Uhrig“ kennen.

Die DDR hat das Vermächtnis dieses beispielhaften Kämpfers stets in Ehren gehalten. Es gab über zwanzig Kollektive, die seinen Namen trugen, so eine Volkspolizei-Bereitschaft in Basdorf, eine Stahlschmelzerbrigade in Brandenburg und Schulen. Der Name einer Straße in Berlin-Lichtenberg hat die konterrevolutionären Ereignisse von 1989/90 überdauert.

Für uns waren die Kontakte zu diesen Kollektiven sehr wertvoll. Ich denke an bewegende Stunden, in denen Charlottes und Roberts Mitstreiter über sein Leben und seinen Widerstand gegen den Faschismus berichteten. Sie riefen uns auf, jederzeit für den Schutz unserer Republik einzustehen. Sie kamen auch zu unseren Ausbildungen und sahen in uns, wenn sie über Robert Uhrig sprachen, seine Erben. Später habe ich bei Kundgebungen und Demonstrationen oft alte Bekannte getroffen, die das Vermächtnis Robert Uhrigs geprägt hatte und die der Sache auch unter den neuen Bedingungen treu geblieben sind.

Daß er unvergessen ist, unterstrichen die Gedenkveranstaltungen aus Anlaß des 60. Jahrestages seiner Ermordung. Vor dem Haus in der Schöneberger Wartburgstraße 4, wo Robert Uhrig gewohnt hatte, fand eine bewegende Feierstunde statt. Die PDS Schöneberg/Tempelhof, die DKP, die VVN/BdA und weitere linke Organisationen ehrten den antifaschistischen Helden.

Gerd Julius, PDS-Bezirksverordneter in Schöneberg/Tempelhof, und der Bezirksvorsitzende Carsten Schulz warfen in ihren Reden die Frage auf, welche Lehren aus dem damaligen Handeln beherzter Hitlergegner für die heutige Zeit zu ziehen sind. Gegenwärtig gibt es nur eine geringe linke Präsenz in wichtigen Großbetrieben. Die Robert-Uhrig-Gruppe hatte einst unter unvergleichlich schwierigeren Bedingungen ganz anderes erreicht. Und gefragt wurde auch, warum man unter Linken der BRD dem Emporschnellen der Rüstungsproduktion in diesem Land so wenig Aufmerksamkeit zollt.

Mit Charlotte war ich bis zu ihrem Tod im Jahre 1992 und mit Kurt bin ich bis zum heutigen Tag eng verbunden. Ich habe dem Wunsch Charlottes und ihrer Genossen entsprochen, mich um Roberts Grab auf dem Friedhof an der Buchholzer Straße in Pankow-Niederschönhausen zu kümmern und die Verwandten bei der Pflege zu unterstützen.

Rolf Mauersberger



Ausflug nach Olympia

Der Autor weiß natürlich, daß der „Rot-Fuchs“ bislang ohne Sportteil erschien und auch, daß sich daran kaum etwas ändern wird. Wenn er der Redaktion diese Zeilen dennoch offerierte, dürfte das besondere Gründe haben: Die Olympischen Spiele des Jahres 2004 trugen mehr politische Züge als viele andere zuvor. Ich weiß, daß griechische Kommunisten gegen die Spiele demonstrierten, aber es gab nie eine antiolympische „linke Front“. Die Demonstrationen galten den bei den Hektikbauten der letzten vorolympischen Wochen ums Leben gekommenen Bauarbeitern, also den Folgen hemmungsloser Ausbeutung. Olympia können sie demzu-

Athen hatte die Spiele schon vor acht Jahren feiern und dabei ihren hundertsten Geburtstag würdig begehen wollen. Das scheiterte an den Profitinteressen eines US-amerikanischen Getränkekonzerns. Die weltberühmte griechische Sängerin Melina Mercouri – sie fungierte Anfang der neunziger Jahre als Kulturministerin – sagte damals zornig: „Jetzt ist Olympia endgültig cocacolarisiert!“ Sie hatte recht, und leider erlebte sie nicht mehr, wie die Spiele nun doch noch „heimkehrten“. Wer nur auf die Ergebnislisten blickt, kann auch nur sportliche Schlüsse ziehen. Kaum jemandem wird entgangen sein, welch heftige politische Debatten seit-

Natürlich wurde auch von vielen die Frage gestellt, was vom ursprünglichen Olympia noch geblieben ist. 1896 hatte man in dem Philanthropen und Millionär Averoff einen Sponsor gefunden, der – auch das sei erwähnt – so solide hatte bauen lassen, daß einige Entscheidungen von 2004 noch in dem 1896 errichteten Stadion ausgetragen werden konnten. Bundesdeutsche Medien, die wegen fehlender Medaillen nach anderen Themen Ausschau hielten, verkündeten lärmend, der griechische Staat hätte immense Schulden gemacht, wozu anzumerken wäre, daß eine alle griechischen Schulden in den Schatten rückende Milliardensumme seit der letzten Olympiade, also seit 2000, weltweit für Mord, Totschlag und Rüstung ausgegeben worden war, was nur selten gerügt wurde. Also: Es lebe Olympia – selbst auf die Gefahr, daß es einiges kostete!

Noch ein Blick in die Stadien: Kaum jemand verwies darauf, daß die relativ hohe Zahl erpaptter Dopingsünder dafür sprach, daß in dem jahrzehntelangen Wettstreit zwischen Pharmaindustrie und Kontrollgeräteherstellern Letztere in Athen Boden wettgemacht zu haben schienen. Das fiel um so mehr ins Gewicht, weil die Pharmariesen weltweit über einen stabilen Markt verfügen, dessen Filialen in vielen Fitneßstudios zu finden sind. Daß sich der Markt für hochklassige Kontrollgeräte auf weniger Kunden beschränkt, liegt auf der Hand. Das Internationale Olympische Komitee gehört zu ihnen und scheint bei der Anschaffung diesmal nicht knauserig gewesen zu sein.

Die BRD-Mannschaft hatte sich übrigens „global“ verstärkt. So spielten in der Wasserballmannschaft Athleten, die zuvor schon olympische oder weltmeisterliche Ehren für die UdSSR, die GUS-Staaten oder Kasachstan errungen hatten, ganz zu schweigen von der Schützin, die 1992 als erste medaillengeschmückte Frau der Mongolei gefeierte worden war und nun für Deutschland zielte und schoß.

Bei den Leichtathleten wurde das schlechteste deutsche Ergebnis seit 1912 registriert. Man kam auf zwei Silbermedaillen. Die eine holte die auf Rügen geborene und als DDR-Sporttalent entdeckte Steffi Nerius bei den Speerwerferinnen, die andere Nadine Kleinert aus Magdeburg ...

Nun sucht man wieder mal nach den Ursachen. Eine können wir beisteuern: Der Antrag, vor der Abreise nach Athen eine Stasikontrolle durchzuführen, hatte keine Mehrheit gefunden, und damit dürfte schon der Kardinalfehler aufgedeckt sein. Was die Fernsehübertragungen betraf, so war die von jedem Arbeitslosen abgeforderte Sparsamkeit kein Thema: Jeden zweiten Tag hatten die Berichterstatter frei, weil sich die BRD den Luxus leistete, zwei komplette Übertragungsteams aus öffentlich-rechtlichen Anstalten nach Athen zu entsenden. **Dr. Klaus Huhn**



folge nicht angelastet werden. Soviel vorweg, um nicht in Verdacht zu geraten, diese Kundgebungen ignorieren zu wollen. Olympia ist 1896 in Athen auch als eine Demonstration für Frieden und Völkerfreundschaft entstanden, die historischen griechischen Traditionen folgte. Daß die antiken Spiele auch Amusement der Sklavenhaltergesellschaft waren, ist unbestritten. Aber als der französische Humanist Baron de Coubertin sie 1896 wieder ins Leben rief, vertrat er eindeutig Ideen, die Frieden und Völkerfreundschaft zum Ziel hatten. Wie gut man das im kaiserlichen Deutschland verstand, wird daran erkennbar, daß man die in Athen startenden Deutschen schon vor ihrer Abreise als „Verräter“ beschimpfte. Die „Begründung“ für diese Anklage: Sie nähmen an einem Fest teil, das ein Franzose ersonnen hatte! Sie wurden mit wenigen Ausnahmen damals aus ihren Sportverbänden ausgeschlossen, und die deutsche Sportführung bejubelte diese Strafmaßnahmen. (Das wird heutzutage höchst selten erwähnt ...)

Es ist keine Neuigkeit, daß die Spiele in ihrer weiteren Geschichte oft mißbraucht wurden. Das ändert nichts daran, daß sie dennoch ihren Geist nie einbüßten und bei allen unübersehbaren Mängeln weltweit die Sympathie für ein Freundschaftsfest stärkten.

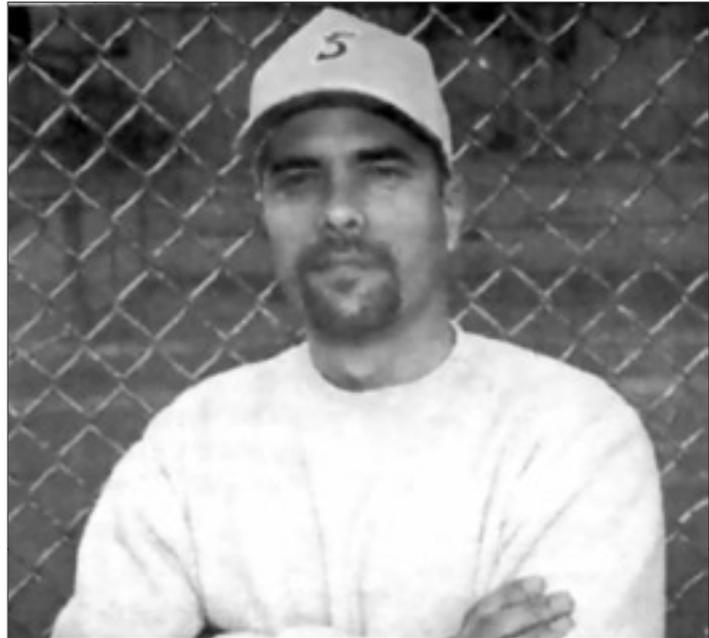
dem um das Abschneiden der Deutschen geführt wurden. Die Zahl der Medaillen sei weit hinter den Hoffnungen zurückgeblieben. Das dürfte zwar anderen Ländern auch so ergangen sein, aber das Abschneiden der BRD zeitigte Reaktionen, die auffallend an andere politische Kommentare erinnerten. Innenminister Schily war vor Ort erschienen, rügte mit derben Worten alle Kritiker, erinnerte die Deutschen daran, daß viele von ihnen eigene Autos führen und – für ihn wohl ein Beweis „guten Lebens“ – jederzeit in Urlaub fliegen könnten. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt und auf die Idee käme, dies auf die Medaillenausbeute der DDR zu beziehen. Auffällig indes, daß diese „Argumentation“ verdächtig der ähnelte, die auch im Echo der Montagsdemos zu hören war.

Was kaum erwähnt wurde, gehört an die Spitze aller olympischen Ergebnisse: USA-Außenminister Colin Powell war von den Gastgeberern bedeutet worden, er sei auf der Ehrentribüne unerwünscht. Klartext: Einem der führenden Politiker des Landes mit der erfolgreichsten Mannschaft war der Zutritt zu Olympia verweigert worden. Es handelte sich bekanntlich um den Mann, der durch gefälschte Dokumente einen Vorwand für den Irak-Krieg geliefert hatte! Dieses Resultat von Athen sollte niemand übersehen!

Wegen Antiterrorkampfes in USA-Haft: Gerardo Hernandez

Von Anfang an sah sich das Kuba Castros dem durch die USA organisierten konterrevolutionären Terror gegenüber. Schon am 4. März 1960 – gut ein Jahr nach dem Sieg der Barbudos – wurde auf das im Hafen Havannas liegende Schiff La Coubre ein Anschlag verübt, dem über 100 Menschen zum Opfer fielen. Im April 1961 setzte die CIA Tausende Söldner in der Schweinebucht ab. Ihr Versuch, die alte Ordnung wieder aufzurichten, scheiterte am Widerstand der millionenfach zu den Waffen greifenden Kubaner.

Damals verkündete Fidel die Wahl des sozialistischen Weges. Nun setzte eine Welle in den USA und besonders in Miami ausgeheckter Attentate ein. 1976 brachten Terroristen dieser Abkunft eine kubanische Linienmaschine zum Absturz. Sämtliche Passagiere und die Besatzung kamen ums Leben. 1981 sorgten die Feinde der Revolution dafür, daß der über der Insel versprühte Virus des Dengue-Fiebers 344 000 Menschen infizierte. 158 von ihnen starben, darunter 101 Kinder. Die Terroristen aus Miami griffen immer wieder Ziele an der nur 150 km entfernten kubanischen Küste an. Sie setzten Schnellboote ein und attackierten aus der Luft. Außer den von der CIA abgerichteten und vorgeschickten Banditen, die aus Florida kamen, besorgten einheimische Konterrevolutionäre, sogenannte Dissidenten, die in Wahrheit ganz gewöhnliche Söldner waren, das Geschäft der USA. James Cason, Handelsattaché in der Interessenvertretung der Vereinigten Staaten in Havanna, koordinierte die „moralische“, finanzielle und organisatorische Unterstützung für diesen Abschaum. Mit dem Ziel, einer solchen Bedrohung Kubas zu begegnen und nach Möglichkeit zuvorzukommen, drangen Kundschafter der Sicherheitskräfte Havannas in die feindlichen Zentren auf nordamerikani-



schem Boden ein. Sie hatten keine gegen die USA gerichteten Spionageaufträge. Nachdem einige von ihnen durch das FBI enttarnt worden waren, verurteilte Florida das Justiz fünf kubanische Patrioten, die in die Hand des Feindes gefallen waren, 1998 zu Strafen zwischen 15 Jahren Haft und zweimal lebenslänglich. Die gefangenen Genossen sind in fünf verschiedenen Hochsicherheitsgefängnissen inhaftiert. Einige von ihnen durften bisher nicht einmal von ihren Frauen besucht werden. Am 31. Juli 2004 gelang es zwei Mitgliedern des belgischen Komitees „Free the Five“, den zur schwersten Strafe Verurteilten, Gerardo Hernandez, in der Haftanstalt Lompoc für kurze Zeit zu sehen. Er war des Mordes angeklagt worden, weil er seine Informationen dafür genutzt hatte, einen geplanten Flug kleiner Maschinen der antikubanischen Terrororganisation „Brothers for the Rescue“ rechtzeitig an die eigenen Sicherheitsorgane zu melden. Die feindlichen Flugzeuge wurden am 24. Februar 1996 von der kubanischen Luftverteidigung abgeschossen, die Piloten kamen ums Leben. Gerardo Hernandez ist ungebrochen. Er steht fest zur Sache Kubas. Als er seine belgischen Besucher traf, stellte er sich der Kamera vor einem Stacheldrahtzaun mit einem Wimpel seines Landes in der Hand. Gerardos Haftbedingungen sind äußerst hart. In seiner Abteilung des zwischen San Francisco und Los Angeles gelegenen Zuchthauses befinden sich 1700 Schwerverbrecher. Die Anstalt gleicht einer Burg und wirkt furchteinflößend. Die Wächter nennen sie „The New Rock“, was an Alcatraz, die längst geschlossene Zuchthausfestung in der Bucht von San Francisco, erinnern soll. Auf die Frage der Belgier, warum er sich zur Infiltration der Terroristenbande ent-

schlossen habe, erwiderte Gerardo: „Daran ist absolut nichts Außergewöhnliches. Wenn man zehn Kubaner aufgefordert hätte, das zu tun, hätten sieben mit Sicherheit nicht gezögert. Wir wissen, was es bedeutet, einen Elternteil oder einen Freund durch ein Attentat zu verlieren.“ Nach einem Augenblick des Überlegens fügte er hinzu: „Ich könnte mir nicht vorstellen, anders gehandelt zu haben.“ Gemeinsam mit Menschen in aller Welt – gegenwärtig gibt es 200 Unterstützungskomitees auf allen Kontinenten – erheben wir die Forderung: Freiheit für die fünf mutigen Kundschafter Kubas, die in der vordersten Reihe des Antiterrorkampfes gestanden haben!

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Falludscha

Sanft klingender Name
verbrannte Stadt
so viele Menschen
tot
in uralter mesopotamischer Erde
so viele Kinder
verhungert
verblutet
in Flammen erstickt
von kriegslüstern
mordenden Horden
der „neuen Welt“
auf hohen Befehl
„ein Rattennest auszuräuchern“
tagtäglich von Bomben getroffen
kein Nachruf

EVA RUPPERT

TOPOS

Herausgegeben von Hans Heinz Holz
und Domenico Losurdo

ist soeben erschienen.

Das Thema des Heftes 22 lautet:

LENIN

Zu beziehen über **Dr. Dieter Kraft**

Seestraße 35
13353 Berlin
Tel. 030/282 07 80

Charles de Gaulle – ein Feind von Format

Charles de Gaulle war der bedeutendste französische Staatsmann des 20. Jahrhunderts. Sein Rang ist in Frankreich vor allem unter Kommunisten und anderen Linken indes umstritten. Das kann angesichts seiner politisch-ideologischen Grundhaltung, die mehr im 19. Jahrhundert angesiedelt war, nicht verwundern. De Gaulles Klassenposition ließ ihn nämlich zum erbitterten Feind der Arbeiter und ihrer marxistischen Partei werden. Darin unterschied er sich kaum von anderen führenden bürgerlichen Politikern seiner Zeit. Dennoch besteht eines seiner historischen Verdienste darin, im Unterschied zu vielen Staatsführern gleicher Provenienz mehr politischen Realismus im Umgang mit Kommunisten bewiesen zu haben.

Als Führer der „Freien Franzosen“ in der Londoner Emigration wurde er von den Engländern und Amerikanern oft zurückgesetzt. Der unbequeme General bildete ein ernsthaftes Hindernis für ihre Nachkriegsvorstellungen, in denen Frankreich eine untergeordnete Rolle spielte. Um seine Stellung gegenüber den Angloamerikanern zu festigen und auszubauen, nutzte de Gaulle geschickt antikommunistische Ängste seiner westlichen Amtskollegen aus. Als es wieder einmal zum Konflikt kam, ließ er bei Stalin anfragen, ob er seinen Amtssitz nach Moskau verlegen könne. Immerhin hatte die Sowjetunion seine Regierung als einzige nationale Vertretung Frankreichs zuerst anerkannt und somit politisch aufgewertet. Daraufhin lenkten Churchill und Roosevelt ein.

Auf de Gaulle wirkte der angloamerikanische Antikommunismus lächerlich. Für ihn besaßen Marxisten nichts Dämonisches. Sie waren immer seine politischen Gegner, zeitweise aber auch seine Partner. Er akzeptierte die damalige FKP als eine bedeutende politische Kraft Frankreichs, an der man nicht ungestraft vorbeiregieren konnte. Im Kampf um die Befreiung vom Faschismus hatte er den Beitrag der Kommunisten schätzengelert und fand daher mit ihnen eine gemeinsame Sprache. Die FKP hatte ihrerseits de Gaulle als Führer des nationalen Befreiungskampfes akzeptiert und ihre Vertreter zu ihm entsandt. Letztlich sollte das zeitweilige Zusammengehen mit ihr auch das Prestige des Generals im Westen stärken.

Als Vertreter der ersten kapitalistischen Großmacht unterzeichnete er schon im Dezember 1944 ein militärisches Bündnis mit der UdSSR, das über den Krieg hinausreichen sollte. Hier traf er auch mit Stalin zusammen, mit dem er hart verhandelte und dessen militärische Führungsqualitäten er lobte. De Gaulle hat nie versucht, den sowjetischen Hauptbeitrag bei der Befreiung Europas herunterzuspielen. Dabei zählte er die Bürger der UdSSR zu den „freien Völkern“, was Entsetzen bei militanten Antikommunisten hervorrief. Seit 1943 besaßen die Kommunisten unter de Gaulle Ministerämter. Sie hatten – wie auch andere politische Kräfte – ihre Schwierigkeiten mit dem arroganten und störrischen Militär. Dennoch bescheinigte er ihnen in seinen Kriegsmemoiren, die in der Hochzeit des Kalten Krieges herauskamen, als französische Patrioten

gehandelt zu haben. Die FKP ging aus dem Kampf gegen den Faschismus als die stärkste politische Formation des Landes hervor und verfügte über eine halbe Million Bewaffnete. Daher befürchtete de Gaulle eine sozialistische Revolution. Doch die realistische Einschätzung der Lage durch die FKP-Führung und Rat aus Moskau bewirkten, daß die Partei gegen Widerstände in den eigenen Reihen weiterhin an der Zugehörigkeit zur bürgerlich-demokratischen Regierung des Wiederaufbaus festhielt. In einem Schreiben an die Witwe des FKP-Führers Maurice Thorez bemerkte de Gaulle mit der ihm eigenen Sicht: „Ich vergesse nicht, daß der Vorsitzende Thorez in einem für Frankreich entscheidenden Augenblick – wie immer er vorher und nachher gehandelt haben mag – auf meine Forderung hin und als Mitglied meiner Regierung dazu beigetragen hat, die Einheit der Nation aufrechtzuerhalten.“

Nach dem Rücktritt als Ministerpräsident 1946 versuchte der General die französische Rechte in einer neuen Bewegung um sich zu sammeln. Hierbei setzte er auf populistischen Antikommunismus und Antisowjetismus. Mit dieser Propaganda konnte er aber nur kurzzeitige Erfolge erringen. Bald verzichtete er auf die ihm eigentlich fremden Methoden. Zur sachlichen Zusammenarbeit mit der FKP hingegen, wie er sie zuvor praktiziert hatte, sollte er nie wieder zurückkehren. Für die Kommunisten wurde er ein politischer Hauptgegner. Obwohl er später als Staatspräsident vor allem sie bekämpfte, stellte er doch ihre in der französischen Gesellschaft jener Zeit fest verankerte Stellung in Rechnung.

Als de Gaulle 1958 wieder die Staatsgeschäfte übernahm, war Frankreich auf ein Niveau abgesunken, gegen das er schon früher gekämpft hatte: Die Grande Nation hatte sich in eine gefährliche Abhängigkeit vom USA-Imperialismus begeben. Ihre politische und wirtschaftliche Bedeutung, die schon nach dem Ersten Weltkrieg stark gelitten hatte, ging noch mehr zurück. Innerhalb weniger Jahre erreichte de Gaulle auf Kosten der Werktätigen und bisheriger bürgerlich-parlamentarischer Praktiken eine gewisse wirtschaftliche und innenpolitische Stabilität, die in den von ihm seit Jahrzehnten angestrebten Verhältnissen der V. Republik mündete. Außenpolitisch versuchte er, die Rolle Frankreichs gegenüber den USA und Großbritannien aufzuwerten. Hierbei hatte er die Illusion, die wirtschaftlich stärkere BRD dafür einzuspannen. Als das mißlang, vollzog de Gaulle in den 60er Jahren eine außenpolitische Wende. Ohne seine antikommunistische Grundhaltung aufzugeben, betrieb er nun eine Politik der Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Das war keineswegs selbstverständlich, denn gerade die französische Bourgeoisie hatte durch die sozialistischen Revolutionen in Rußland und Osteuropa mehr als andere Kapital, Besitz und Einfluß verloren. So mußte de Gaulle im Interesse seiner Klasse mit bestimmten Tabus brechen, was ihn weit über den Durchschnitt imperialistischer Politiker stellte. Hierzu rückte

die französische Außenpolitik von einigen antikommunistischen Klischees ab. De Gaulles Kurs der Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit verlangte aber ein Abgehen von der bisherigen NATO-Politik der Konfrontation und des Kalten Krieges. Paris suchte die Befreiung von der allgegenwärtigen Vormundschaft der USA. So trat Frankreich aus der militärischen Integration der NATO aus. Nun konnte de Gaulle auch global französische Interessen besser vertreten. Bei seinem Engagement für Frieden im Nahen und Fernen Osten, sachliche Beziehungen zu Kuba und der VR China sowie die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen – vor allem Polens – gab es wesentliche Übereinstimmungen mit der außenpolitischen Linie der sozialistischen Länder. Besonders mit seiner neuen Osteuropapolitik stärkte er auch diejenigen Kräfte in der BRD und Westeuropa, die eine realistischere Haltung gegenüber der UdSSR, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern – wenn auch nicht ohne Hintergedanken – befürworteten.

Obwohl de Gaulle nie die Interessen des französischen Kapitals aus den Augen verlor, befand er sich bisweilen objektiv im Einklang mit den fortschrittlichen Kräften in der Welt. Gänzlich ungewollt erwies er ihnen einen Dienst. Nach seinem Ableben im Jahre 1970 stellte die FKP fest, der Tod ihres langjährigen Gegners könne niemanden gleichgültig lassen.

De Gaulle ist heute wohl einer der wenigen bürgerlichen Staatsmänner des letzten Jahrhunderts, an die man sich nicht nur negativ erinnert. Als ich auf dem Internationalen Charles-de-Gaulle-Kongreß im November 1990 in Paris seinem langjährigen engen Mitarbeiter, Außenminister und Premier Maurice Couve de Murville, als früherer DDR-Bürger für seine in mancher Hinsicht realistische Politik dankte, antwortete mir der 83jährige bewegt: „Ihre Worte hätten auch dem General sehr gefallen. Sagen Sie ihren Freunden daheim, sie sollen sich auf keinen Fall von den Westdeutschen einwickeln lassen!“

Dr. Bernhard Majorow

Fest des politischen Lieds

27.11., ab 19 Uhr

Aus Anlaß der 30. Geburtstage der Singclubs „Ernesto Che Guevara“, und „Die Marbacher“ findet am Sonntag, dem 27. November, im **Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur, Berlin, Friedrichstraße 176/178**, ein „Fest des politischen Liedes“ statt.

Der „RotFuchs“-Förderverein ist einer der Mitveranstalter.

Mitwirkende u. a.:

- Gruppe „Rotdorn“, Hamburg
- „Quijote“, Chemnitz
- „Tiempo Nuevo“, Potsdam
- „Die Marbacher“, Heilbronn
- „Ernst-Busch-Chor“, Berlin
- „Singclub Ernesto Che Guevara“, Dresden

Kartenvorbestellungen ab sofort unter Telefon 0351-268 53 40.



Bush und Beslan

Was hat USA-Präsident George W. Bush mit dem grausigen Geschehen in der nordossetischen Kleinstadt Beslan zu tun, die als „russischer 11. September“ in aller Munde ist? Natürlich nichts. Absolut gar nichts. Als in Beslan die Hölle losbrach, saß der oberste Kriegsherr im „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ in der hermetisch abriegelten Halle des New Yorker Madison Square Garden auf dem Konvent seiner Republikanischen Partei und genoß die theatralische Nominierungs-Show.

Und doch könnte zwischen beiden Ereignissen ein Zusammenhang bestehen.

Bush schwimmt auf der Woge des von ihm zunächst erfundenen und dann geschürten „weltweiten El-Quaida-Terrors“, für dessen tatsächliche Existenz immer neue „Beweise“ beigebracht werden. Seine Wiederwahl hängt in entscheidendem Maße davon ab, ob hinreichend vielen USA-Bürgern glaubhaft eingetrichtert werden kann, daß die jetzt den früheren Platz des „Bolschewismus“ einnehmende neue Bedrohung real genug ist, um alles auf eine Karte zu setzen. Der Erfolg dieser durch die Medien besorgten Manipulation würde Bush eine zweite Amtszeit garantieren, in der er und seine Hintermänner die Hände völlig frei hätten, da eine dritte Kandidatur durch die Verfassung der Vereinigten Staaten ausgeschlossen bleibt. Wenn aber Bush gewählt würde, begänne die gefährlichste Vier-Jahres-Periode in der Geschichte der Menschheit.

Beslan hat aller Voraussicht nach den erneuten Einzug des politischen und militärischen Amokläufers in das Weiße Haus gesichert.

Es sei damit zu rechnen, daß sich vor dem Votum der Amerikaner im November erneut ein spektakulärer und verheerender Terrorakt ereigne, hatten CIA-Kreise vorausgesagt. Dabei schien es unwahrscheinlich, daß ein zweiter Anschlag von der moralischen Wirkung des 11. September 2001, der Richtung und Inhalt der

USA-Globalstrategie fundamental veränderte, in den Vereinigten Staaten selbst stattfinden würde. Der Schauplatz mußte, so urteilten politische Beobachter, auch der „Glaubwürdigkeit“ wegen, auf einen anderen Erdteil verlagert werden. Es war zu vermuten, daß ein solches Verbrechen wiederum unter Ausnutzung fremdgesteuerter Kräfte ausgeführt würde.

Ist es ein Zufall, daß die entsetzlichen Ereignisse in Nordossetien, die Rußland destabilisiert und Putin zu autokratischen Maßnahmen ermuntert haben, in zeitlicher Synchronisation mit der

Nominierungsorgie im Madison Square Garden abliefen? Dort ließ sich Bush als der „erste Vorkämpfer gegen den Terrorismus“ feiern. Und war es nur die Furcht vor innenpolitischen Konsequenzen, die einen angeschlagenen Putin dazu veranlaßte, Bush das zusätzliche Wahlgeschenk der angeblich in Beslan tot aufgefundenen zehn El-Quaida-Araber zu machen, die niemals der Presse gezeigt wurden?

Leute, die wissen könnten, wer welche Karten gespielt hat, dürften sich vermutlich in der CIA-Zentrale Langley befinden. Doch das sind natürlich Erwägungen rein spekulativer Natur. Immerhin. **K. S.**

Militärische Einkreisung Chinas

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die Vereinigten Staaten ein neues Netz militärischer Stützpunkte, Häfen, Abhörstationen, Nachschubbasen und strategischer Enklaven geschaffen. Dieses wird vor allem in der entscheidenden Scharnierzone zwischen Westeuropa und Asien betrieben. Hier ist die Hauptbasis Camp Bondsteel in der jugoslawischen Provinz Kosovo. Auch in Rumänien, Bulgarien und Polen richteten die USA Stützpunkte ein.

Weiterhin wurden Basen in Afghanistan bezogen: in Mazar i-Sharif, ganz im Norden, in Bagram bei Kabul und im südlichen Kandahar. Die Amerikaner greifen auch auf Einrichtungen der pakistanischen Luftwaffe zurück: in Jacobabad, Pasni und Dalbandin. Genauso verhalten sie sich in bezug auf den früheren Zivilflughafen von Manas, bei Bishkek, der Hauptstadt Kirgisiens. In Usbekistan haben sie die alte sowjetische Luftwaffenbasis von Khanabad mit Beschlag belegt. Die Vereinigten Staaten liebäugeln damit, weitere Stützpunkte in Tadschikistan und Kasachstan zu beziehen.

Im Norden Australiens ziehen die Amerikaner die Schaffung von drei neuen Basen in Betracht. Das gilt auch für Thailand, wo ein weiterer Stützpunkt entstehen soll. Mit der Regierung der Philippinen wird darüber verhandelt, die Zahl der in diesem Land befindlichen USA-Militärs zu erhöhen. Singapur, das bereits ein Nachschubzentrum der amerikanischen Armee auf seinem Territorium unterhält, erwägt auf Washingtoner Drängen dessen Ausdehnung. Außerdem stehen die Vereinigten Staaten mit Nepal, Indien und der Mongolei in Verhandlungen, um ihr logistisches System auszuweiten. Eine besondere Rolle fällt der Insel Guam, südwestlich von China, zu. Der dortige Marinestützpunkt ist der Heimathafen einer Gruppe von Kriegsschiffen, die im Süden des Chinesischen Meeres patrouillieren. Überdies ist ein Verband atomar angetriebener U-Boote in Guam stationiert, wo sich auch eine Basis der U. S. Air Force befindet.

Die amerikanischen Stützpunkte in Japan und Südkorea vervollständigen die Einkreisung der Volksrepublik China.

Aus „Solidaire“, Brüssel

Drohtöne aus Übersee

Warum entwickeln die Vereinigten Staaten eine solche Aggressivität gegenüber China? Die Amerikaner selbst haben dafür zwei Erklärungen. Die erste ist politischer Natur. „Die Kommunistische Partei Chinas läßt weder den freien Markt in seiner Totalität zu, noch hebt sie die makro-ökonomische Kontrolle des Staates auf. Die Führung des Staates und der Partei will die kommunistische Diktatur beibehalten.“ Ohne den totalen „freien“ Markt und ohne die Beseitigung der Führung durch die Kommunistische Partei ist es unmöglich, eine Gruppe von Personen zu formieren, die den Interessen der USA dient. Ohne diese beiden Bedingungen können die Amerikaner die Wirtschaft und das Land nicht kontrollieren.

Die zweite Erklärung ist ökonomischer Natur. Das sehr rasche Wachstum der

chinesischen Wirtschaft stellt eine Bedrohung für uns dar, sagen die Amerikaner. Das Volumen des chinesischen Außenhandels wird dieses Jahr die Grenze von einer Billion Dollar überschreiten. „Dieses robuste ökonomische Wachstum beeinflusst und bedroht die langfristigen Interessen der Vereinigten Staaten in Asien“, hieß es unlängst im Bericht einer Kommission des USA-Kongresses.

Das erklärt die imperialistische Politik: Ein Land der Dritten Welt, das sich aus der Unterentwicklung erhebt und „unsere langfristigen Interessen bedroht“! Der Imperialismus kann nicht überleben, ohne die Armut in der Dritten Welt aufrechtzuerhalten, urteilen die USA-Strategen.

Gewiß, in den politischen und ökonomischen Hauptquartieren der Vereinigten Staaten sagt man ganz offen: Laßt uns

China jetzt angreifen, denn in 20 Jahren wird die Volksrepublik militärisch sehr viel stärker sein. Diese Leute schreiben: „Es ist illusorisch zu glauben, wir könnten die chinesische Politik fundamental ändern.“ Die Tatsachen weisen darauf hin, daß diese Gruppe von Bewunderern des Krieges, Parteigängern einer Politik faschistischen Typs im Weltmaßstab an Einfluß gewinnt.

Das stellt die Friedensbewegung und alle antiimperialistischen Kräfte vor neue Aufgaben: Es geht darum, die aggressiven Kriegspläne der USA zu durchkreuzen und den Widerstand Chinas und der chinesischen Regierung gegen eine solche Aggressivität zu unterstützen.

Aus „Solidaire“, Brüssel

Sudan: Westliches Interventionsfieber

USA-Außenminister Colin Powell spricht von „ethnischen Säuberungen“ in der westsudanesischen Provinz Darfur. Arabische Milizen würden, gedeckt von der sudanesischen Armee, ein Genozid-Verbrechen begehen, erklären dem Weißen Haus nahestehende Kreise.

Wie liegen die Dinge wirklich?

1998 haben die Amerikaner gegen die Demokratische Republik Kongo, ein Nachbarland des Sudan, eine Aggression angezettelt, indem sie Rwanda zu einer Invasion veranlaßten. Die von USA-Militärs beratene und unterstützte rwandische Armee führte den Schlag aus. Die Vereinigten Staaten machten kein Hehl daraus, daß dieser Krieg notwendig sei, um Kongo unter ihrer Kontrolle zu behalten. Der Konflikt forderte direkt und indirekt 3,5 Millionen kongolesische Menschenleben. Dieselben USA stellen sich jetzt hin und äußern „Besorgnis“ über die „humanitäre Situation“ in Sudan, wo bisher etwa 10000 Opfer zu beklagen sind. Die Amerikaner bedienen sich also des tatsächlichen Dramas in der Provinz Darfur, um ihre ökonomischen und politischen Interessen zu tarnen.

Sudan entwickelt sich zu einem Erdölland. 1999 begann der Export, 2003 wurden dabei bereits 1,2 Mrd. Dollar eingenommen. Für 2005 betragen die Schätzungen 2 Mrd. Dollar. Hauptkäufer ist die Volksrepublik China. In dieser Tatsache ist wohl auch eine Sorge Washingtons zu erblicken.

Ein Wort zur Geschichte. Am Ende des 19. Jahrhunderts eroberten die Briten Sudan. Sie vereinigten das Land mit Ägypten. Bei der Kolonisierung wurden wichtige Erfahrungen gesammelt. Man betrieb systematisch die ethnische Spaltung: Weiße und arabische Sudanesen des Nordens wurden gegenüber den Schwarzen im Süden als höherstehend erklärt. Den Norden verwaltete man zunächst von Kairo aus, während der Süden von Nairobi im ebenfalls britisch kolonialisierten Kenia abhing. Die Briten schufen ein System geschlossener Bezirke, die nicht verlassen werden durften, eine Art Apartheid. Die natürlichen Beziehungen zwischen beiden Regionen wurden zerstört.

Besonders nutzte man religiöse Unterschiede aus. Während im Norden der Islam und die arabische Sprache vorherrschten, waren diese im Süden untersagt. Hier, wo eine christliche Minderheit und eine afrikanischen Urreligionen anhängende Mehrheit lebten, hatten Missionare großen Einfluß. Noch vor der Unabhängigkeit, die am 1. Januar 1956 eintrat, trennten die Kolonialisten Sudan von Ägypten. Die völlig unterschiedlichen sudanesischen Landesteile wurden dann in einem Staat vereint, was zur Revolte der zahlenmäßig kleinen südsudanesischen Oberschicht führte. So kam es zu einem langanhaltenden Bürgerkrieg, der nur zwischen 1972 und 1983 unterbrochen wurde, um dann erneut aufzuflammen. Er dauerte bis zu einem weiteren Friedensabkommen, das im April 2004 geschlossen wurde.

So viel zur Geschichte. Die wirklich Verantwortlichen für das ethnische Isolationsdenken waren also die Kolonialherren, die Afrikas Völker willkürlich geteilt und vereint hatten. Der gegenwärtige Konflikt zwischen der Zentralregierung und Kräften in der Provinz Darfur hat mit der ökonomischen und sozialen Unterentwicklung dieses Gebiets zu tun. Zugleich mischten sich die Amerikaner schon vor vielen Jahren zugunsten der südsudanesischen Rebellenbewegung unter John Garang ein, den sie militärisch unterstützten.

In den letzten Jahren haben imperialistische Kreise eine neue Taktik gewählt: die diplomatische Druckausübung. Ein Beispiel dafür ist der Sudan Peace Act, den Bush 2001 im Kongreß durchbrachte. Es handelt sich um ein ausgesprochen kolonialistisches Gesetz. Es stellt die Verhandlungen zwischen Nord und Süd unter die direkte Kontrolle der Amerikaner.

Der Konflikt und seine humanitären Konsequenzen sind dramatisch, hätten aber niemals dieses Ausmaß angenommen, wenn die Vereinigten Staaten sich nicht ständig eingemischt und auf die Schwächung der sudanesischen Zentralregierung hingewirkt hätten.

Und wie verhält sich „Europa“? Der Vorsitzende des Militärkomitees der EU, General Gustav Hagglund, erklärte am 13. April 2004, die Europäische Union könne Truppen unter UNO-Mandat nach Sudan entsenden. Europa habe dort Interessen zu verteidigen. Der französisch-belgische Multi Total besitzt bereits eine Ölkonzession auf einem Gebiet von 120 000 km².

Deutschland hat ebenfalls große Ambitionen in der Region. Ein Beispiel dafür ist das Projekt einer Eisenbahnlinie, die die Erdölfelder in Südsudan mit dem kenianischen Hafen Mombasa verbindet und über Uganda führt. Zur Debatte stehen 1,6 Mrd. Dollar. Was hindert den Westen an einer militärischen Intervention, die immer wieder ins Gespräch gebracht wird? Man weiß offensichtlich, daß sich die Mehrzahl der sudanesischen Fraktionen im Falle eines Krieges auf gemeinsamen Widerstand einigen würde. Am 13. Juli 2004 erklärte Ägyptens Botschafter in Khartum: Die Darfur-Frage stellt nach Palästina und Irak die dritte Herausforderung für die arabische Welt dar. Es handelt sich um ein Komplott gegen Sudan. Die 22 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga haben am 11. Juli 2004 einmütig bekräftigt, daß das Problem durch Verhandlungen zwischen beiden sudanesischen Seiten geklärt werden muß, und daß eine Intervention oder Sanktionen nicht der Weg sind, um die Ruhe in der Provinz Darfur wiederherzustellen. Die Vereinigten Staaten würden einmal mehr die Wut der arabischen Länder und ihrer 280 Millionen Einwohner auf sich lenken, sollten sie einen solchen Kurs einschlagen.

Schließlich gibt es auch eine starke internationale Opposition gegen die Einmischung. Anfang Juli brachten die USA im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Entschließungsentwurf ein, der Khartum Sanktionen androhte. Der Text stieß sofort auf den heftigen Widerstand Chinas, Rußlands, Brasiliens, Algeriens und Pakistans.

R. F.

Herzlichen Glückwunsch!

Auch in diesem Monat wird eine Reihe von „Beförderungen“ vorgenommen. Redaktion und Verein gratulieren verdienten Genossinnen und Genossen zu ihren Geburtstagen.

85 werden die mutigen Antifaschisten

Mille Stand, New York (20. Oktober), und Karl Kielhorn aus Berlin (24. Oktober).

Den 75. Geburtstag begehen

Hans Maluck, Neubrandenburg (1. Oktober), Gerhard Miska, Chemnitz (11. Oktober), Dr. Martha Kokoschko, Schöneiche (13. Oktober), Dr. Werner Ettelt, Berlin (29. Oktober), und unser Autor Hans Horn, Berlin (30. Oktober).

65 werden

Henry Schönherr, Torgau (23. Oktober), und Wolfgang Schmidt, Berlin (24. Oktober).

Auch dem „Greenhorn“

Heinz W. Hammer aus Essen zum 50. Geburtstag (23. Oktober) liebe Grüße vom RF.



Scharons Gaza-Coup

„Sie wollen uns ausrotten, uns vertreiben und unser Leben zur Hölle machen“ zitiert die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 5. September einen Palästinenser aus Gaza zu Scharons „Gaza-Abzugs-Plan“. Sowenig typisch das gerade in diesem Blatt ist, es trifft den Kern. Doch Medien aller Couleur wollen glauben machen, daß Scharon wirklich die Beendigung der völkerrechtswidrigen Okkupation und kolonialen Besiedlung und damit eine Lösung des Nahost-Konflikts einleiten will.

Es ist bezeichnend, daß der deutsche Außenminister jüngst auf Nahostreise Ramallah und damit Arafat und die Palästinensische Autonomiebehörde links liegen ließ. Nach sieben Terminen in Israel reichte es nur zu einem kurzen Gespräch mit Premier Kurei in Alexandria. Die Palästinenser fragen: Wieso befürwortet Fischer Scharons Gaza-Plan? Er müßte wissen, daß Scharon es dann, wenn überhaupt, mit dem Abzug bei Gaza belassen will. Sie haben kein Verständnis, wenn der Bundesaußenminister „den einseitigen Rückzug aus Gaza als eine Chance“ sieht, den Friedensprozeß (welchen denn?) wieder zu „entblocken“, und wenn er an der „Roadmap“ festhalten will. Welch Realitätsverlust! Es ist reine Heuchelei angesichts der eindeutigen Position von Bush, daß die USA Scharons Coup unterstützen und die Verewigung der Okkupation des Westjordanlandes ausdrücklich mit zusätzlichem Geld und Waffen honorieren. Natürlich soll das nicht zuletzt auch jüdische Wählerstimmen einwerben. Es ist aber weder „Kehrtwende“ noch gar „Kurswandel“, sondern Kontinuität amerikanischer Nahost-Politik.

Palästinenserpräsident Arafat konstatierte: „Washington ermuntert Israel, den Krieg gegen das palästinensische Volk zu eskalieren.“

Scharon hat in seiner politischen Laufbahn unbeirrbar nur eine Strategie verfolgt: den „Politizid“, die Auslöschung der palästinensischen Existenz als politische und nationale Einheit. Sein „Gaza-Abzugs-Plan“ hat komplexe Ziele: Die Okkupation palästinensischen Landes soll er dauerhaft sichern. Die PLO soll enthauptet und der palästinensische nationale Widerstand gebrochen werden. Israels Dominanz als Bastion der USA in der Region soll verewigt werden.

Nach Meinungsumfragen ist eine Mehrheit der Israelis für Scharons Gaza-Plan. Israelische Kriegsgegner wie Uri Avnery und Ernest Goldberger sind sich aber einig: Für diese Regierung bedeutet „Frieden“ eine militärische Lösung des Nahostkonfliktes. Von Leuten wie Scharon und Netanyahu ist kein Frieden zu erwarten, schon gar kein gerechter.

Die Likud-Mehrheit lehnt aber selbst dieses Projekt ab, das ja nicht etwa eine Konzession an die Palästinenser unter „Opferung“ israelischer Interessen ist. Es würde vielmehr eine Belastung abgestoßen: Der heutige israelische Herrschaftsbereich wird bald, wenn nicht

Palästinensergebiet ausgegliedert wird, eine arabische Bevölkerungsmehrheit haben – aus Sicht der Ultra-Orthodoxen eine enorme Bedrohung für den „jüdischen Charakter“ Israels. Deshalb ist Scharon bereit, den Gazastreifen mit 1,5 Millionen unerwünschten Palästinensern und jetzt 8200 Siedlern sowie einzelne isolierte Westbank-Siedlungen „aufzugeben“. Den großen Teil der Westbank will er um so fester für immer an Israel binden. Dort soll der Aus- und Neubau von Siedlungen beschleunigt und auch Jerusalem in Richtung Süden und Osten erweitert werden. Der palästinensische „Staat“ wird auf vier oder fünf Enklaven rund um die Städte Gaza, Dschenin, Nablus und Hebron schrumpfen. Ein zusammenhängendes Territorium soll es nicht geben.

In Gaza will Scharon „verbrannte Erde“ hinterlassen. Eine Pufferzone zu Israel und dauerhafte Stationierung seines Militärs im Grenzgebiet zu Ägypten und zur See sollen für Scharons Staat die volle Kontrolle des Zugangs zum Gazastreifen zu Lande, in der Luft und vom Wasser her gewährleisten. Mit der Zerstörung von Produktionsanlagen, Werkstätten, Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und anderer Arbeitsplätze schafft Israel vollendete Tatsachen. Es wird erwogen, die israelischen Siedlungen beim Abzug wie Yamit und Ophira auf dem Sinai 1981 bei der Rückgabe an Ägypten dem Erdboden gleichzumachen. Ein Drittel der jüdischen Siedler im Gazastreifen will das Gebiet bereits – gegen üppige Entschädigung – freiwillig verlassen, viele von ihnen möchten ins Westjordanland umsiedeln.

Israels angekündigter einseitiger Rückzug, der die Bedürfnisse der palästinensischen Seite ausdrücklich ignoriert, droht die Armut in Gaza bis zur humanitären Katastrophe zu verschlimmern. Bereits jetzt herrscht dort eine Arbeitslosigkeit von 50 Prozent (ohne Frauen). Allein über 25 % der Erwerbstätigen aus Gaza arbei-

teten im Jahr 2000, vor der derzeitigen Intifada, in Israel und sind heute ohne Lohn und Brot.

Israels Politik gegenüber den Palästinensern wird durch die Fiktion bestimmt, daß Arafats Verschwinden von der politischen Bühne eine Lösung des Konflikts ermögliche. Deshalb wird er isoliert, und man versucht, ihn durch Kollaborateure zu ersetzen. Aber Arafat verkörpert für die überwiegende Mehrheit der Palästinenser das eigene Nationalbewußtsein, nicht zuletzt, weil er sich 2000 in Camp David weigerte, ein Abkommen zu unterzeichnen, das die Bantustanisierung Palästinas unumkehrbar gemacht hätte. Und Arafat steht auch für die Einheit von Gazastreifen und Westjordanland, die Israel liquidieren will. Der andauernde Terror gegen ihn verfehlte bislang sein Ziel. Das soll nun der von Israel geschürte Machtkampf in Gaza, in der palästinensischen Autonomiebehörde und in der Fatah erreichen. Mit Muhammad Dahlan, dem ehemaligen Sicherheitschef von Gaza, scheint der geeignete Mann für die Unterwerfung des widerständigen Palästina bereitzustehen. Bestandteil der israelischen Intrige war auch, daß der Gazastreifen dem Einflußbereich der Palästinensischen Autonomiebehörde entzogen und Hamas überlassen werden sollte. Das ist abgewehrt worden. Hamas wird sich an den geplanten Wahlen beteiligen. Und Arafat bleibt bei aller – berechtigten – Kritik am Führungsstil und an Korruption und Vetternwirtschaft das Symbol des palästinensischen Kampfes. Das bestätigen auch Umfragen immer wieder. Geforderte Reformen und mehr Demokratie, so notwendig sie sein mögen, scheitern an israelischer Fremdherrschaft und aggressiver Waffengewalt. Das palästinensische Volk konnte aber in über 56 Jahren nicht gebrochen werden und wird sich auch jetzt Israel nicht unterwerfen.

Bernd Fischer

Bush oder Kerry

Ob Optimaten oder Popularen
sich aufstellen zu Wahlen,
Proletarier Roms, deren Rechnung
Werdet immer Ihr bezahlen.

Robert Kwerner

Nach Redaktionsschluß

Nazis in den Parlamenten

Aufgrund der volksfeindlichen Politik der Schröder-Regierung, die extremen Rechten große Möglichkeiten für soziale Demagogie eröffnet – vor allem aber durch eine Wählerwanderung von der CDU zur NPD – haben die Nazis in Sachsen über 9 % der Stimmen erhalten. In Brandenburg zog die DVU mit 6,1 Prozent zum zweiten Mal hintereinander in den Landtag ein. Die Faschisten sind damit in zwei ostdeutschen Landesparlamenten vertreten. Bei einem Nichtwähleranteil von 41 bzw. 44 % verloren SPD und CDU massiv. Eine erwartete Kanalisierung unzufriedener SPD-Wähler zugunsten der CDU blieb aus. Die Verluste der Partei Merkels betragen in Sachsen 15 und in Brandenburg 7 %. Die SPD blieb in Sachsen einstellig. Die PDS legte in beiden Bundesländern beachtlich zu. Das Votum für sie ist nicht zuletzt ein Reflex der Rückerinnerung an die DDR. **R. F.**

Als Heimkind in der DDR

Der Thüringer Autor Werner Voigt (Jg. 1938) stammt aus Halberstadt am Harz. Er erfuhr eine beachtliche musische Förderung in einem staatlichen Kinderheim seiner Geburtsstadt, legte 1956 das Abitur ab und leistete zwei Jahre seinen Wehrdienst bei der NVA. Von 1958 bis 1962 studierte er Germanistik und Geschichte an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam und war danach sieben Jahre als Lehrer in Falkenberg/Elster und Weimar tätig. Voigt arbeitete seit 1969 als Journalist der Tageszeitung „DAS VOLK“, schrieb für „Wochenpost“, „Weltbühne“, „Neue Deutsche Literatur“, „Kulturelles Leben“ und andere. Seit 1990 ist er Mitar-

beiter der „UNZ“. Von 1991 bis 1992 war er Kulturredakteur im Landesbüro des ADN. Mit Walther Victor befreundet gewesen, betätigte er sich ehrenamtlich in dessen Archiv. Er schrieb den Essay „Walther Victor – Ein Weg nach Weimar“ (1998). Außerdem publizierte Voigt seit den 70er Jahren vornehmlich Lyrik in Anthologien und die „Chronik des Hauses Dacheröden“ (1998).

In seinem neuen Buch „Kindheit in Halberstadt“ hält Werner Voigt seine Erinnerungen aus den Jahren 1938 bis 1956 fest. Der autobiographische Bericht liest sich fast wie ein Roman, in dem sich ein Junge durch die sorgenvolle und er-

eignisreiche Nachkriegszeit träumt, im neuen Leben zurechtzufinden sucht, daran unbekümmert und freudig teilnimmt und in dieses hineinwächst. Im Zentrum stehen die acht Jahre im Kinderheim und die Schulzeit, die ihn positiv prägen. Der Autor malt den abwechslungsreichen Alltag nicht schwarz-weiß, verklärt nicht, sondern blickt verwundert und dankbar zurück. Aus der zeitlichen Distanz beeindruckt ihn, wie verständnisvoll, pädagogisch geschickt und einfühlsam das Heimleiter-Ehepaar zu lenken und leiten wußte – ohne rigide Maßnahmen. Beide weckten die Liebe zu Gesang und Musizieren, Lesen und Laienspiel, Wandern und Natur – und das trotz bescheidener Voraussetzungen. Sie führten die Kinder behutsam an eine sinnvolle Freizeitgestaltung heran und nicht zuletzt an ein kulturvolles Leben. Voigt berichtet vom Alltag in der Schule. Er erinnert sich der unterschiedlichen Eigenschaften der Lehrer und seiner Begeisterung in jener Zeit des Aufbruchs, auch außerschulisch bei den Pionieren und später der FDJ mitzuarbeiten. Rückschauend betrachtet er, wie er Interessengebiete fand und entwickelte und nach seinem Lebens- und möglichen Berufsweg suchte. Werner Voigt legte seine ungeschminkten Erinnerungen aus achtzehn Lebensjahren auf ca. 190 Seiten vor und fügte einen Fototeil hinzu. Nach einem „notwendigen Vorwort“ berichtet er chronologisch. Der Autor läßt erleben, wie junge Menschen in jene bewegten Jahre hineinwuchsen, bereit waren, sich zu engagieren, spürten gebraucht zu werden und vieles selbst in die Hand nahmen. Offensichtlich wird, wie die moralischen Werte Miteinander, Füreinander und Verantwortung tragen – meist unorthodox – entwickelt und gepflegt wurden.

Der Leser erfährt, wie die heute verpönte Einheitsschule einst großzügig für eine allseitige individuelle Bildung und Erziehung aller Kinder des Volkes sorgte.

Dieter Fechner

E. R. Greulich zum 95. Geburtstag

Der in Berlin-Bohnsdorf lebende Schriftsteller Emil Rudolf Greulich – auch unter dem Kürzel ERGE bekannt – wird am 6. Oktober 95 Jahre alt. Der Urberliner wurde zum Zeugen des 20. Jahrhunderts, zumal er Kaiserreich, Weimarer Republik, beide Weltkriege, NS-Zeit und DDR erlebte. Jene politischen Zäsuren reflektieren sich auch in seinem reichhaltigen literarischen Schaffen aus weit über fünfzig Jahren. Nach der Ausbildung als Schriftsetzer drängte es den lesehungrigen jungen Menschen, durch Deutschland und die Schweiz und 1930 durch Holland, Belgien, Frankreich und Spanien zu wandern. Er war ein bildungsbeflissener Zuhörer bei den Abenden des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. 1932 verlor er seine Arbeit, und nach dem Machtantritt der Nazis betätigte er sich illegal. 1939 wurde Greulich von der Gestapo verhaftet, wegen Hochverrats verurteilt und nach seiner Entlassung aus dem Strafgefängnis Tegel zum Himmelfahrtskommando der 999er abkommandiert. Aus dem Schleifdienst in Tunis floh er und gelangte in USA-Gefangenschaft, wo er manche Abenteuer zu bestehen hatte, über die er später in seinen Büchern „Zum Heldentod begnadigt“ und „Amerikanische Odyssee“ berichtete.

In den Nachkriegsjahren war er im Dietz Verlag tätig, Direktor des Kabarets „Frischer Wind“, Mitbegründer des Kabarets „Die Distel“ und der „Wochenpost“. Er leitete einen Zirkel schreibender Lehrer. 1948 wurde Greulich freier Schriftsteller, und in einem halben Jahrhundert erschienen annähernd 40 Bücher, von denen einige auch in der Sowjetunion, in Ungarn, Polen, Griechenland und der damaligen BRD verlegt wurden. Greulich schrieb Kabarett-Texte, humorvolle Kurzprosa, Publizistik für den Tag, authentische Berlin-Geschichten, Szenarien für die DEFA-Reihe „Das Stachteltier“, drei biographische Romane, Hunderte Anekdoten und zwei Autobiographien. Er gehörte zu den Nestoren der zeitgenössischen Abenteuerliteratur in den Reihen „Das neue Abenteuer“ und „Spannend erzählt“, für die er an die zwanzig Erzählungen und mehrere Romane verfaßte, so „Robinson spielt König“ und „Die Verbannten von Neukaledonien“.

Greulich zählte zu den Vätern der zeitgenössischen Anekdotenschreibung und

Wiederbelebern jener epischen Kleinkunst. Anfang der sechziger Jahre erschien sein erster Anekdotenband „Der durchlöchernte Himmel“, dem fünf weitere folgten, darunter „Der Ochse im Dom“ und „Hinter vorgehaltener Hand“.

Der Autor griff nach Ernstem und Heiterem und eilte mit wortknapper Erzählweise auf eine plötzliche unerwartete Wendung zu – eine sprachlich geschliffene Pointe. Auf diese Weise erhellte er Situationen, Vorgänge oder Charaktere schlaglichtartig und löste ein Schmunzeln aus. Was ein Lausbub Anfang des 20. Jahrhunderts erlebte, erzählte Greulich mit Berliner Witz in seinem bewegenden autobiographischen Roman „Des Kaisers Waisenknabe“ (1988). Es war die Geschichte eines Berliner Arbeiterjungen vor und im ersten Weltkrieg. Der Roman war gleichzeitig eine echte Sozial- und Zeitgeschichte aus einem Vorort der großen Stadt. Diesem folgte der zweite Band „Des Waisenknaben Sturm und Drang“ (2002) über den Zeitraum von etwa 1920 bis 1933. Greulich schilderte plastisch den Alltag in einer Berliner Arbeiter-Baugenossenschaft und von seinen Lehrjahren als Schriftsetzer vor dem Hintergrund der Kulturszene jener Zeit.

D. F.



In den Fußstapfen Egon Erwin Kischs

Klassenkampf-Reportagen

In Paris begegnet Klaus Steiniger 1984 einem Urenkel von Karl Marx, Robert Jean Longuet. Als Kind hatte der noch Lenin, welcher im Hause seines Vaters Jean Longuet ein- und ausging, kennengelernt. Dieser, ein Führer der französischen Sozialisten, war Marxens Lieblingsenkel „Johnny“ gewesen. Die Begegnungen mit „Mohrs“ Urenkel und bis zu seinem Tode 1987 mit ihm gewechselte Briefe bilden den Inhalt der ersten von 31 Reportagen, die das sechste Buch des Autors füllen. Mit ihnen tritt er in die Fußstapfen des „rasenden Reporters“ Egon Erwin Kisch.

Der Jurist und promovierte Außenpolitiker absolvierte ab 1956 zunächst einen wechselhaften Werdegang als Staatsanwalt, Bürgermeister, Fernsehjournalist und Mitarbeiter im Außenministerium, bevor er 1967 ins „Neue Deutschland“ eintrat. Dort arbeitete er bis Ende 1991 als Redakteur, Ressortchef und Auslandskorrespondent. Vor allem aus den USA, Japan und Westeuropa berichtete er über Klassenauseinandersetzungen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dort stattfanden. Allein an die zwanzig Vorsitzende und Generalsekretäre kommunistischer Parteien Mittel- und Südamerikas hat er interviewt, unter ihnen den legendären Brasilianer Luis Carlos Prestes. Während er aus den USA über den Prozeß gegen Angela Davis berichtete, sah er den standhaften KP-Führer Henry Winston wieder. Dieser war in der Kerkerhaft erblindet. Über Winstons Schicksal hatte Anwalt William Patterson, der 1926 die Verteidigungskampagne für Sacco und Vanzetti leitete, die DDR informiert.

In Tokio verfolgte der Autor die komplizierte Entwicklung der KP Japans, einer der zahlenmäßig stärksten kommunistischen Parteien der kapitalistischen Welt, und stand am Grab Richard Sorges. Von 1974 bis 1979 war er Korrespondent seiner Zeitung in Portugal und beobachtete vor Ort das Auf und Ab der Nelkenrevolution, die das faschistische Regime stürzte und den bisher weitreichendsten antikapitalistischen Vorstoß im Westen Europas darstellte. Neben KP-Generalsekretär Álvaro Cunhal lernte er General Vasco Gonçalves, von 1974 bis 1975 Portugals Ministerpräsident, kennen, mit dem er noch heute freundschaftlich verbunden ist. Die aktiv von den USA und der BRD unterstützte Konterrevolution machte die Hoffnungen der portugiesischen Arbeiter zunichte. Als ihre Speerspitze agierte die Sozialistische Internationale und deren Lissabonner Frontmann Mário Soares. Während die DDR ihren Möglichkeiten entsprechend aktive Solidarität für das Portugal der April-Revolution leistete, hielt sich die UdSSR, so eine Wertung Steinigers, eher bedeckt. Das waren bereits Auswirkungen der in der KPdSU Fuß fassenden Tendenz opportunistischer Anpassung an den Status quo, mit der die



Politik der friedlichen Koexistenz ihres Klassencharakters beraubt wurde.

Der Leser erfährt, daß Korrespondenten sozialistischer Staaten besonders akribischer Observierung durch die imperialistischen Geheimdienste unterlagen, woraus sich ergibt, daß entsprechende Reaktionen auf unserer Seite keineswegs Erfindungen des MfS waren, sondern „Vorbilder“ hatten. Die Palette von Versuchen zur Kontaktaufnahme reichte vom überschwenglichen Lob über angeblich erwiesene „umwerfende Gastfreundschaft der DDR“, für die man sich revanchieren wolle, über relativ harmlose Dinner-Einladungen bis zum Angebot „lebhaft an der DDR interessierter Damen“.

Die Reportagen bestehen durch klare Parteinahme, theoretische Tiefe, fundierten historischen Hintergrund und hohen Informationsgehalt. Sie sind nicht nur spannend geschrieben, sondern werden auch, wo angebracht, im vergnüglichen Feuilletonstil dargeboten. Es ist ein Fundus, aus dem der Autor, im Februar 1998 Begründer und seitdem Chefredakteur der Zeitschrift „RotFuchs“, in seinen Leitartikeln und zahlreichen anderen Beiträgen schöpft.

Jüngeren Lesern wird neu sein, daß Journalisten zu Zeiten, da die DDR noch keine Botschaften in kapitalistischen Staaten unterhielt, bisweilen auch sensible Aufgaben übernahmen. So sandte Nixons Chefsicherheitsberater Henry Kissinger über den ND-Korrespondenten Signale im Vorfeld diplomatischer Beziehungen, zu deren Erläuterung Klaus Steiniger nach seiner Rückkehr in die DDR unverzüglich zu Erich Honecker gerufen wurde.

Eine andere Seite ist das hohe persönliche Risiko, das Steiniger einging, wenn er sich manchmal „bedeckt“ hielt. Als er in Santa Comba Dao, der Heimat des portugiesischen Faschistenführers und langjährigen Staatspräsidenten Salazar, bei einem rechtsextremistischen Spektakel und umringt von einer faschistischen Meute in Vertretung des TV-Korrespondenten der DDR drehte, antwortete er auf die Frage nach der Herkunft korrekt mit „Fernsehen“, erklärte sich als „Deutscher“ und gab auch zum Sender Bescheid. „Wir sind vom ‚Quinto Canal‘“, sagte er (5. Kanal).

Das wirkte wie ein Zauberwort und war tatsächlich die Adlershofer Frequenz.

Eskapaden dieser Art konnten, was der Autor verschweigt, gelegentlich auch Kopf und Kragen kosten.

Das Buch verdeutlicht, daß man sich in der DDR durchaus kritisch zu Wort melden konnte, wovon allerdings nicht allzu viele, auch in der Gilde der Journalisten, Gebrauch machten. Steiniger nutzte manche Gelegenheit. Dazu sei die Story „Das Anerkennungssyndrom“ hervorgehoben. Hier bietet der Autor dem Politbüromitglied und ND-Chefredakteur Joachim Hermann Paroli, auch wenn er dabei zunächst den kürzeren zieht.

Stehvermögen bewies Steiniger auch in der Etappe des Anschlusses der DDR. In „Schlagabtausch im Audimax“ schildert er, wie er sich im Februar 1990 in der Konstanzer Alma mater in einem Forum der Europa-Union als einer gegen alle zur Diskussion stellte und entschieden die bereits zum Untergang verurteilte DDR verteidigte.

Eine reizvolle Episode enthält das Kapitel „... und Gottes reicher Segen“, das von einem Auftritt des Autors im Oktober 1990 als Redner bei einer „Parlamentarischen Freundschaftswoche BRD – Portugal“ vor dem Staatssekretär in Kohls Auswärtigem Amt, zahlreichen Bundestagsabgeordneten und betuchten Gästen in Bonn handelt. Als Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft DDR – Portugal war Steiniger beim Zusammenschluß mit der Deutsch-Portugiesischen Gesellschaft der BRD zunächst zu deren Vizepräsidenten gewählt worden. Als Präsident Neufert durch Krankheit plötzlich ausfiel, wurde der Redakteur des früheren SED-Zentralorgans inständig gebeten, einzuspringen. Er bewies, daß er nicht nur mit dem Säbel dreinschlagen konnte, sondern auch das Florett beherrschte. Möge sich der Leser selbst ein Bild machen. Nur so viel sei verraten: Die illustre Gesellschaft durchschaute zunächst nicht, was für ein Vogel ihr da zugeflogen war. Zumal Steiniger einflocht, daß der Urgroßvater seines Urgroßvaters Johann Joseph Eichhoff zwischen 1801 und 1804 der durch Napoleon bestätigte Bürgermeister der Stadt und Unterpräfekt des Arrondissements Bonn war.

Das Buch durchzieht der kämpferische Geist, mit dem Klaus Steiniger die Feder – Majakowski nannte sie die Waffe des Journalisten – stets geführt hat. Eine Waffe, die er auch heute wirkungsvoll einzusetzen vermag, wovon sich die Leser des RF seit sechseinhalb Jahren Monat für Monat überzeugen können.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Klaus Steiniger: Bei Winston und Cunhal. Reporter auf vier Kontinenten. edition ost, Berlin 2004, 144 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 3-360-01060-4

Totalitarismusforschern auf der Spur

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung wurde 1993 in Dresden gegründet. Es kooperiert mit der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft, insbesondere bei Publikationen. Anfängliche Partner dieser – der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e. V., die VVN-BdA Sachsen e. V., der Zentralrat deutscher Sinti und Roma sowie weitere Organisationen – haben inzwischen ihre Mitarbeit aufgekündigt. Im Juli 2003 führte das Dresdner Institut eine „Jubiläumstagung“ durch. Horst Schneider, ein ausgewiesener Kenner der Materie, hat unlängst ein hochinteressantes und informatives Buch über die höchste Förderung erhaltende Einrichtung vorgelegt. In dem Kapitel „Drei Tage unter Totalitarismusforschern“ stellt er u. a. fest, daß viele von ihnen „entweder die Jubiläumstagung für unwichtig hielten oder auf ihr nicht gesehen werden wollten“. Das allerdings kann dann doch nur der „Arbeit“, die das Institut aufzuweisen oder nicht geleistet hat, geschuldet sein. Schneider untersucht auf nahezu 90 Seiten akribisch dessen von der politischen

Rechten und der SPD wohlwollend begleitete Tätigkeit. Die sächsische CDU hatte gleich nach der Rückwende unter der Ägide Kurt Biedenkopfs große Anstrengungen unternommen, im Osten die sogenannte Totalitarismusforschung anzukurbeln. So nahm an der Jubiläumstagung auch Helmut Kohl teil, dessen Anwesenheit als besondere Attraktion vermerkt wurde. Der Passauer Politologe Prof. Oberreuter triumphierte Anfang der 90er Jahre: „Endlich wagt es wieder jemand, die Formen der roten und braunen Diktatur nebeneinanderzustellen.“ Und der heutige sächsische Kultusminister, Matthias Rößler, erteilte schon damals den Auftrag, „die ungebrochene Kontinuität der Gewaltherrschaft von den Nazis bis zu den Kommunisten“ nachzuweisen. Dafür mißbraucht man seit 10 Jahren den Namen der Politologin Hannah Arendt. Horst Schneider fragte am 20. März 1998 beim damaligen Direktor des Instituts, Prof. Dr. Henke, schriftlich an, ob Hannah Arendt selbst die DDR als totalitären Staat gesehen habe. Dieser ließ Dr. M. Richter den Brief beantworten. Der berief sich auf den Spezialisten des Instituts Dr. A. Siegel.

Er schrieb, daß sich „Arendt nicht konkret mit der DDR befaßt hat“. Horst Schneider hat seit 40 Jahren die Entwicklung der Totalitarismuskonzeption verfolgt. In der vorliegenden Arbeit untersucht er kenntnisreich und mit wissenschaftlicher Akkuratheit den Weg des Instituts. Dabei stützt er sich auf die gewissenhafte Beobachtung der unterschiedlichen Arbeitsergebnisse dieser Einrichtung seit ihrer Gründung, wobei er die politische Entwicklung Sachsens zugrunde legt. Er kennzeichnet das Institut als „Wunschkind mancher ‚Wende-Politiker“ und in seiner Art als „Unikum in Deutschland“. Er untersucht sowohl die politische Instrumentalisierung der Totalitarismusforschung als auch die Querelen zwischen den am Institut Beteiligten. Die Lektüre von Schneiders angriffslustigem Text erscheint als Muß nicht nur für Politologen und Historiker, sondern auch für engagierte Antifaschisten und zeitgeschichtlich Interessierte.

Gerhard Lehmann

Horst Schneider: Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen, SPOTLESS-VERLAG 2004, 90 S., 5,10 Euro, ISBN 3-93354496-3

Nicht krankreden lassen!

„Ein Gesunder ist ein Mensch, der nicht oder noch nicht gründlich genug untersucht wurde.“ Dies ist nur ein Satz aus dem aufschlußreichen Buch „Die Krankheitserfinder. Wie wir zu Patienten gemacht werden“. Auf erschreckende Weise bestätigte es meine Überzeugung, daß unter imperialistischen Verhältnissen ausschließlich der Maximalprofit zählt. Menschen sind Mittel zum Zweck. Ohne Übertreibungen oder Verniedlichungen, akribisch dokumentiert und recherchiert zeichnet der Autor ein Bild des Machtmißbrauchs der Pharmakonzerne. Wir alle werden von einer medizinisch-industriellen Mafia getäuscht und krank gemacht. Fesselnd und mit reichlich Zahlenmaterial gespickt, verriß das Buch, daß Krankheiten erfunden

werden, um Medikamente zu verkaufen; daß Grenzwerte – beispielsweise für den Blutdruck oder für Cholesterin – beliebig festgelegt werden, um möglichst viele „Kranke“ diagnostizieren zu können; daß der sogenannte Gesundheits-Check-up aus überwiegend kommerziellen Überlegungen eingeführt wurde.

„Um das enorme Wachstum der früheren Jahre beibehalten zu können, muß die Gesundheitsindustrie immer häufiger Menschen medizinisch traktieren, die gesund sind ... Natürliche Wechselfälle des Lebens und normale Verhaltensweisen werden systematisch als krankhaft umgedeutet. Pharmazeutische Unternehmen sponsern die Erfindung ganzer Krankheitsbilder und schaffen ihren Produkten auf diese Weise neue Märkte.“

Und das wird namentlich belegt. Schockierend ist auch die Angabe, daß jeder Mensch rund 20 Krankheiten haben müßte, wenn man den „Studien“ der Werbewirtschaft und der Pharmaindustrie glauben würde.

Daß Ärzte falsch informiert oder einfach nur bestochen werden, ist eine weitere Facette dieses Einblicks in eine gar nicht humane Welt. Gewinner des Ausverkaufs der Gesundheit sind die Pharmafirmen. Jeder Einwohner der BRD zahlt (statistisch gesehen) täglich

mehr als 7 Euro in das staatliche Gesundheitssystem. Die Gesundheitsausgaben verschlingen rund 11 % des Bruttoinlandsprodukts. Aber eben nur zum Teil für die Gesundheit. Vieles fließt als Profit in die Pharmariesen. Die Firma Pfizer beispielsweise liegt im Börsenwert noch vor dem 13-Millionen-Volk der Schweden, ist also reicher als dieser Staat. Nicht von ungefähr wählt der Autor den Begriff „medizinisch-industrieller Komplex“. Daß dieser für die Werbung weitaus mehr investiert als in die Forschung, rundet das Bild nur ab. Fernsehdoktoren sowie die beliebten Krankenhaus- und Arztsereien tun ein überragendes gezieltes oder unbewusstes dazu.

„Wechseljahre? Zappelige Kinder? Zu viel Cholesterin? Schüchtern? Bluthochdruck? Chronisch müde? Lassen Sie sich nicht für krank verkaufen – Sie sind gesünder, als Sie denken!“ So lautet der Text auf der Rückseite des Buches. Und es hält, was es verspricht! Die Erhaltung der eigenen Gesundheit ist ohne dieses Wissen in akuter Gefahr!

Seit ich das Buch gelesen habe, sehe ich mein Leben mit anderen Augen. Ich habe die mir zugeordneten Medikamente auf das Notwendige reduziert. Ich spare Rezeptgebühren, Zuzahlungen und überlege gründlicher, was mir guttut. Natürlich ist bei ernsthafter Erkrankung Medizin angesagt. Aber ich bin nicht mehr so leichtsinnig wie vor der Lektüre.

Die immerhin 17,90 Euro sind gut angelegt und haben sich schon amortisiert.

Richard Georg Richter

Jörg Blech: Die Krankheitserfinder, S. Fischer Verlag, 256 S. ISBN 3-10-004410-X



„Woran stirbt er?“ „An Armut . . . Die Medikamente sind zu teuer.“
Solidaire, Brüssel

Leserbriefe an RotFuchs



An den Präsidenten Venezuelas
Hugo Chávez
Caracas

Lieber Compañero Chávez!

Mit großer Freude und Genugtuung haben wir von Deinem Sieg über die Opposition Kenntniss erhalten. Wenn Euer Öl nicht mehr den Multimillionären, sondern der armen Bevölkerung zugute kommt, hast Du den Sieg beim Referendum ehrlich verdient, wozu wir Dir auf das herzlichste gratulieren. Wir wünschen Dir und Deinem Volk weiterhin viel Erfolg auf dem von Euch eingeschlagenen Weg.

**Elisabeth Monsig, Friedrichsthal,
und zehn weitere Genossen**

Die Forderung der 200 Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung der PDS und des Sports, die am 2. August 2004 zu Ehren des von den deutschen Faschisten ermordeten Widerstandskämpfers und sechsmaligen Deutschen Meisters im Ringen, Werner Seelenbinder, war deutlich: Das Stadion soll wieder seinen Namen erhalten. Nunmehr hat die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung diesem Verlangen Rechnung getragen. Am 24. Oktober 2004, dem 60. Jahrestag der Ermordung Werner Seelenbinders, erfolgt die Rückbenennung.

Erhard Richter, Berlin

Trotz der ärztlichen Rekonvaleszenz-Empfehlungen (absolute Ruhe, keine physische oder psychische Belastung) habe ich einschränkende Hinweise in bezug auf meinen „RotFuchs“, den ich jedesmal mit großer Freude und Genugtuung von A bis Z lese, nicht erhalten. Die Leitartikel schätze ich besonders. Sie sind für mich lehrende, richtungweisende politische Orientierungen. Die kommunistisch-sozialistische „RotFuchs“-Sache wächst und gedeiht – nicht nur landesweit, sondern auch außerhalb der deutschen Grenzen. Als Bulgare verfolge ich Eure unermüdliche Tätigkeit mit großer Freude. In Varna, wo ich die Hälfte des Jahres lebe, hat die „Rotfuchsler“-Familie bereits einige Anhänger, Mitglieder der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) und der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP), die miteinander politische Kontakte unterhalten. (...)

Dr. med. Ratscho Ratschew, Schmölln

Vielen Dank für die Zusendung der Zeitschrift „Australian Socialist“, des theoretischen Organs der KPA, mit der Übersetzung meines Afghanistan-Artikels. Es hat mich sehr gefreut. Schön, daß der „RotFuchs“ auch international gelesen wird.

Dr. Matin Baraki, Marburg

Am 26. August wurde bekannt, daß Außenminister Colin Powell die USA-Regierung bei den Abschlußfeierlichkeiten der Olympischen Spiele in Athen vertreten werde. Tags darauf fand eine Massendemonstration der KKE, des Jugendverbandes KNE, der linken Arbeiterfront P. A. M. E., der Gewerkschaften und anderer Organisationen statt. In der folgenden Nacht brachten Genossen ein riesiges Transparent der KKE auf dem Akropolis-Hügel an. Darauf stand in griechisch: „In Nadjaf (Irak) werden unschuldige und unbewaffnete Menschen abgeschlachtet“ und „In Palästina errichten sie eine Mauer“. Auf englisch aber konnte man lesen: „Powell – Killer, go home!“ Daraufhin sagte die USA-Regierung den Besuch ihres Ministers ab und erhob schärfsten Protest, weil das trotz der enormen Sicherheitsvorkehrungen, die anderthalb Milliarden Euro verschlangen, trotz der überall in Athen aufgestellten ultraempfindlichen Überwachungskameras geschehen war. Und trotz der Luftschiff-Spionage. Viele

Fernsehtationen strahlten die Bilder aus. Am nächsten Tag berichteten Zeitungen in aller Welt über das Ereignis auf ihren Titelseiten.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Mit seiner Reaktion auf das Geiseldrama in der Schule von Beslan hat sich Rußlands Präsident Putin auf ein Niveau begeben, das m. E. nur mit dem des US-Präsidenten Bush gleichgesetzt werden kann. (...)

Hat schon einmal jemand die Zahl der Unschuldigen ermittelt, die allein in Rußland ermordet wurden, nur weil der Staat nicht dazu in der Lage ist, die Probleme eines seiner Völker zu lösen? Gnadenlose Härte und Willkür sind dazu sicher nicht der richtige Weg.

Auf der gleichen Linie liegt die Äußerung Kanzler Schröders: „Der Terror muß dort bekämpft werden, wo er auftritt.“ Falsch, Herr Schröder. Der Terror muß dort bekämpft werden, wo er entsteht. Es geht vor allem um die Ursachen. (...) In diesem Zusammenhang fällt mir immer wieder das biblische Gleichnis von David und Goliath ein. Aus Sicht der Philister war David sicher auch ein Terrorist. Trotzdem ging er als Held in die Geschichte ein und wurde jüdischer König. Eine Lehre hieraus für die heutige Zeit: Solange es Goliaths gibt, wird es auch Davids geben.

Hartwich Splisteser, Dümmer

In der Berliner Zeitung vom 10. 8. fand ich in einem Interview die Aussage von Norbert Blüm (CDU), dem früheren Arbeitsminister, über Hartz IV und die Radikal-„Reformer“ in der Union: „Im Ost-West-Konflikt war der Sozialstaat Teil unserer Legitimationsgrundlage. Wir müßten beweisen, daß wir sozialer sind als der Sozialismus. Der Sozialismus ist tot, und jetzt glauben manche Arbeitgeber, sie könnten Hausputz machen.“ So Norbert Blüm, der schon immer ein Komiker mit einem Hang zur Wahrheit war. Der Begriff Hausputz des Kapitals nach dem Ende des Sozialismus scheint treffend zu sein, kabarettwürdig, ein wenig zynisch und verniedlichend sozusagen, für ein Interview durchaus auflockernd. Aber es handelt sich ja nicht um einen Hausputz, sondern um einen totalen Abriß, wenn man sich die Vorhaben alle genau ansieht. Das stets böse, drohende Argument ist: Wir müssen für das Volk, das uneinsichtige, den „Sozialstaat“ verändern, um ihn erhalten zu können! Wie witzig, und wenn er dann nicht mehr existiert? Wenn nach dem Hausputz das Haus keine Fenster mehr hat, sondern nur noch Schießscharten, um Eindringlinge abzuwehren, die Kleidung, Obdach und Brot begehren, wenn absolut keine Arbeit mehr da ist, mit der sie diese Dinge erwerben können?

Manfred Hocke, Berlin

In einer konzertierten Aktion hat das Schröder-Kabinet mit dem Abbau des „Sozialstaates“ begonnen. Dafür wurde von den Wirtschafts- und Finanzbossen eine SPD-geführte Regierung aukerkoren. Verschärft wird der soziale Kahlschlag über Vermittlungsausschüsse mit CDU/CSU und FDP, deren Politik in diese Richtung zielt. Die Gewerkschaften hätten die Kraft, der Entwicklung einen Riegel vorzuschieben. Doch durch enge Verandelung mit der SPD ist vor allem deren Führung nicht bereit, der Regierung mit massiven Gegenaktionen Paroli zu bieten. So werden die Forderungen der Großindustrie immer unverschämter. (...) Vor kurzem hielt Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) anlässlich des 80. Geburtstages des CDU-Politikers Rainer Barzel die Laudatio. Dort sagte er sinngemäß, das, was man heutzutage mit unseren Managern erlebe, sei der pure Raubtierkapitalismus (s. FOCUS, 22. 8.). Wo er recht hat, hat er recht.

Werner Juhlemann, Geithain

Mitten in der sich täglich verschärfenden Auseinandersetzung um Hartz IV, die zum politischen Debakel für seine Regierung anzuwachsen droht, hat sich Bundeskanzler Schröder dem überraschten Wahlvolk als liebevoller Familienvater und Kinderfreund präsentiert. Er hat

gemeinsam mit Ehefrau Doris ein Mädchen aus einem Waisenhaus in St. Petersburg adoptiert, und diese edle Tat geschickt über die Medien in die Öffentlichkeit lanciert. Er ist halt ein richtiger Guttmensch, unser Kanzler, begabt mit einem sicheren Gespür für publikumswirksame Szenarien. Bei einem Amtsgehalt von monatlich 15900 Euro, aufgebellert durch Bundestagsdiäten von 3500 Euro sowie weitere Zuwendungen und Privilegien, bereitet es dem Kanzler gewiß keine finanziellen Probleme, ein der russischen Misere entrissenes Kind in geordneten Verhältnissen aufwachsen zu lassen. Niemand wird der kleinen Viktoria eine Kindheit in materiellem Wohlstand mißgönnen. Aber die Dreijährige demonstrierend in einem noblen Feinschmeckerlokal an Hannovers Maschsee abzufüttern, bestätigt erneut die schlechten Manieren des Herrn Schröder, dessen vulgärer Hang zum Protzen stadtbekannt ist: Seht alle her, das können wir uns leisten! Für Millionen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die mit ihren Kindern durch die eiskalte, gnadenlose „Reform“-Politik dieses Kanzlers in soziale Not und wachsende Verarmung gestoßen werden, dürfte seine Kinderliebe wenig überzeugend sein.

Heinz Jürgen Furian, Hannover

Durch einen lieben alten Freund wurde ich mit dem „RotFuchs“ bekannt. Er hatte mir die Zeitschrift mit einem herzlichen Geburtstagsbrief zugesandt. Ich habe sie nicht mehr aus der Hand gelegt, bis ich sie durchgelesen hatte. Die halbe Nacht ist dabei vergangen. Ähnlich erging es meiner Frau. Daraus könnt Ihr ersehen, wie wir uns nach guten Informationen sehnen. Bei der z. Z. herrschenden Journaille ist das ja auch kein Wunder. Allen meinen Freunden habe ich von Euch berichtet und, soweit es gewünscht wurde, auch Eure Anschrift mitgeteilt.

(...) Ich bitte, mir auf meine Kosten zur Weitergabe an vorerst fünf meiner Freunde Exemplare von „RotFuchs“ zu übersenden.

Albert Oehme, Gera

Herzlich danke ich für die großzügige Tüte mit den vier „Rotfuchsen“. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich noch nie in meinem Leben so intensiv Zeitschriften gelesen habe wie den „RotFuchs“. Mit den von Ihnen erhaltenen Exemplaren besitze ich zehn Hefte. Ich habe die Hälfte der Artikel nicht nur gelesen, sondern auch durchgearbeitet, der Frau vorgelesen und Kopien einzelner Seiten Hennigsdorfer Freunden überreicht. Sie sind es gewöhnt, daß ich sie mit Lesenswertem versorge. (...)

Dr. Fritz Lemme, Hennigsdorf

Ich muß immer wieder an die Worte Brechts aus dem Jahre 1954 denken: „Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler seine Unfreiheit wählen zu lassen, indem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält. Das, was jemand braucht, um seinen Weg wählen zu können, ist Wissen. Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Noten lesen noch Klavier spielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt und ihm die freie Wahl über die Tasten läßt?“ Wissen ist notwendig, um nicht aus Protest gegen die sozialfeindliche Gesetzgebung der gegenwärtigen Regierungskoalition eine andere Koalition zu wählen, die – wie sie bereits kundgetan hat – noch stärkere Sozialeinschnitte vornehmen wird, statt einer starken linken Opposition. Wissen ist erforderlich, um auch auf Sachfragen, egal, ob es eine neue Brücke oder die Rechtschreibreform ist, die richtige Antwort zu geben. Dazu müßten aber alle kostenlos über die konkret beabsichtigten Beschlüsse informiert, diese im breiten Rahmen diskutiert und die von den Bürgern berechtigt gemachten Vorschläge berücksichtigt werden. Aber wo sind heute diese Gremien? Vielleicht die Gewerkschaften, die Vereine? Die eine Demokratie tragenden Arbeitskollektive, Hausgemeinschaften etc. gibt es nicht mehr. Demokratie – für wen? Natürlich immer für die herrschende Klasse. Gewählt werden kann heute diese oder jene Partei, ausgetauscht werden

zwar die führenden Köpfe, aber der Apparat, die Beamten bleiben. Sie werden die Gesetze so gestalten, daß es dem Finanzkapital und der Großindustrie und vor allem ihnen persönlich nützt. Wenn nicht endlich auch die Beamten zur Kasse gebeten werden, z. B. dadurch, daß auch sie bei längerer Arbeitslosigkeit nur Arbeitslosengeld II erhalten, wird sich nichts ändern.

Prof. Dr. sc. tech. Harry Conrad, Dresden

In der wesentlichsten Rückbetrachtung irrt Prof. Dr. Heinz Wachowitz, Autor eines Beitrags im September-„RotFuchs“: Die ökonomische Überlegenheit der Herrschaft der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbundenen Teile des Volkes wurde während der 40jährigen Entwicklung des Sozialismus auf deutschem Boden nachgewiesen. Sonst halte ich den Artikel für eine interessante Analyse.

Peter Rotfels, Erfurt

Prof. Wachowitz analysiert in RF 80 ökonomische Gründe der Konterrevolution. Das ist wünschenswert, aber sein Versuch, Klarheit über die Ursachen von „1989“ zu schaffen, wirft Fragen auf:

1. Folgte das „sozialistische Projekt“ DDR dem „sowjetischen Modell“? Seit wann gibt es im marxistischen Verständnis „Sozialismus-Modelle“? Im Aufbau des Sozialismus setzen sich allgemeine Gesetze durch, er kann nur dann ökonomische Überlegenheit erreichen, wenn diese Gesetze richtig erkannt und angewandt werden. Darüber schweigt Wachowitz.

2. „Seit den 50er Jahren“ zeige die Stagnation des ökonomischen Entwicklungstempos eine Nichtbewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Versäumt wurde, das „maßlos überzentralisierte“ (!) ökonomische System in relative Selbständigkeit der Betriebe zu überführen. Da „das Volkseigentum ... für die Belegschaften nicht ... unmittelbar spürbar“ wurde, bereitete Lethargie „dem ... Untergang ... den Boden“. Ist das nicht eine psychologisierung der Erklärung der Konterrevolution?

Gesellschaftliche Entwicklungsgesetze wurzeln in den Produktionsverhältnissen. „Ökonomische Überlegenheit“ des Sozialismus muß über die Produktionsweise bestimmt werden. Als niedere Phase des Kommunismus setzt der Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus einen höheren Typ der Produktivkraftentwicklung durch. Daß Betriebe „nur (!) als eine Art Abteilungen der Volkswirtschaft“ fungieren, ist eine Errungenschaft sozialistischer Planwirtschaft. Dagegen verletzt (relative) „ökonomische Selbständigkeit“ der Betriebe das Gesetz der „Aufhebung des Privateigentums“ (siehe ‚Manifest‘). Ebenfalls dem Sozialismus fremd ist ein Eigentümergefühl der Betriebsbelegschaften. Dies leistet eher der Spontaneität und Konkurrenz Vorschub statt z. B. kollektivem Massenwettbewerb. „Erschöpft“ sich aber der auf den Aufbau des Kommunismus gerichtete „Enthusiasmus“, erscheint der hübsch aufgemachte Imperialismus wieder als die „bessere“, weil (vom sozialistischen Staat) „freie“ Marktwirtschaft. So wird die „Reform“ des Sozialismus zur Konterrevolution.

Gerald Hoffmann, Berlin

Ein paar Bemerkungen zum Artikel von Heinz Wachowitz „Warum erreichten wir keine ökonomische Überlegenheit“?

Da sich diese Frage nicht nur auf die DDR, sondern auch auf die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten bezieht, ist sie, meine ich, falsch gestellt.

Die Sowjetunion wäre niemals vom 1917 innegehabten weit hinteren Platz auf den zweiten Platz in der Weltrangliste vorgerückt, wenn ihr Wirtschaftssystem nicht selbst dem der führenden kapitalistischen Länder überlegen gewesen wäre. Und in den ersten zehn Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die sozialistischen Länder Ungarn, Bulgarien und Rumänien im Tempo der Überwindung der Kriegsschäden und der Entwicklung ihrer Wirtschaft ihrem kapitalistischen Nachbarn Griechenland z. B. deutlich überlegen. Man kann also nicht für

die gesamte Zeit der Existenz des Sozialismus in der SU und in Europa davon sprechen, daß er ökonomisch unterlegen gewesen sei. Er war jahrzehntelang überlegen in bezug auf Wachstumstempo und Produktivitätssteigerung.

Der zweite Einwand betrifft die gegebene Antwort. Sie bleibt nämlich weit hinter den Erkenntnissen zurück, die in der „RotFuchs“-Gemeinde Allgemeingut sind oder es zumindest einmal waren.

Genosse Wachowitz stellt richtig fest, daß die UdSSR in bezug auf die wissenschaftlich-technische Revolution hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurückblieb, und daß sich das ökonomische Wachstum „schon seit den 50er Jahren“ verlangsamte und das Entwicklungstempo immer mehr hinter dem der fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zurücklag.

Die Erklärungen, die er dafür gibt, sind aber unbefriedigend; sie decken sich weitgehend mit den in der PDS üblichen Denkmustern zum „unvermeidlichen Versagen der Kommandowirtschaft des Staatssozialismus“, lassen aber die entscheidende Ursache unerwähnt: das Abgehen unter Chruschtschow von einer wissenschaftlich begründeten Planung der Wirtschaft und deren Ersetzung durch eine sprunghafte „Planung“ mit irrealen, voluntaristischen Zielsetzungen. Sie lauteten z. B.: In kürzester Zeit müsse der Verbrauch an Konsumgütern den Stand der entwickelten kapitalistischen Länder erreichen; bis 1970 würden die USA eingeholt und bis 1980 der Kommunismus in der Sowjetunion erreicht sein. Ferner wurde die Notwendigkeit mißachtet, in der Planung dem Wachstum der Abteilung I (Produktionsmittel) den Vorrang vor dem Wachstum der Abteilung II (Konsumgüter) zu sichern. Hinzu kamen der willkürliche, desorganisierende Abbruch eines Fünfjahresplanes und der Übergang zu einem Siebenjahrplan sowie die bewußte Sabotage der Einführung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den nicht-militärischen Produktionsbereich, wie sie sich in der schroffen Ablehnung des in der DDR unter Walter Ulbricht konzipierten Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Wirtschaft durch Breshnew manifestierte.

Heinz Wachowitz schreibt, auch die Zusammenarbeit im RGW habe sich „als wenig wirksam“ erwiesen. Aber wiederum fehlt ein Hinweis auf die Ursachen dafür. Ein ganz wesentlicher Grund lag darin, daß alle Vorschläge, die vor allem auch von den Vertretern der DDR gemacht wurden, den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe aus einem Organ, das unverbindliche Empfehlungen ausspricht, zu einem Planungs- und Leitungsorgan auszugestalten, dessen Beschlüsse verbindlich für alle Mitglieder sind, von sowjetischer Seite abgewiesen wurden; denn sie widersprachen dem „nationalkommunistischen“ Grundsatz, der in der von Tito und Chruschtschow 1955 unterzeichneten Belgrader Deklaration niedergelegt war, wonach die Frage der „konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus“ ausschließlich Sache jedes einzelnen sozialistischen Landes zu sein hatte. Ohne alle diese Fakten zu kennen und zu berücksichtigen, kann es keine der geschichtlichen Wirklichkeit entsprechende Antwort auf die Frage geben, weshalb wir eine bereits erreichte ökonomische Überlegenheit nicht nur nicht halten konnten, sondern sie sogar wieder verloren haben.

Dr. Kurt Gosswiler, Berlin

Von einem alten Freund und Mentor erhielt ich vor einiger Zeit einige „RotFuchs“-Exemplare. So schnell wollte ich Ihnen eigentlich nicht schreiben, aber Zustimmung auf der einen, Widerspruch auf der anderen Seite beförderten das „Müssen“.

Mit besonderem Interesse und Freude habe ich über Ilse und Werner Döring aus Lohsdorf bei Hohnstein gelesen. Seit einem gemeinsamen Studienjahr vor über 30 Jahren sind wir – er war der Älteste, ich der Jüngste im Seminar – in Freundschaft verbunden. Ja, das sind wahrlich besondere und beispielhafte Mitmenschen, so ganz nach Goethes Worten: Man muß nicht nur

wollen, man muß auch tun. Sie haben ein Leben lang etwas für ihre sozialistischen und demokratischen Ideale getan. (...)

Auseinandersetzungen in der Familie hat es um „Slowakische Zustände“ gegeben. Einige Kopien habe ich in unserer deutsch-slowakisch-tschechischen Familie verteilt. Die Reaktion war einhellig: Da hat einer über etwas geschrieben, wovon er keine Ahnung hat. Ein derart kompliziertes Problem sollte man so nicht angehen.

Joachim Schindler, Dresden

Was mich an der Hartz-IV-Diskussion ... empört, ist die Dreistigkeit, mit der Regierende oder in diesem Land tatsächlich Herrschende das Volk verdammen wollen. Da meinte neulich Herr Henkel, der ehemalige BDI-Präsident, in einer Talkshow, es sei eine Lüge, daß die Renten gekürzt worden seien. „Das Gegenteil ist der Fall“, sagte er. Der Mann muß in der Grundschule beim Thema Brutto : Netto gefehlt haben. Mein Rentnerhaushalt hat im Juli 2004 genau 42,47 Netto weniger ausbezahlt bekommen als im Juli 2003. Und das ist das, wovon man leben muß. Zahlenakrobatik mit „Brutto“ (worin die Gehälter der Bürokratie usw. enthalten sind) ist reine Demagogie.

Gerhard Rosenberg, Berlin

Über einen Freund gelangte ich zur Zeitschrift „RotFuchs“. Ich bin schon lange Rentnerin, wähle natürlich stets sehr links, fühle mich aber ideologisch alleingelassen. Klar, man ist mit 69 Jahren alt, aber ständig suche ich nach Antworten. Einige fand ich zum ersten Mal in dieser Zeitschrift. Sie bestätigten mich in meiner Meinung. Ich habe es fast nicht mehr geglaubt, weil ich selbst schon annahm, ich sei nostalgisch eingestellt. Ihr habt mir wieder Mut gemacht, an mich selbst zu glauben, denn das, was man in 40 Jahren gelernt und gelehrt hat, kann doch nicht alles falsch sein. Deshalb bin ich letzten Montag nach Leipzig zur Demonstration gefahren, um die Stimmung unter den Teilnehmern auf mich einwirken zu lassen. Natürlich merkte ich, daß sehr unterschiedliche Meinungen und Motivationen vorhanden waren. Aber egal, dachte ich, die Arbeiterklasse ist auf der Straße, und allein, daß sich Menschen auf diesem Wege einigen, gibt Kraft. Es ist deshalb schön, daß Ihr da seid. Macht es Euch zur Aufgabe, auch die kleinen Leute zu erreichen und ihnen das Rückgrat zu stärken!

Brigitte Knabe, Kabelsketal

Ich beziehe mich auf Gerd Rommels Beitrag über den Roten Frontkämpferbund. (...)

Ich sehe mich selbst als Hinterhausprodukt einer doppelt ausgebeuteten, bei Erreichen des Rentenalters draufgegangenen Heimnäherin und eines nach einem Streik in die Arbeitslosigkeit gemäßregelten Vaters nicht als Agitprop-Werber, sondern als handfesten Klassenkampfräuber. Der RFB brauchte nicht für sich zu werben. Im Gegenteil, er mußte sich abschirmen, prüfen, aussondern, Bürgerschaft verlangen. Sein Verbot hatte auf uns Jungproleten aus Hinterhäusern der Arbeiterviertel eine unheimliche Anziehungskraft. Die Aufnahme in ihn war ein Ritterschlag. Die graue Uniformjacke mit den aufgesetzten Taschen war verboten, also sparten wir Fahrgelder, verzichteten auf Kino und Süßigkeiten zugunsten grauer Fahrtenkittel mit roten Kordeln. Wenn RFB-typische Schalmeyen-Kapellen zu hören waren, gingen überall die Fenster auf, traten Kunden aus den Läden, blieben Spaziergänger stehen. Der Schalmeyenklang symbolisierte unseren infolge Verbots bei Lebzeiten legendären Vortrupp der proletarischen Revolution.

P. S. Ich habe mich ja schon mal dahin gehend geäußert, daß mir der „RotFuchs“ nicht rufschuldig genug ist. In der Natur ist er ein Schelm, der durch Feld und Wald streift, um einen Bissen zu schnappen. Eurer aber hat – für mich und meinesgleichen leider – eine Professorenbrille auf der Nase und steht im Seminarraum mit dem Zeigestock am Katheder. Was selbstverständ-

lich auch sein muß, aber nicht alles sein kann. Nichts für ungut. **Karl Mundstock, Berlin**

Zu dem Artikel von Willi Gerns in Nr. 79: Alles stimmt! – und doch nicht so ganz, weil etwas fehlt. W. G. sagt: „Wir Kommunisten haben uns nie mit dem Verbot unserer Partei abgefunden, sondern waren in den zwölf Jahren der erneuten Illegalität ... tätig.“

Alles klar! Richtig! Ja, aber wer hat sie „aufgefangen“? (Bei Strafe aufgenommen?) Am stärksten wohl die Deutsche Friedens-Union (DFU). Ich war deren Vorsitzender in Bottrop und Gladbeck, also hier im Ruhrgebiet. Parteilos bisher. Wir haben marxistische Arbeitskreise (MAK) gebildet, philosophische Schulungsabende durchgeführt, und mir hat es sogar Spaß bereitet, die anwesenden Schlapphüte des 14. K. (politisches Kommissariat) besonders zu begrüßen. Höhepunkt war 1961 die Großveranstaltung in der Aula des Bottroper Gymnasiums mit dem zweifachen Nobelpreisträger Linus Pauling aus den USA. Da haben die Schlapphüte auf die Krypto-Kommunisten nicht aufgepaßt.

Hetze und Verfolgung merkten wir besonders in Wahlkampfzeiten. Ich habe alles per Fahrrad abgestrampelt, wenn ein Redner abgesagt werden mußte. Frau X rief an, Frau Y rief an ... „Mein Mann, Hermann Gautier, ist heute verhaftet worden.“ Wieder ein Schlag aus dem Hause „demokratische Grundordnung“. Da mußte ich selbst ran – zu jener Zeit wahrlich kein geübter Redner.

Niemals haben wir für Gewalt plädiert oder zum Sturz ... aufgerufen. Und doch folgten politische Strafverfahren wegen „Staatsgefährdung“ (bin Betroffener) und widerliche Hausdurchsuchungen. In meiner kleinen Wohnung voller Bücher, Zettel, Manuskripte mußten sich die „Freiheitskämpfer“ zwei Tage lang durchwühlen. Und nicht zu vergessen: Die Bespitzelung! Eine grausame Zeit! Nächtliches Durchschlafen war nicht möglich: Kommen „die“ heute früh wieder?

Die Staatsschützer waren immer und überall zugegen, ob bei Demonstrationen „Deutsche an einen Tisch!“ oder danach „Keine Atomwaffen für die Bundeswehr!“ Wir hatten nichts zu verbergen und haben bei Vernehmungen vor Gericht frech zurückgefragt: „Zu Ihrer Person, Herr Vorsitzender! An welchem faschistischen Gericht waren Sie tätig?“ Oder ...

Zur Abrundung, ich war 1958 kaum an der Evangel. Pädagogischen Akademie in Kettwig (heute Stadtteil von Essen) immatrikuliert, da mußte ich zum Rektor kommen. Er las mir fast feierlich ein Schreiben des Landesamtes für Verfassungsschutz, Düsseldorf, vor ... „Ab sofort sind Sie exmatrikuliert!“ Zehn Jahre Studien- und Berufsverbot (außer Hilfsarbeit)!

Nach Gründung der DKP 1968 mußten wir von der DFU, die wir den Kopf für die Kommunisten hingehalten hatten, deren Führung weichen. Ohne ein Wort des Dankes oder der Begründung. Mit den damaligen Genossen in Bottrop – gern denke ich an Heinz Czymek, Clemens Kraienhorst und andere zurück – war eine fruchtbare Arbeit möglich. (...) Ich verneige mich vor allen Verfolgten jener Zeit, die im Land der „demokratischen Grundordnung“ bitter gelitten haben. Willi Gerns, zweieinhalb Jahre Knast unter Adenauer, eine schwere Zeit für Dich und Deine Angehörigen! Aber diese „Kopfgänger“ haben es dennoch nicht vermocht, Dir Deine Würde zu nehmen. In diesem Sinne: Meine Hochachtung vor Deinem klassenbewußt gelebten Leben. **Artur K. Führer, Bottrop**

Danke für den „RotFuchs“, den ich monatlich erhalte. Diese Zeitschrift ist wirklich die beste und ehrlichste, die ich in dieser Zeit kennengelernt habe. Leider hat man in dieser ach so gepriesenen Gesellschaft nur noch selten die Möglichkeit, ein so ungeschminktes und wunderbares Heftchen zu lesen. Rotfront, „RotFuchs“!

Kay Rother, Schirgiswalde

Sanitätsrat war einer von fünf möglichen Titeln, die man als Arzt, Zahnarzt oder Apotheker mit

Wohnsitz DDR bekommen konnte. Sie wurden als staatliche Titel auf Lebenszeit verliehen und vor den akademischen Graduierungen geführt. Sie waren keine Funktionsbezeichnungen, wie naseweise westdeutsche Adressenschreiber vermuten, wenn sie „Herr Obermedizinalrat a. D.“ schreiben. Sie galten for ever.

(...) Doch jetzt verschwinden die Titel von den Namensschildern der privaten Praxen. Der Chefarzt, der vor Vergütung über die Ernennung zum Medizinalrat ein Festessen gab, ist inzwischen so fein, diesen DDR-Titel noch zu führen. Igit, wie peinlich. Und er amputiert ihn aus seinem Namensstempel – mit der Rasierklänge wird die Vergangenheit bewältigt.

Dazu gibt es auf diesem Wege wacker vorschreitende Vorbilder: Der halbe hiesige CDU-Kreisvorstand hatte den Vaterländischen Verdienstorden, aber jetzt will sich keiner mehr daran erinnern, wie geschlossen man früher zum Geburtstags-Handkuß beim 1. Sekretär der SED-Kreisleitung erschien ... Selbst auf der untersten Ebene ist die deutsche Politik eine Kloake der Verlogenheit. Das sind sie, ehemals ordensgeile Blockfreunde und parteilose Sanitätsräte als Verband der geheimen DDR-Ordensträger im heutigen Schützenzunftbund e. V. – ein würdeloses Schauspiel.

Würde ist nicht an Titel oder Orden gebunden, aber auch der Umgang mit ihnen sagt etwas aus über die Ehrlichkeit der Ordens- und Titelträger.

OMR Dr. sc. med. Dr. phil.

Hans Henning Dehmel, Grevesmühlen

Unlängst schickte ich einer guten alten Bekannten, Frau Richarda Vollprecht, Lehrerin i. R. in Bad Tennstedt, ein Exemplar des „RotFuchs“. In ihrem Antwortbrief teilte sie mir mit, daß sie an einer schweren Augenkrankheit leide, so daß sie normal große Schrift nicht mehr lesen könne. Sie freue sich aber zu erfahren, daß es dieses der sozialistischen Idee verpflichtete Journal gibt, und daß es zunehmend Leser und Interessenten findet. Sie wolle deshalb den RF wenigstens mit einer Spende von 20 Euro unterstützen.

Günter Freyer, Berlin

Bemerkung der Redaktion

Wir danken Frau Vollprecht sehr herzlich für ihre Spende und teilen mit, daß beim RF-Vertrieb ab sofort eine mit Computer-Stimme gesprochene CD-Version der Zeitschrift bezogen werden kann.

Mein Schwager, der Genosse Werner Fuchs aus Chemnitz, wird am 1. November 80 Jahre alt. Bestellen Sie ihm doch bitte von mir viele Grüße.

Ursula Fuchs, Bendorf

Zu DDR-Zeiten fuhren fast alle Kinder während der großen Ferien in Pionier- oder Betriebslager. Der Transport erfolgte in der Regel mit Bussen. Unsere „Kleinen“ konnten sich bei Sport, Spiel und Spaß erholen. Drei Wochen kosteten sage und schreibe 25 Mark. Die Kinder kamen begeistert und voller Ideen nach Hause.

Heute sieht das völlig anders aus. Die Eltern können per Internet oder über ein Reisebüro buchen. Eine Woche kostet pro Kind im Feriendorf Limbach-Oberfrohna 200 Euro. In einem Bungalow sind zehn Kinder untergebracht. Für die Benutzung von Sportgeräten wie Tischtennischlägern usw. muß extra gezahlt werden. Selbst zusätzliches Baden kostet.

Vor allem aber: 200 Euro für Verpflegung und Unterkunft – wer kann sich das heutzutage leisten?

Helga Möller, Jena

Zu dem Artikel von Brunhild Krüger über die Bildungspolitik (August-Heft) habe ich noch eine ergänzende Bemerkung. Es stimmt, daß durch die unterschiedlichen Bildungschancen zwei Klassen entstehen: die der Arbeitenden und die der von vornherein Arbeitslosen. Gleichzeitig entsteht latent eine dritte „Klasse“: die der

Soldaten. Jedenfalls lehrt das die Geschichte. Wann sie zusammengetrommelt werden und unter welchen Vorzeichen entscheidet wahrscheinlich das Geld.

Andreas Rösler, Hamburg

Zunächst war ich vom „RotFuchs“ überrascht, denn ich hatte ja die Zeitschrift nicht bestellt. Nun aber bin ich sehr dankbar, daß ich zu den Auserwählten gehöre. Ich freue mich auf jede Ausgabe. Endlich mal eine linke Zeitung mit interessanten Artikeln und Leserzuschriften. Auch mein alter Freund und Genosse Erich Belger ist vom „RotFuchs“ begeistert und kann es nicht erwarten, von mir die nächste Ausgabe zu erhalten. Entsprechend unserer Möglichkeiten werden wir uns mit Spenden beteiligen und an Veranstaltungen teilnehmen.

Günter Block, Berlin

„Wir sind das Volk“ riefen die Demonstranten im Herbst 1989 und wurden verraten! (...) Warum belog Herr Kohl das Ostvolk mit der Behauptung, nach dem Anschluß an den Westen werde es schon bald Licht am Ende eines Tunnels erblicken? Einfach doch nur, weil er darum fürchtete, als Bundeskanzler sonst nicht wiedergewählt zu werden. (...) Und wo blieb die Ehrlichkeit der bundesdeutschen Machthaber nach der Einverleibung der DDR? Es wurde munter weitergelogen.

Die 89er Demonstranten forderten die Abschaffung von Wahlbetrug, und Frank Schöbel sang „Wir brauchen keine Lügen mehr!“ Sind denn aber Wahlversprechen, von denen man schon zuvor weiß, daß sie nicht zu realisieren sind, kein Wahlbetrug? **Hellmut Michel, Müglitztal**

Glückwunsch, Klaus Steiniger, zu „Rückwende“! Mir voll aus dem Herzen gesprochen. Also: Weitermachen! **Dr. Hella Fischer, Vorbeck**

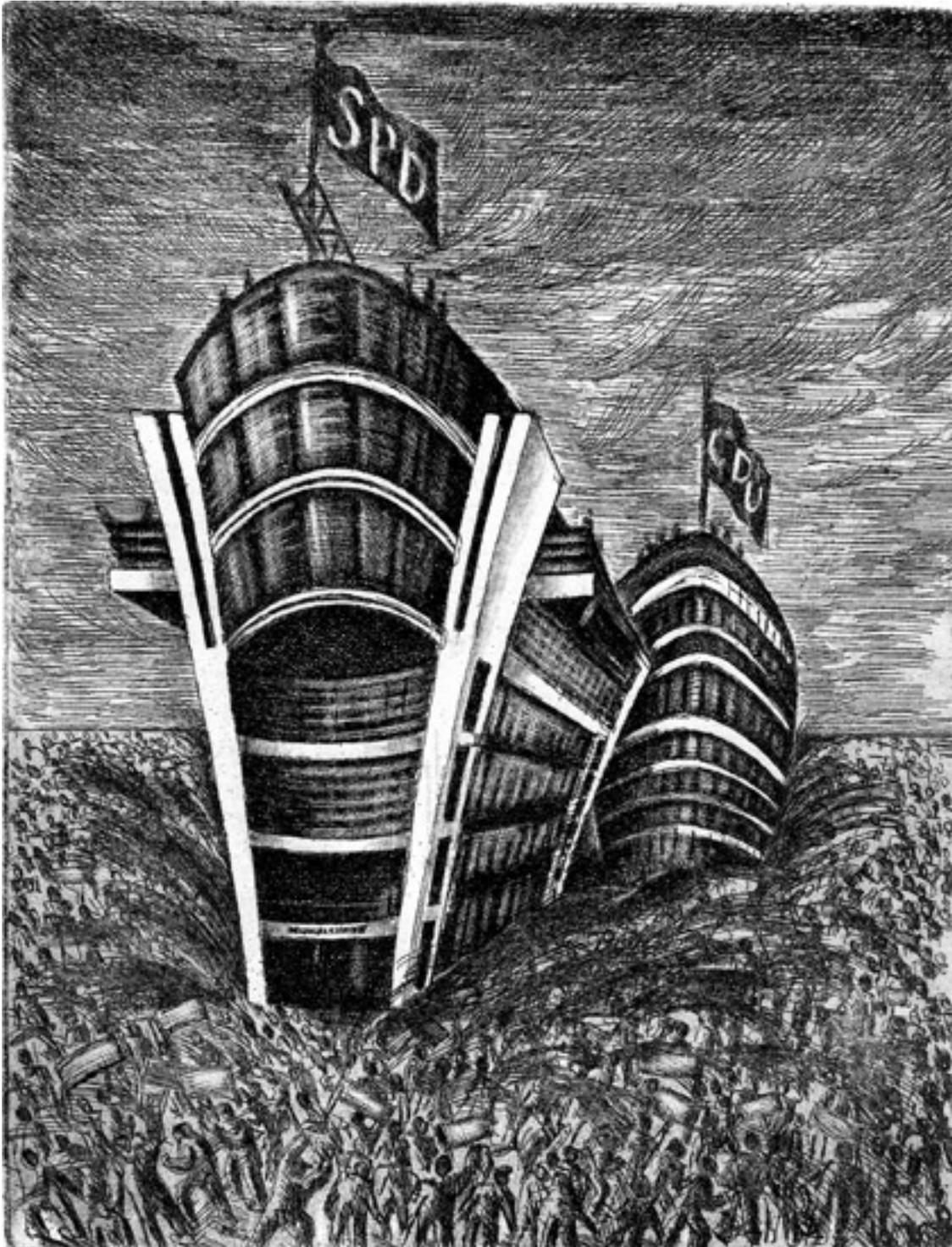
Im „RotFuchs“ Nr. 80 ist von E. Rasmus ein beachtenswerter Artikel zum 100. Geburtstag des Romanautors Nikolai Ostrowski erschienen. (...) Selbstverständlich kennen fast alle gelernten DDR-Bürger seinen Helden Pawel Kortschagin. Schon in der Schule lasen wir Gorkis „Mutter“ und von Serafimowitsch den „Eisernen Strom“ oder erfuhren vom Gardeschützen Matrossow. Vielen Älteren sind die sowjetischen Romangestalten auch jetzt noch vertraut.

Erlauben Sie mir, Persönliches zu berichten: Meine lebenserfahrene Mutter, die in ihrer Jugend Dienstmagd bei schleswig-holsteinischen Junkern und später Dienerin bei Hamburger und New Yorker Bourgeois war, kam durch Heirat wieder ins preußische Sachsen-Anhalt, später Ostzone und DDR. Sie war belesen und weltoffen. Sie kannte die „Buddenbrooks“, den „Zauberberg“, dann später auch Ilja Ehrenburgs „Wie konnte das geschehen?“, Makarenkos „Der Weg ins Leben“, Werke Dostojewskis und Tolstois. Diese Kenntnis war für ein Bauernmädchen nicht gängig.

Die DDR existierte schon, da durften wir mit dem Rad zur Familienfeier nach Schleswig-Holstein fahren. Von meiner Cousine wurde ich gebeten, etwas in ihr Poesiealbum zu schreiben. Meistens sind dies ja kitschig-dümmliche Verse. Als wir ratlos nach einem geeigneten Text suchten, riet mir Mutter zu Worten Nikolai Ostrowskis: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur ein einziges Mal gegeben und benutzen soll er es so, daß ihn sinnlos verlebte Jahre nicht bedrücken, daß ihn die Schande einer niederträchtigen und kleinkleinigen Vergangenheit nicht brennt und daß er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten in der Welt, dem Kampf für die Befreiung der Menschheit gewidmet.“

Die wirklichen, existenzsichernden Menschenrechte zu erkämpfen kann nur Aufgabe einer großen sozialen Revolution im Sinne Pawel Kortschagins sein.

Hans Morgenstern, Dresden



Die beiden „großen Volksparteien“ auf stürmischer See.

Grafik: Klaus Parche

Allen Genossen und
Freunden herzliche
Glückwünsche zum
55. Gründungstag
der
**DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN
REPUBLIK!**



**Die Berliner
Regionalgruppe** lädt
für den **22. Oktober**,
um **16.30 Uhr**,
zu einer
Veranstaltung mit
Botschafter a. D.
Otto Pfeiffer ein.

Thema:

**Was geht in
Venezuela vor?**

Ort: Begegnungsstätte
der Volkssolidarität,
Torstr. 203-205

Die Neubrandenburger
RF-Regionalgruppe
begeht den

**55. Jahrestag
der DDR**

am **8. Oktober**,
um **19.00 Uhr**,
mit Botschafter a. D.
Dr. Joachim Mitdank.

Er stellt in der
Begegnungsstätte
der Volkssolidarität
(Südstadt) sein Buch

**Berlin zwischen
Ost und West** vor.

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund**Internet:** www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der 15. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internetpräsentation:

WEBMASTER:
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de
AKTUELLE RF-AUSGABE:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759